

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis: vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Konnoement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Verlesungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf., (zweiwöchentlich 2 fertige Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellenvermittlung das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 8. August 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Parteivorstand den diesjährigen Parteitag auf  
 Sonntag, den 15. September, abends 7 Uhr, nach Chemnitz ein.

Die Eröffnung soll am 15. September in der Sporthalle stattfinden:  
 Konstituierung des Parteitages,  
 Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung und Wahl der Mandatsprüfungskommission.  
 Die Verhandlungen der folgenden Tage finden im Wintergarten, Schönau-Chemnitz, statt.

- Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:
1. Geschäftsberichte des Parteivorstandes:  
 a) Allgemeines. Referent: Genosse Ebert;  
 b) Kassenbericht. Referent: Genosse Braun.
  2. Bericht der Kontrollkommission. Referent: Genosse Raden.
  3. Bericht der Reorganisationskommission. Referent: Genosse D. Müller.
  4. Die Reichstagswahlen. Referent: Genosse Scheidemann.
  5. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Genosse Stadthagen.
  6. Der Imperialismus. Referent: Genosse Haase.
  7. Die Kaiserin. Referent: Genosse Pfannkuch.
  8. Der Internationale Kongress in Wien. Referent: Genosse Wolfenbüttel.
  9. Anträge.
  10. Wahl des Parteivorstandes, des Parteiaus-schusses, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der Parteitag 1913 stattfinden soll.

Parteigenossen! Bewacht die Vorarbeiten für den Parteitag — die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen — rechtzeitig. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll nach § 7 des Organisationsstatuts unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.

Die Anträge müssen spätestens am 14. August im Besitze des Parteivorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 8  
 sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 10, Absatz 2 des Organisationsstatuts im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge einzelner Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung der örtlichen bezw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen. Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im „Vorwärts“ noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstande die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe alsbald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugehen können. Außerdem müssen sich die Delegierten beim Lokalkomitee melden. Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

ParteiSekretär E. Ruhn, Chemnitz,  
 Dresdener Str. 88.

Die Mandatsformulare werden vom 15. August ab durch das Parteibureau:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 8  
 versandt.

Mit sozialdemokratischen Grüßen  
 Der Parteivorstand.

## Eine neue Gewerkschaftsstrategie?

II.

Die englischen Gewerkschaften waren einst die Vorbilder für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter anderer Länder. Auch die deutschen Gewerkschafter pflegten anfangs der 1890er Jahre auf England als das Musterland gewerkschaftlicher Arbeiterorganisation hinzublicken. Gelernt haben wir von den Engländern die Grundzüge hoher Beiträge, guter Unterstützungseinrichtungen und der vertraglichen Regelung der Arbeitsverhältnisse. Aber nur die Grundzüge an sich, in ihrer Durchführung sind die deutschen Gewerkschaften eigene Wege gegangen. Die vorteilhafte Einwirkung einer geklärten sozialistischen Auffassung zeigt sich bei jedem Vergleich englischer und deutscher Gewerkschaftseinrichtungen. In England entspricht die Durchführung gewisser Einrichtungen lediglich den Bedürfnissen des Tages und der Berufsstufe, in Deutschland werden stets die weiteren Ziele der Arbeiterklasse berücksichtigt. Daher sind die Unterstützungsinrichtungen in den deutschen Gewerkschaften keine patriarchalischen Wohlfahrtsanstalten, sondern systematisch ausgebaute Kampfmittel geworden, die Organisation eine solche des Kampfes und die Tarifverträge kein Prinzip, mit dem die Gewerkschaften stehen und fallen, sondern Einrichtungen der Zweckmäßigkeit. Die deutschen Gewerkschaften sind gewohnt, als Klassenorganisationen aufzutreten; in England dominiert gewerkschaftlich die Berufsstufe. Das ist die Er-

klärung für die organisatorische Zersplitterung der englischen Gewerkschaften.

Eigenartigerweise sollte aber gerade in England eine neue Kampfstrategie zuerst zur Anwendung kommen, die eine starke Zentralisation der Kräfte zur Voraussetzung hat: die gewerkschaftliche Massenkampftaktik. Das ist aber nur scheinbar eine Inkongruenz. In Wirklichkeit ist es sehr natürlich, daß dort, wo die theoretische Klärung fehlt, die Stimmung für Experimente eine größere ist. Es ist nicht von ungefähr, daß es die englischen Transportarbeiter waren, die zuerst mit der neuen Taktik begannen. Diese Arbeiterkategorie ist, wenn man von den Eisenbahnern abläßt, bisher mangelhaft organisiert gewesen. Auch eine Folge spezifisch englischer Organisationsentwicklung. Lange Zeit hindurch blickten unsere Hafengewaltigen nach den englischen Häfen, wenn es galt, Streikbrecher heranzuholen. Die Shipping Federation, der Unternehmerverband, registrierte absolut in der englischen Seefahrt. Und diese Unternehmerliste verstand es ausgezeichnet, die moderne Sklaverei rücksichtslos durchzuführen. Bis dann schließlich den unterdrückten Massen die Geduld riß und ein plötzlicher Ausbruch von der Stimmung in der Tiefe Kunde gab. Eine Branche nach der anderen stellte die Arbeit ein; das Prinzip des Sympathiekampfes hatte sich mit einem Schlage auf der ganzen Linie durchgesetzt. Die Größe des Kampfes überrumpelte die Unternehmer, der Erfolg der Arbeiter war durchschlagend. Die jüngst noch rechtlosen Massen triumphierten. Im ganzen Transportgewerbe zu Wasser und zu Lande wurden zum Teil auch durch den Druck der öffentlichen Meinung und der Regierung erhebliche Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse erzielt.

Es folgte der erhebende Kampf der Bergleute im letzten Winter. Auch hier der Massenaufstand auf der ganzen Linie, der die englische Nation bis in ihre Tiefen aufwühlte und die Befehlsgebung zum Einschreiten zwang. Der gewerkschaftliche Massenkampf bekam politische Konsequenzen, er war zum politischen Kampf geworden. Aufschwindend also eine Bestätigung syndikalistischer Theorien, wonach nur die wirtschaftliche Massenaaktion, plüchlich und unberechenbar ausbrechend, Hilfe bringen kann, nicht aber der politische Schacher der Arbeitervertreter im Parlament.

Allein, die Sache hat einen Haken. Zur Zeit dieser Kämpfe regierten in England die Mittelschicht sowie die Kreise der Exportindustrie und des Handels. Diese Partei bedarf, um sich am Ruder zu halten, zunächst der Unterstützung der Arbeiter. Weiter haben die von ihr vertretenen Volksschichten kein Interesse an einem Sieg der in Frage kommenden Unternehmer, wohl aber an einer ruhigen Abwicklung ihrer Angelegenheiten. Sie wurden hierin gestört durch die großen Ausstände, bei denen das moralische Recht zweifellos auf Seiten der Arbeiter lag. Und bei der großen Transportarbeiterbewegung war auch der politische Horizont getrübt, die Marokko-Affäre warf ihre drohenden Schatten über das politische Leben. Die regierende Mittelpartei hatte also gute Gründe für ihre Haltung. Auch beim Bergarbeiterausstand war weniger ihre soziale Einsicht als politische Rücksichten maßgebend.

Wie ganz anders hat sich das alles gestaltet beim neuesten Kampf im Londoner Hafen. Die Regierung hat zwar im Vergleich zu dem üblichen deutschen Verfahren sich noch relativ unparteiisch verhalten, sie hat zu vermitteln gesucht und unter bestimmten Bedingungen gar ihre Dienste auch in anderer Hinsicht angeboten. Aber einen Druck auf die Unternehmer auszuüben, dazu reichte es diesmal nicht aus. Kriegerische Bervordelungen drohten nicht, die Aktion der Londoner Hafenarbeiter fand nicht einmal die genügende Unterstützung der englischen Arbeiterklasse, geschweige denn der Volksschichten, deren Vertreter die liberale Regierung ist. Die übrigen Transportarbeiter des Landes lehnten die Sympathieaktion ab, ja man hat nicht einmal die zur Unterstützung der 50 000 Streikenden nötigen Gelder unter 2 1/2 Millionen organisierter Arbeiter auszubringen vermocht. Streikbrecher standen in großer Zahl zur Verfügung; selbst wenn man annehmen will, daß deren Qualifikation mindervwertig war, so ändert das an der Tendenz nichts. Die Aktion der Masse hat eben ganz besondere Voraussetzungen zu ihrem Erfolge nötig. Wo diese fehlen, ist ein ungenügend organisierter Massenkampf von vornherein verlorener.

Diese Voraussetzungen sind sowohl wirtschaftlicher als politischer Natur. Besondere politische Situationen, inner- oder außenpolitische, können die öffentlichen Gewalten zwingen, für die Gewährung der Arbeiterforderungen einzutreten und ihre Autorität dafür anzubieten. Eine besondere wirtschaftliche Situation kann das Unternehmertum selbst zur Nachgiebigkeit zwingen, sie kann auch die öffentliche Meinung auf die Seite der Arbeiter bringen. In solchen Fällen einen Massenkampf zu wagen, hängt von der Stärke der Organisationen, der Kampffähigkeit und Kampfeslust ihrer Mitglieder und der Lichthigkeit und Umsicht ihrer Führer ab.

Aber solche Aktionen können nicht zum ehernen Bestand der gewerkschaftlichen Strategie und zu ihren normalen Grundlagen gehören. Jene Situationen sind außerordentlich selten. Sie waren vorhanden in England bei der vorjährigen Bewegung der Transportarbeiter und bei der diesjährigen Bergarbeiterbewegung; sie fehlten ganz bei der soeben beachteten Bewegung im Londoner Hafen. Und sie fehlen auch zurzeit in Deutschland. Hier regiert nicht die Demokratie,

sondern der Feudalismus der Junker und Schlotbarone. Hier regiert eine weltfremde und reaktionäre Polizeibureaucratie, hier regieren die Maschinengewehre. Und wirtschaftlich stehen dem Unternehmertum große, leistungsfähige Organisationen zur Verfügung, die selbst ein erhebliches strategisches Interesse an der Ausdehnung der Kämpfe haben. Je größer die Kampfesfront, desto ungefährlicher die Konkurrenz der Unternehmer untereinander auf dem Warenmarkt und desto schneller müssen die Geldmittel der Arbeiterklasse ausgehen. Desto größer aber auch die Aussicht für die Unternehmer, die Maschinengewehre aufzufahren zu sehen, um die Kämpfe im Arbeiterblut zu erstickten. Das ist keine Situation für gewerkschaftliche Massenkämpfe, nach Art der vorjährigen in England.

Nicht zuletzt spielt die Auffassung der Arbeiter selbst eine Rolle. Es ist eine törichte Meinung, die sich dahin kundgibt, die Arbeitermassen brennen nur so darauf, sich in große Kämpfe verwickeln zu lassen. Die deutschen Arbeiter haben gewiß eine glänzende Opferwilligkeit und Disziplin in ihren Kämpfen bewiesen. Sie beweisen dies täglich in ihrer nie erlahmenden politischen und gewerkschaftlichen Organisationsarbeit. Und die Arbeiterklasse weiß auch einen als unumgänglich sich erweisenden Kampf mit Mut und Ausdauer zu führen. Aber sie ist am wenigsten geneigt, sich in Kämpfe zu stürzen, deren Erfolg in keiner Weise verbürgt ist, deren Niederlage vielmehr in sicherer Aussicht steht. Der familienverforgende Arbeiter hat ein sehr begreifliches Interesse daran, seine Familie nicht nutzlos darben zu lassen, sein wirtschaftliches Interesse läßt ihn wünschen, einem geregelten Arbeitsverhältnis nachzugehen zu können. Um diese Regelung in seinem Sinne durchzuführen, geht er in den Kampf, wenn es notwendig ist, aber nicht einer Theorie zuliebe. Die Londoner Hafenarbeiter haben soeben erfahren, was es heißt, sich über die Stimmung der Arbeitsbrüder im eigenen Lande zu täuschen. Es kann niemand wünschen, daß deutsche Arbeiter die gleichen Erfahrungen machen müssen.

Aber es geht noch ein weiteres aus den großen Massenkämpfen des Auslandes in den letzten Jahren hervor: daß die bürgerliche Gesellschaft nicht leicht durch grandiose Arbeitseinstellung rein ökonomisch aus den Angeln gehoben werden kann. Die englischen Bergarbeiter haben fast ein Vierteljahr das große Industrieland ohne Kohle gelassen, die Bourgeoisie verhungerte weder, noch erkrft sie. In Schweden, dessen Bevölkerung zur Hälfte von industrieller Wirtschaft lebt, kämpfte die Gesamtarbeiterschaft mit Ausnahme weniger Branchen fünf volle Wochen. Die notwendigsten gesellschaftlichen Funktionen wurden, soweit die Arbeiter in den Ausstand traten, vom Bürgertum selbst versehen. Der Generalausstand kann und wird in den revolutionären Kämpfen der Zukunft eine gewichtige Rolle spielen, aber er kann in keiner Weise die bisherige erfolgreiche tägliche politische und gewerkschaftliche „Aleinarbeit“ ersetzen.

Die englischen Beispiele zeigen, daß die Massenstrategie nicht geeignet ist, eine Revision der bisher in Deutschland üblichen Methode vorzunehmen, daß vielmehr auch künftig es geraten ist, die Aktion den vorhandenen organisatorischen Kräften anzupassen. Die Methode hat der deutschen Arbeiterklasse große Erfolge auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete gebracht. Es liegt kein Grund vor, an ihr zurzeit etwas zu ändern.

## Im Fahrwasser der Expansionspolitik.

Die russische Diplomatie entfaltet in den letzten Monaten eine direkt beängstigende Regsamkeit und Energie. Rußland scheint das Wefka der Staatsoberhäupter und Diplomaten und Nikolaus II. der spiritus rector der europäischen und asiatischen Politik geworden zu sein. Nach Wilhelm II. fuhr König Gustaf von Schweden nach den finnischen Schären, nach ihm traf der bedeutendste japanische Staatsmann Fürst Katsura in Petersburg ein, und nun begibt sich der französische Ministerpräsident Poincaré zu einem längeren Aufenthalt nach der Residenz des Zaren. In diesen äußeren Rahmen fallen Besprechungen und Vereinbarungen, die auf die politische Entwicklung nicht ohne Einwirkung bleiben werden. Baltischport ergänzt Potsdam, die Vereinbarungen mit Katsura — die Abmachungen von 1907 und 1910, die Marinekonvention mit Frankreich — den russisch-französischen Allianzvertrag. Daneben laufen Besprechungen mit Schweden, das wegen der russischen Marinerrüstungen und der Militarisierung Finnlands beunruhigt ist, Unterhandlungen mit England wegen der mongolischen und persischen Frage und des Baues der transpersischen Bahn, Annäherungsversuche an Italien, geheime Brandstiftungen in den Balkanländern und in der Mongolei, offene Reibungen mit der Türkei und China. Sämtliche Fragen der auswärtigen Politik Rußlands sind aufgerollt, und wenn auch die Grundlagen der russischen Bündnispolitik formell dieselben bleiben, so bereiten die jetzt vorgenommenen Besprechungen Wandlungen in der internationalen Politik vor, bei denen die zarische Diplomatie neue Weitepunkte zu ergattern hofft.

Sinsichtlich des Orients zeigt es sich immer deutlicher, daß Rußland einen neuen größeren Schlag vorbereitet. Von der größten Tragweite ist hier der Vertrag, den Fürst Katsura soeben in Petersburg abgeschlossen hat. Durch diesen

Vertrag feilen sich Rußland und Japan in das chinesische Erdbe; die Mandchurei und die Mongolei, die zu China gehören, werden von den beiden heutigetigen Nachbarn ebenso geteilt, wie Persien in eine russische und englische „Einflußsphäre“. Seitdem Rußland die Okkupation Koreas durch Japan gestattet und dafür den unbeschriebenen Wechsel auf die Mongolei erhalten, hat sich die Feindschaft der beiden Staaten in eine „herzliche Freundschaft“ verwandelt, die ein früheres oder späteres Uebereinkommen zur gemeinsamen Plünderung Chinas erwarten ließ. Insofern ist der neue russisch-japanische Vertrag keine Ueberraschung, er bereitet aber doch, angesichts der schweren inneren Lage Chinas, gewaltige Komplikationen im fernem Osten vor, und das um so mehr, als England, nach einer amerikanischen Meldung, gegen die Gewährung der „freien Hand“ in Tibet, dem russisch-japanischen Vertrag zugestimmt haben soll.

Im nahen Osten führt die russische Diplomatie in ihrer, durch das mittelasiatische Uebereinkommen mit England fundamentierten Politik fort. Die russischen Truppen schalten in Nordpersien wie in einer eroberten Provinz, und die persische Zentralregierung wird immer mehr zu einer hilflosen Puppe in den Händen der russischen Diplomaten. Neuerdings zeigt sich das Bestreben, einen größeren Schlag gegen Persien auszuführen. Die imperialistische Presse verlangt ein energisches Vorgehen gegen Persien, vor allem aber wird gefordert, daß die Streitfrage über Urmia, dem Grenzgebiet zwischen Persien und der Türkei, der Kompetenz der Haager Konferenz entzogen und von Rußland selbst entschieden werden soll.

Alle diese Unternehmungen können nicht isoliert betrachtet werden. Im nahen wie im fernem Osten stoßen die Interessen der europäischen Mächte — im fernem Osten auch die der Vereinigten Staaten und Japans — mit denen Rußlands zusammen. Durch eine raffinierte Ausnutzung der Gegensätze unter den Weststaaten bereitet die russische Diplomatie ihre Raubzüge im Orient vor; andererseits tritt sie, auf diese Expansionsbestrebungen gestützt, immer selbständiger in der europäischen Politik auf. Der neueste Akt dieser doppelseitigen Politik vollzieht sich im Zeichen der russischen Flottenrüstungen.

Das „kleine“ Flottenbauprogramm Rußlands, das mit seinem Aufwand von einer Milliarde Mark nur als Vorläufer des „großen“ Flottenbauprogramms mit einem Voranschlag von 3 bis 4 Milliarden auftritt, fällt gerade in eine Zeit, wo das Wettstreiten zur See zwischen England und Deutschland sich in ein Wettstreiten zwischen den Staaten des Dreibundes und der Tripelente verwandelt hat. Dieser Umstand verleiht dem russischen Flottenbau eine größere politische Bedeutung, als er an sich hat. Kein Fachschriftsteller in Rußland wie im Auslande ist darüber im Zweifel, daß die in Angriff genommene baltische Flotte für die Verteidigung der russischen Ostseeküste fast bedeutungslos und als Angriffswaffe völlig unzureichend ist. Allerdings könnte sie Schweden gegenüber als Drohung aufgefaßt werden — wenn die Entscheidung über das Schicksal Nordwesteuropas bei Rußland allein läge, und England nicht den Zugang Rußlands zum Atlantischen Ozean als Bedrohung seiner eigenen Vormachtstellung auffassen würde. (Aus diesem Grunde ist auch der Flottenrussel in Schweden, dem Sven Hedin und Professor Fahlbed ihre Unterstützung geliehen haben, so bedeutungslos). Aber als Angriffswaffe gegen Deutschland, worauf in der Duma mehrfach hingewiesen wurde, kommt die projektierte baltische Flotte gar nicht in Betracht, einmal weil sie bei der ausgedehnten Landgrenze als Truppenlandungsmittel unbrauchbar ist, andererseits weil sie durch die Ausrierung des Welt und des Bundes eingesperrt und durch ausreichenden Küstenschutz in Schach gehalten werden kann. Obgleich also in Wirklichkeit von imaginärem Werte, erscheinen die russischen Flottenrüstungen dennoch auf dem Schachbrett der Diplomaten als reale Größe. Einerseits dienen sie den Flottenführern in den verbündeten wie in den nichtverbündeten Staaten, den Revanchepolitikern in Frankreich wie den Imperialisten Deutschlands als Argument zum weiteren Wettstreiten; andererseits sind sie — namentlich da auch auswärtige Firmen, wie Krupp und Krupp & Co. fette Profite erwarten können — dem Panzerplattenkapital willkommen als weitere Beute an dem dem arbeitenden Volke erprehten Mehrwerte.

Das politische Spiel, das sich an diesen neuesten Schritt der russischen Expansionspolitik knüpft, bestätigt die Annahme, daß hier für die russische Diplomatie vor allem die Stärkung ihrer Bündnisfähigkeit in Betracht kommt. Das erpresserische Doppelspiel, das von jeher den Grundstein der russischen Außenpolitik bildet, kommt auch hier zur Geltung. Der deutschen Diplomatie wurde in Baltischport die Zusicherung gegeben, daß die baltische Flotte keineswegs gegen Deutschland gebaut werde; aber just zur selben Zeit beriet der Chef des russischen Marinegeneralstabs, Fürst Lieben, die Grundzüge der jetzt veröffentlichten russisch-französischen Marinekonvention, die als Ergänzung der Militärkonvention von 1892 ihre Spitze gegen Deutschland richten soll. In Baltischport hat die russische Diplomatie sicherlich den Nachweis erbracht, daß sie keinerlei aggressive Absichten gegen Deutschland hege — sonst hätte Herz v. Kiderlen-Waechter nicht von einem „glänzenden Erfolg“ gesprochen, und die deutsch-russische Freundschaft wäre in Baltischport nicht noch „fester und inniger“ geworden! Zu gleicher Zeit jedoch hat Fürst Lieben durch den Hinweis auf die gegen Deutschland gerichteten Flottenrüstungen das Herz der französischen Revanchepolitikler gefesselt und — was am wichtigsten ist — den Boden für eine russische Milliardenanleihe in Frankreich vorbereitet! Schon zur Zeit der Zusammenkunft Wilhelms II. und Nikolaus II. schrieb der „Sil Blas“, ein der wenigen unabhängigen Blätter in Frankreich: „Man muß sagen und immer wieder sagen, daß das französisch-russische Bündnis seit dem Beginn bis zum heutigen Tage eine schändliche Betrügerei war und geblieben ist. Während man der Nation in allen Tönen die trügerischen Vorteile eines unzuverlässigen Bündnisses und einer verräterischen Freundschaft pries, leerten die Finanzleute die Kasse, um die ihrige damit zu füllen. Jetzt ist die Regierung der Republik der Gnade oder Ungnade der Minister des Zaren ausgeliefert. Wenn wir nicht geradeaus marschieren, sondern die Hand am Geldbeutel halten, so droht man uns mit der schmählichen Erpressung, den nächsten Finanzabschnitt nicht zu bezahlen. Die Tatsache ist, wir wissen es aus guter Quelle, dargelegen.“ Nun fragt das selbe Blatt in heftiger Tone: „Welchen Wert hat diese neue Konvention, was steckt dahinter? Ist sie wieder eine Konvention wie die famose Militärkonvention und wie die

Allianz überhaupt?“ Der Ministerpräsident Poincaré, an dessen Einsicht das Blatt appelliert, wird sich diese Anschauungen sicherlich nicht zu eigen machen. Denn wenn er in diesen Tagen in Petersburg eintrifft, um mit dem Zaren und seinen Ministern zu konferieren, so erscheint er als Abgesandter des französischen Imperialismus, der im Verein mit dem englischen die Macht des zarischen Raubstaates künstlich konserviert, um dem aufstrebenden deutschen Imperialismus ein Paroli bieten zu können.

**Petersburg, 7. August.** Dem Vertreter von Wolffs Telegraphischem Bureau wird von gut unterrichteter Seite mitgeteilt, die Verhandlungen der Chefs des russischen und des französischen Admiralstabes trügen keinen aggressiven oder abenteuerlichen Charakter; einige Pläne und Projekte seien ausgearbeitet, und die Marinekonvention sei in technischer Hinsicht vorbereitet worden. Bisher aber sei die Konvention nicht unterschrieben worden; ihre Ratifikation hänge von den endgültigen Besprechungen ab, die Ministerpräsident Poincaré über die politische Seite der Konvention in Petersburg pflegen werde.

## Der Krieg.

### Friedensverhandlungen?

**Wien, 7. August.** Dem Petersburger Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ wird im Ministerium des Aeußeren bestätigt, daß in Zürich Verhandlungen zwischen russischer und italienischer Diplomaten stattfinden, die zwar auf kurze Zeit abgebrochen wurden, jetzt aber wieder im Gange seien. Der italienische Botschafter in Petersburg soll die Verhandlungen führen. Die Anregung zur Wiederaufnahme soll von der jetzt mehr zur Rachegeißel genutzten Türkei ausgegangen sein.

### Bruch der Türkei mit Montenegro.

**Cetinje, 6. August.** Die Regierung hat die Reklamation des türkischen Gesandten wegen des letzten Grenzverstoßes dahin beantwortet, daß sich kein montenegrinisches Soldat auf türkischem Gebiet befinde. (?) Den bewaunswerte Grenzverstoß sei die Folge der ständigen schweren Provokationen durch die Türkei, welche die ständigen Grenzfragen noch immer nicht im beiderseitigen Interesse beigelegt habe.

**Saloniki, 7. August.** Nach amtlicher Meldung haben die Montenegriner unter dem Feuer ihrer Geschütze Kostomak wieder eingenommen. Von Klotow, Kolashin und Berana sind Redits zur Verstärkung der Grenzbesetzung abgegangen. Die Malissoren, welche bisher mit den Montenegrinern gemeinsame Sache machten, haben auf die Nachricht von der Auflösung der Kammer ihre Haltung geändert und sind bereit, die Grenze zu verteidigen. Von Ipeh und Djakova sind vier Batterien nach der Grenze abgegangen. Die Lage wird als ernst bezeichnet.

**Cetinje, 7. August.** (Aus amtlicher Quelle.) Der türkische Gesandte erklärte sich mit der Antwort Montenegros unzufrieden und teilte dem Minister des Aeußeren mit, daß er, da ihm die verlangte Genugtuung nicht gegeben wurde, heute oder morgen Cetinje verlassen werde.

### Konstantinopel unter dem Belagerungszustand.

**Konstantinopel, 6. August.** Da das jungtürkische Komitee die Absicht hat, heute nacht ein Manifest zu veröffentlichen, überwacht die Polizei streng die Druckerei des „Tanin“ und andere verdächtige Druckereien.

**Konstantinopel, 7. August.** Der Kommandant des 1. Armeekorps hat eine Verordnung über den Belagerungszustand veröffentlicht. Diese Verordnung verbietet den Offizieren, Neben irgendwelchem Art zu halten, unterlagt die Herausgabe von Schriften gegen die Armeekorps, die Abhaltung politischer Versammlungen und geheimer Versammlungen in Klubs, die Verbreitung einer offenen Propaganda für oder gegen eine politische Partei, den Druck und die Verteilung von Flugchriften, die sich auf die Politik der Regierung und die gegenwärtige Lage im Lande beziehen, die Anbringung von Plakaten ähnlichen Inhalts und die Veröffentlichung von Zeitungsbeilagen ohne Erlaubnis der Regierung. Ferner bestimmt die Verordnung, die Schänken und Bierhäuser um Mitternacht zu schließen, und verbietet, nach Mitternacht ohne Erlaubnis auszugehen sowie auf den Straßen in beunruhigender Art zu laufen oder zu schreiben. Schließlich untersagt sie das Tragen und den Gebrauch von Waffen.

Die Bevölkerung der Hauptstadt ist mit der Auflösung der Kammer zufrieden oder verhält sich indifferent. Nach den Blättern erhält die Regierung aus den Provinzen und von den Korpskommandanten Danktelegramme aus Anlaß der Auflösung der Kammer.

Das Finanzministerium hat drei Kommissionen eingesetzt, um die Sebarung des Flothenvereins und der geheimen Fonds einer Prüfung zu unterziehen.

### Konzentration der Jungtürken in Saloniki.

**Paris, 7. August.** Die „Agence Havas“ meldet aus Konstantinopel: Die Mitglieder des Zentralkomitees für Einheit und Fortschritt Dschavid und Talat sind nach Saloniki abgereist, wohin der Sitz des Komitees verlegt worden ist.

**Saloniki, 7. August.** Die Auflösung der Kammer wird hier von einem großen Teile der Bevölkerung mit Befriedigung aufgenommen. In jungtürkischen Kreisen wird jedoch behauptet, man werde alles aufbieten, um die verlorene Position wiederzugewinnen und selbst vor Entfaltung eines neuen Aufstahrs nicht zurückschrecken. Der Kommandant der Gendarmen von Odrino, welcher mit 15 Gendarmen seinen Posten verließ und sich in die Berge begab, ließ einen Aufruf zurück, in welchem er alle Getreuen der Bilajets Saloniki und Monastir auffordert, sich ihm anzuschließen und nach Konstantinopel zu ziehen, um Rache an den Feinden des Komitees zu nehmen.

**Konstantinopel, 7. August.** Da die Jungtürken die Ueberführung der Leiche eines von den Albanesen aufgehängten Gaupmannes namens Hatri zu Kundgebungen benutzen wollten, hat der Generalstab, wie „Jeni Gazette“ meldet, eine Untersuchung ange stellt, welche ergeben hat, daß ein Offizier dieses Namens nie in Albanien getötet worden ist.

### Belagerungszustand über Saloniki.

**Konstantinopel, 7. August.** Ueber Saloniki ist der Belagerungszustand verhängt worden.

### Kundgebungen der Albaner nach der Kammerauflösung.

**Saloniki, 7. August.** Ibrahim Pascha ließ allen Arnautenführern die Nachricht von der Auflösung der Kammer verlesen, wobei er hinzufügte, daß neue, völlig unbeeinflusste Wahlen im Laufe von drei Monaten vorzunehmen wären, wobei sich die Behörden in keiner Weise würden einmischen dürfen. Die Arnauten nahmen die Nachricht mit unbeschreiblicher Freude auf und richteten Dankadressen an den Sultan, den Großwesir und den Senat.

### Ein arabischer Angriff auf Zanzur.

**Rom, 7. August.** Wie die „Agenzia Stefani“ aus Tripolis meldet, haben gestern morgen gegen 4 Uhr etwa 1000 Araber Zanzur angegriffen, sind jedoch durch Artillerie- und Geschützfeuer der Italiener, das bis gegen 8 Uhr dauerte, zurückgeschlagen worden. Auch der Lenkballon machte einen Erkundungsaufstieg und warf mehrere Bomben auf die Araber, die nicht ohne Wirkung blieben. Erkundungen während und nach dem Kampfe ließen die Verluste der Araber erkennen, die 200 Tote und Verwundete hatten, während auf italienischer Seite nur drei Mann verwundet wurden.

### Eine Bulgarenmehelci.

**Saloniki, 7. August.** Privatmeldungen aus Kotschana widersprechen der amtlichen Version, nach der die zahlreichen Opfer nur der Bombenexplosion zuzuschreiben seien. Die Bevölkerung Kotschanas habe infolge der Erbitterung über das Attentat die Bulgaren angegriffen und ein Gemetzel veranstaltet, dem die Behörden nicht gesteuert hätten. Sogar Soldaten hätten sich an der Plünderung bulgarischer Läden beteiligt. Die Gesamtzahl an Toten und Verwundeten belaufe sich auf 186. Für diese Nachricht liegt keine amtliche Bestätigung vor, ausgenommen für die Zahl der Opfer.

**Konstantinopel, 7. August.** Der bulgarische Exarch hat wegen des Gemetels in Kotschana beim Justizminister interveniert und die Mitteilung erhalten, daß der Ministerrat bereits die Entscheidung einer Kommission beschloßen habe. Auch der bulgarische Gesandte Sarafow hat bei der Pforte Schritte unternommen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. August 1912.

### Herr v. Heeringen als Reformator.

Die häufigen Vergünstigungen von Militärleuten durch militärische Angestellte — gegen entsprechende Schmiergelder und Trinkgelder hat das Kriegsministerium endlich zu einer großen Tat veranlaßt. Es erläßt im „Reichsanzeiger“ folgende Ankündigung:

#### Kriegsministerium.

Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß den Unteroffizieren und Mannschaften der Armee dienlich verboten ist, innerhalb ihrer eigenen oder einer fremden Truppe oder Behörde Zivilpersonen oder den Handwerksmeistern der Truppen und der militärischen Anstalten usw. zur Ausübung des Gewerbetriebs Beihilfe zu leisten, insbesondere durch Vermittelung oder Erleichterung des Abschlusses von Kaufgeschäften, Versicherungsverträgen und dergleichen.

Den Unteroffizieren und Mannschaften ist befohlen, von jeder an sie ergehenden dergleichen Aufforderung ihren Vorgesetzten Meldung zu machen.

Berlin, den 4. August 1912.

Der Kriegsminister.  
v. Heeringen.

Man ist alles in schönster Ordnung! So heißt man leicht und bequem tief eingewurzelte Uebel durch papierne Verordnungen!

### Sozialistenverfolgung und allgemeine Wehrpflicht.

Die deutsche Einheit ist wieder um ein weiteres Stück gefördert worden, und zwar, wie es heißt, dadurch, daß die Bundesregierungen sich über „die Behandlung“ der Sozialdemokratie verständigt haben. Diese Verständigung ist freilich verfassungswidrig, aber dafür ist sie sehr einfach; sie lautet: Kein Staatsbürger, der als Sozialdemokrat bekannt ist, kann Beamter, Bürgermeister, Beigeordneter oder Stadtrat werden. Begründet wird die Prognose mit dem monarchischen Prinzip. Die Sozialdemokraten sind Republikaner, folglich usw. Die Leser des „Vorwärts“ lernen ja die Weise; es ist immer der alte, der an die vormärzliche Zeit erinnernde Schmarren, der wieder aufgewärmt wird.

Man gilt aber — und das scheinen die bundesstaatlichen „Verständiger“, die allerdings recht wenig verständig sind, zu vergessen — in Deutschen Reiche die allgemeine Wehrpflicht, und zwar wird die Angelegenheit just von den offiziellen Kreisen so hingestellt, als ob die Wehrpflicht in erster Linie zugunsten der Thronen geschaffen worden sei. Nach der offiziellen Auffassung sind die Soldaten eigentlich nur wegen des obersten Kriegsherrn und der verschiedenen Landesherren da. Den aktiven Mannschaften wird außerdem immer wieder in Erinnerung gebracht, daß sie den Thron auch vor dem inneren Feind schützen müssen. Auch der strammste Konserervative, ja selbst der große Sozialistenhörer Generalleutnant v. Liebert, wird nicht leugnen wollen, daß in der Armee sehr viele Sozialdemokraten dienen. Selbst wenn man ihre Zahl sehr niedrig taxiert, so kommt man zu dem Resultat, daß jedes Jahr in die deutsche Armee so mindestens 20 000 Sozialdemokraten eingestellt werden, und die deutsche „Regierungslust“, die es so wunderbar versteht, das Pferd beim Schwanz aufzuzäumen, wird gewiß dafür sorgen, daß die Zahl ständig zunimmt. Sehen aber die bundesstaatlichen „Verständiger“ nicht ein, daß es geradezu toll ist, wenn den Sozialdemokraten außerhalb der Kaserne immer wieder in die Ohren geschrien wird, daß sie wegen des monarchischen Prinzips vom Staat nicht angestellt, ja nicht einmal als Bürgermeister, Beigeordnete, Stadträte befristet werden, und wenn sie andererseits in der Kaserne immer wieder ermahnt werden, den Thron, also das monarchische Prinzip, vor dem Umsturz zu schützen, eventuell sogar mit dem Leben? Auch die sozialdemokratisch gestimmten Rekruten müssen den Hahnenschwüren, in dem eine Stelle vorkommt, wonach sie das Wohl Seiner Majestät nach Kräften fördern wollen. Wir möchten einmal das Gesicht des Herrn Reichskanzlers und der anderen bundesstaatlichen „Verständiger“ sehen, wenn sie schwören müßten, daß sie das Wohl einer Person, deretwegen sie alle möglichen Nachteile zu erleiden haben, nach Kräften fördern sollen!

Die ganze Geschichte beweist nur wieder, daß das Deutsche Reich mehr nach einer korporalschablone als mit dem Gehirne regiert wird. Wäre das Gehirn nicht defekt, könnte man nicht auf den Unfinn verfallen, einerseits von den Sozialdemokraten der Schutz des Thrones zu verlangen und ihnen andererseits wegen eben dieses Thrones allerlei Schanden zuzufügen. Ogenstierma scheint, als er seinen bekannten Ausspruch tat, das heute in Preußen-Deutschland herrschende Regiment vorausgesehen zu haben.

### Das Steigen der Güterpreise.

Die stetige Steigerung der Güterpreise wird durch zwei Verkäufe in Preußen wieder mal treffend illustriert. Der Domänenpächter Blohm erwarb das Rittergut Rathewitz für den Preis von 247 000 M., nachdem der Besitzer es vor vier Jahren für 108 000 M. gekauft hatte. Der letztere steht also nach einer Verzehnjung von vier Jahren 144 000 M. in die Tasche. Noch günstiger stellt sich der Verkauf des Gutes Lannhausen dar. Dieses Gut wurde für 289 500 M. von einem Herrn Janowitz in Deutsch-Culzin gekauft. Nach zwei Monaten wurde es von diesem für den Preis von 270 000 M. wieder verkauft, nachdem er schon inzwischen 120 Morgen für 80 000 M. abverkauft hatte. Danach erbrachte das Gut innerhalb zwei Monaten 60 000 M.

Ein wundervoller Segen der Agrarjölle.

Der § 193 des Strafgesetzbuches sichert einem Verleider Straflösigkeit zu, wenn dieser in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hat. Sozialdemokratischen Brehländen gegenüber bringen jedoch bekanntlich die Gerichte diesen Paragraphen nur ganz selten zur Anwendung. Deshalb ist ein Urteil des mecklenburgischen Oberlandesgerichts recht beachtenswert, das zeigt, wie der § 193 auszuliegen ist. Freilich handelt es sich nicht um einen sozialdemokratischen Redakteur, sondern um einen Pastor, der einen Rittergutsbesitzer im Gespräch mit Gemeindegliedern des Wortbruchs bezichtigt hat, weil der Rittergutsbesitzer entgegen einem früher gegebenen Versprechen auf seinen Gründen ein Tor hinter der Pfarre hatte zunageln lassen, durch das der Pfarrer bisher die Feldmark betreten konnte. Der Gutsherr strengte Verbitallage an und hatte die Gemuglung, daß sowohl das Schöffengericht, wie auch das Landgericht dem Pfarrer den Schutz des § 193 verweigert und ihn in Strafe nahmen.

Anderer Ansicht war jedoch das Oberlandesgericht in Rostock, das in einem Urteil über die Anwendung des § 193 folgendes ausführt:

„Der Angeklagte hatte ein berechtigtes Interesse daran, die Gemeinde aufzuklären. Die Tatsache allein, daß er zu seiner Rechtfertigung einen nach Ansicht des Instanzgerichts ungeeigneten Weg gewählt hat, vermag die Anwendung des § 193 nicht auszuschließen. Denn die Frage der Wahrnehmung berechtigter Interessen ist nicht vom Standpunkt des Gerichts, sondern von dem des Angeklagten zu würdigen.“ Das Vorderggericht habe freilich angeführt, daß der Pastor nicht glauben konnte, er werde auf jene Art seinem Interesse dienen. „Aus dieser Begründung erhebt“, so sagt das Oberlandesgericht weiter, daß das Vorderggericht „den Begriff der Wahrnehmung berechtigter Interessen verkennt, indem es dafür die objektive Bezeichnung des gewählten Mittels für maßgebend erachtet hat, statt an erster Stelle die Willensrichtung des Angeklagten ins Auge zu fassen und von diesem Gesichtspunkte aus zu prüfen, ob derselbe jene Äußerungen als zur Wahrnehmung seines Interesses geeignet gehalten hat.“

Wegen dieser „falschen Begriffsauffassung“ des Vorderggerichts verwies das Oberlandesgericht die Sache an die Vorinstanz zurück, damit sie prüfe, „ob der Angeklagte durch seine Äußerung jenen Zweck verfolgt hat.“

### Oesterreich-Ungarn.

#### Das Attentat auf Tisza.

Budapest, 7. August. Der Untersuchungsrichter ordnete die Aufhebung der über den Abgeordneten Julius Kovacs wegen Mordversuchs gegen den Kammerpräsidenten Grafen Tisza verhängten Untersuchungshaft an. Diese Anordnung erfolgte auf Grund der Gutachten der Gerichtsärzte, die besagen, Kovacs habe im Zustande von Geistesverwirrung, die sich bis zur Bewußtlosigkeit gesteigert habe, die Tat verübt, und sie könne ihm daher strafrechtlich nicht angedreht werden. Der Staatsanwalt erhob Rekurs bei dem Anklagesenat, der morgen darüber entscheidet. Bis dahin bleibt Kovacs weiter in Untersuchungshaft.

### Portugal.

#### Enthaftet.

Lissabon, 7. August. Die Korrespondentin eines englischen Blattes Miss Dram, die kürzlich unter der Anklage der Teilnahme an einer politischen Verschwörung verhaftet und auf Vermittelung des englischen Gesandten provisorisch wieder in Freiheit gesetzt worden war, ist jetzt endgültig freigelassen worden, da ihre keine Beweise ihrer Schuld ergeben haben.

### England.

#### Für ein Zivilisationsminimum.

Die Fabrikergesellschaft hat zusammen mit der Unabhängigen Arbeiterpartei einen Aufruf an die Gewerkschaften, Volksbildungsvereine u. a. Vereinigungen gerichtet, ihnen in einem Kampfe gegen die Armut im Laufe des Winters zur Seite zu stehen. Sie fordern, daß die ganze nächste Parlamentssession der Beratung von Maßregeln gewidmet werde, die eine dauernde Hebung der Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung bezwecken. Der Feldzug soll mit einer Versammlung am 11. Oktober beginnen, in der auch Sidney Webb reden wird. In einer anderen, von MacDonald geleiteten Versammlung werden unter anderen Frau Webb, Bernhard Shaw, Keir Hardie sprechen. Solche Versammlungen sollen an allen Hauptindustrieplätzen stattfinden. Die geforderten Maßregeln sind: Mindestlohn, Verkürzung der Arbeitszeit, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Wohnungsreform, Abschaffung des Armengesetzes und ein Mindestmaß von Kinderfürsorge, kurz, wie einer der Veranstalter es bezeichnet, ein Minimum zivilisierten Lebens.

### Rußland.

#### Das Urteil gegen die revolutionären Matrosen.

Petersburg, 6. August. Das Marinekriegsgericht hat heute in dem Prozesse gegen die revolutionäre Organisation einiger Seeleute der baltischen Flotte 11 Matrosen zu Zwangsarbeit von 4 bis 4 1/2 Jahren, 7 zu Deportation, 2 zu Justizhaus von 3 Jahren, 9 zu Militärgefängnis von 6 Monaten und 1 zu 4 Monaten verurteilt. 29 wurden freigesprochen.

### Persien.

#### Eine Niederlage der Gendarmen.

Teheran, 7. August. Eine Abteilung von 260 Gendarmen hat unter dem Befehl von zwei schwebischen Offizieren Siesoert und Nystroem am 5. August Schiras verlassen, um eine von Saulet ed Danich befehligte Räuberbande anzugreifen, deren Raubzüge den Handelsverkehr auf der Straße Schiras-Busfir unterbrochen haben. Die Gendarmen wurden durch die Räuber bei Diringun aufgereieben und verloren ein Gefährt und fast sämtliche Gewehre. Hauptmann Siesoert, dem das Pferd unter dem Leibe erschossen wurde, ist leicht verwundet worden.

### Marokko.

#### Die Ermordung des Deutschen Dpiz.

Nach Meldungen aus Marrakech haben die Nachforschungen nach dem Verbleib des Deutschen Wolfgang Dpiz ergeben, daß Dpiz am 20. Juli drei Kilometer vor dem Stadtor durch einen Schuß in den Kopf getötet und der Leichnam verbrannt worden ist. Die Täter sind bekannt; einer von ihnen befindet sich in Haft. Auf die anderen wird gefahndet.

#### Die Unruhen in Mazagan.

Paris, 7. August. Aus Mazagan wird gemeldet: Um 1 Uhr nachmittags gelang es dem Raib Triadi, die das Haus umzingelnde Kette zu durchbrechen. Ein Unteroffizier der Polizeibehörde tötete sein Pferd. Triadi schloß ebenfalls und verwundete einen eingeborenen Unteroffizier schwer. Mehrere Eingeborene wurden getötet und zahlreiche verdächtige Personen verhaftet. In der Stadt herrscht Panik. Die französische Kolonie ist bewaffnet und verbleibt im Konsulat. Das Jollant, die Bank und sämtliche Geschäfte sind geschlossen. Kavallerie verfolgt den Raib.

## Amerika.

### Roosevelts Programmrede.

Chicago, 6. August. Auf dem Konvent der Fortschrittspartei entwickelte Roosevelt heute sein Programm. Er wurde in der dichtgedrängten Konzerthalle mit 4 stündigen Ovationen empfangen. Die Versammelten stimmten wiederholt Lieder an. Roosevelt verlas nur die Hälfte der aus 23000 Worten bestehenden Rede und wich von dem gedruckten Text wiederholt ab, indem er kraftvolle Zwischenbemerkungen einfügte.

Roosevelt betonte nachdrücklich, daß eine neue Partei nötig sei. Die Konvente von Chicago und Baltimore hätten schlagend gezeigt, wie wenig Einfluß das Volk unter den jetzigen Verhältnissen auf die Regierung des Landes habe. Das Volk, nicht die gesetzgebenden Versammlungen, sollten über die Grundzüge der Politik entscheiden. Das Volk müsse die Kontrolle über jeden Zweig des Staatsdienstes behalten. In bezug auf die Truist kritisierte Roosevelt das Verfahren der herrschenden Republikaner und der Demokraten und empfahl, daß die in der Frage der Transportgesellschaften angenommenen Grundzüge auf alle industriellen Konzerne, die mit dem zwischenstaatlichen Handel zu tun und darum entweder das Monopol oder die Marktkontrolle hätten, angewendet würden. Roosevelt empfahl die Schaffung eines nationalen Industrieausschusses mit dem Befugnis, die großen industriellen Unternehmungen zu kontrollieren und darauf zu achten, daß die Verfügungen über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen befolgt werden. Ferner sprach sich Roosevelt für die Einrichtung von Lohnkommissionen zur Festsetzung von Minimallöhnen aus, sowie für die Einführung von Bestimmungen über Arbeiterschutz und Schadenersatz bei Unglücksfällen, für Verordnungen über die Erziehung und Pflege der Kinder, für Kranken- und Altersfürsorge und für Verbot der Nachtarbeit von Frauen und Kindern. Roosevelt erklärte sich zugunsten des Frauenstimmrechts. Was den Zolltarif betrifft, so glaubte Roosevelt, daß das amerikanische Volk für den Schutz Zoll sei, aber sich gegen die ungerechte Anwendung dieser Politik und gegen frühere Mißbräuche auflehne. Er empfahl die Bildung einer händigen Kommission unparteiischer Sachverständiger mit großer Vollmacht, um genaue und zuverlässige Unterlagen zu beschaffen. Das gegenwärtige Tarifamt sei gänzlich unzulänglich in bezug auf Vollmacht und Wirkungsbereich. Die deutsche Tarifkommission bilde ein glänzendes Vorbild. Der Zolltarif müsse Position für Position revidiert werden, um dem Geschäft Schläge zu ersparen, die es ins Wanken bringen. Es müsse ein Gelddrumsystem angenommen werden, das dem Kredit größere Elastizität gebe und Mißschläge und Paniken erschwere. In den auswärtigen Angelegenheiten müßten die Vereinigten Staaten sich gegenüber den anderen Nationen gerade so verhalten, wie ein ehrenhafter Privatmann gegenüber anderen. Der Panamakanal müsse befestigt, die Kanalzölle auf den überseeischen Handel für alle Nationen einschließlich der amerikanischen gleichmäßig festgesetzt werden. Die amerikanischen Küstenschiffe müßten jedoch den Kanal frei passieren, aber dies sei keine untergeordnete Verhandlung der fremden Nationen. Er schloß mit dem Hinweis, daß alle Macht, die er je besessen, ihm vom Volke übertragen worden sei. Er rief das Volk auf, im Geiste der Brüderlichkeit für die Förderung des Wohles der Nation einzutreten.

### Die Vertretung der Regier.

Chicago, 7. August. Die Wahlprüfungskommission des Konvents hat mit 17 gegen 16 Stimmen beschlossen, die Regierdelegierten auszuschließen. Roosevelt begründete auf dem Nationalkonvent den Ausschluß der Regierdelegierten aus den Südstaaten. Er sagte, der Charakter der meisten republikanischen Regierdelegierten aus dem Süden habe nicht nur die republikanische Partei, sondern auch die Regerrasse diskreditiert und das Vorgehen der fortschrittlichen Partei entspräche dem Interesse des ganzen Landes und der Regier selbst und verhindere die Zustände, die die Republikaner ruinieren hätten. Er hoffe, daß in Zukunft die Regier an Charakter und Lebenshaltung den Weissen ebenbürtig sein würden, um als Delegierte zu dem Konvent der fortschrittlichen Partei gesandt werden zu können. Der Konvent nahm den Ausschluß der Regier ohne Widerspruch an.

## Soziales.

### Wegen den Schutz der Arbeiter in der chemischen Industrie.

Die gesundheitsgefährdende Arbeit in den chemischen Betrieben ist von uns, in der Broschüre des Fabrikarbeiterverbandes und im Reichstag oft geschildert und dargelegt, daß in diesem Beruf, in dem besonders lange Arbeitszeiten und niedrigster Lohn herrschen, Arbeiterschutz dringend erforderlich ist. Der Bundesrat hat die Macht, auf Grund des § 120f der Gewerbeordnung den so dringend erforderlichen Arbeiterschutz für die in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter durch Verordnung zu regeln. Aber unsere Sozialreform steht seit Jahrzehnten still und dreht seit einem Jahrzehnt rückwärts. Da hat die sozialdemokratische Fraktion seit Jahren versucht, durch einen Initiativantrag den Bundesrat zur Erfüllung seiner Pflicht durch den Reichstag anzufachen zu lassen. Auch in diesem Jahr hat die Fraktion beantragt:

„Die verhandelten Regierungen zu ersuchen, auf Grund des § 120f der Gewerbeordnung eine Bundesratsverordnung zu erlassen, welche Bestimmungen zum Schutze der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter vorschreibt, vor allem Anordnungen trifft über:

1. Festsetzung eines sanitären Maximalarbeitstages (§ 120f der Gewerbeordnung) für alle Betriebsabteilungen, in welchen giftige Stoffe hergestellt oder verarbeitet werden;
2. Einschränkung der Leberzeitarbeit und Verbot der überlangen Wechschichten;
3. Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages für die an Sonn- und Festtagen Beschäftigten;
4. Verbot der Affordarbeit für Arbeiter, die mit giftigen, feuer- und explosionsgefährlichen Stoffen zu hantieren haben;
5. Belehrung der Arbeiter über die Gefahren bei der Verarbeitung von giftigen, feuergefährlichen und explosionsfähigen Stoffen, sowie über die gesetzlichen Vorschriften zum Schutze der Arbeiter;
6. Normalvorschriften für sanitäre Einrichtung der Arbeitsräume, Wasch- und Badeanstalten, Ankleide- und Speisräume;
7. Rändige Unterzuchung und Beobachtung der Betriebe und der Arbeiter durch beamtete Aerzte;
8. Zugiehung von Arbeiterkontrolloren zur Mitüberwachung der Arbeiterschutz- und Unfallverhütungsvorschriften.

Der Antrag ist zwar als Initiativantrag noch nicht zur Beratung gelangt, aber von unseren Benossen als Resolution zum Etat des Reichsamts des Innern gestellt und eingehend begründet. Die Abstimmung über die Resolution steht noch aus. Die Unternehmer arbeiten jetzt gegen den Erlass von Schutzvorschriften. Die Unternehmerorganisation, der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, hält Umfrage bei den Unternehmern in Deutschland, um deren Meinung über die sozialdemokratischen Anträge einzuholen. Der Zufall spielte und ein Schriftstück in die Hand, das die Womitierung einer großen chemischen Fabrik (Kaliengesellschaft)

auf ein vom Unternehmerverband herausgegebenes Rundschreiben bildet. Diese Antwort dürfte als typisch bezeichnet werden können für die Stimmung und die Ansichten, die in Unternehmerkreisen diesem verbesserten Arbeiterschutz gegenüber herrschen.

In dieser Antwort wird die Forderung einer Festsetzung eines sanitären Maximalarbeitstages für alle Betriebsabteilungen, in denen giftige Stoffe hergestellt oder verarbeitet werden, als schwer durchführbar bezeichnet, weil eine einwandfreie Definition des Begriffs „giftige Stoffe“ bedenklich erscheine. Es müsse befürchtet werden, daß darunter auch relativ ungefährliche Materialien einbezogen werden könnten. Und da durch die Vorschriften der Berufsgenossenschaft ein weitgehender Arbeiterschutz gewährleistet werde, so erscheine der Antrag unnötig. Also Profit steht höher als Menschenleben.

Einschränkung der Leberzeitarbeit und Verbot der überlangen Wechschichten sei hinfällig, da die Unternehmer bereits gezwungen würden, die Leberzeitarbeit auf Ausnahmefälle einzuschränken. Ein gesetzliches Verbot der Leberzeitarbeit erscheine deshalb unangebracht, da in dringenden Fällen sich eine längere Arbeitszeit nicht vermeiden lasse. Ebenso lehnt die Zuschrift die Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages für die an Sonn- und Festtagen Beschäftigten als zu weitgehend ab und meint, daß auch die Arbeiter, wenn dieser Ruhetag nicht bezahlet würde, damit nicht einverstanden sein würden.

Das Verbot der Affordarbeit für Arbeiter, die mit giftigen, feuer- und explosionsgefährlichen Stoffen hantieren, wird mit der Begründung bekämpft, daß die Gefährlichkeit nicht durch das Verstreben der Arbeiter, möglichst viel zu verdienen, herbeigeführt werde, daß auch durch gesetzliche Vorschriften die Sicherheit eines Betriebes überhaupt nicht gewährleistet werden könne, sondern daß für die in erster Linie die Sachkenntnis und die Pflichttreue der Betriebe beamten maßgebend sei.

Die Belehrung der Arbeiter über die Gefahren, die bei der Verarbeitung von giftigen, feuer- und explosionsgefährlichen Stoffen, sowie die über die gesetzlichen Vorschriften zum Schutze der Arbeiter erfolge heute schon sad zwar im eigenen Interesse der Fabriken. Dies durch Gesetz zu bestimmen, sei deshalb überflüssig; ebenso die Normalvorschriften für sanitäre Einrichtungen der Arbeitsräume, da durch die Vorschriften der Berufsgenossenschaft bereits in ausreichendem Maße für entsprechende Einrichtungen gesorgt wäre.

Die Rändige Unterzuchung und Beobachtung der Betriebe und der Arbeiter durch beamtete Aerzte würde nach der Zuschrift zu Ungünstigkeiten mannigfacher Art Veranlassung geben. Die Arbeiter würden eine ständige Beobachtung als Belästigung empfinden, zumal der Kassenarzt doch stets zu Rate gezogen werden könne.

Arbeiterkontrolloren zur Mitüberwachung der Arbeiterschutz- und Unfallverhütungsvorschriften zuzugiehung, wird mit dem bekannten scharfmacherischen Hinweis abgelehnt, daß dadurch die in einem geordneten Betriebe unumgänglich erforderliche Disziplin gefährdet und der Unternehmer in ein unangebrochtes Abhängigkeitsverhältnis kommen würde.

Die Festlegung eines Maximalarbeitstages von acht Stunden wird mit der speziell für die chemische Industrie töricht und durch die Praxis oft widerlegten Behauptung abgelehnt, daß dadurch eine Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Industrie eintreten müsse.

Einzig und allein zustimmen würde die große chemische Fabrik dem Antrag, daß gewerbliche Krankheiten, wie Unfallsrenten usw., als Unfälle betrachtet und demgemäß durch Unfallrenten entschädigt werden müßten.

Dieser Teil des sozialdemokratischen Antrags ist gewiß von nicht geringer Bedeutung für die chemischen Arbeiter. Viel wesentlicher aber als dem durch Gifte verletzten und arbeitsunfähig gemachten Arbeiter eine knappe Rente zu zahlen, ist es, ihn vor Krankheit und Stichtum zu schützen. Das ist der Kern des Arbeiterschutzes in den chemischen Fabriken, der mit der Ablehnung der anderen Anträge herausfällt.

Bezeichnend für die meist schwerreichen Unternehmer würde es sein, wenn sie sich an höchstens diese Bewilligung konzentrieren würden. Diese Unfallentschädigung würde sie persönlich an ihrem Geldbeutel nicht so sehr treffen. Etwas dadurch entstehende Rechtskosten der Berufsgenossenschaft würden auf alle Unternehmer der chemischen Industrie umgelegt, den einzelnen nur geringe Kosten verursachen, zumal die Berufsgenossenschaft in dem jetzigen durch die Reichsversicherungsordnung verschlechterten Rentenstreitverfahren die Gewähr dafür bietet, daß selbst Gewerbetreibenden nicht zu oft als Unfälle betrachtet werden können.

### Sche Gehälter auf dem Lande.

Nicht nur Arbeiter, auch die Privatangestellten auf dem Lande erhalten erbärmlich niedrige Löhne trotz der Unsummen, die der Großgrundbesitz abwirft. Vor uns liegt ein Anerbieten aus Regenthin in der Rheinmark. In diesem heißt es u. a.:

„Ich suche einen Herrn in gereiften Jahren, der das Landleben dem Stadtleben vorzieht und dem Pflichterfüllung lieber ist als Amüsaments. Sie würden freies Essen und freie Wohnung und monatlich 20 (zwanzig) Mark erhalten oder 25 M. ohne freie Wohnung; das sind so die bisherig üblichen Bedingungen.“

Außerdem wird angefragt, ob der Mann in gereiften Lebensjahren für das Wagnis, 20 M. monatlich ihm vorzuschicken, auch Kautions stellen könne. Das kamose Angebot wurde im vorliegenden Falle dankend abgelehnt. Leider findet sich immer noch so mancher, der auf solche „gute Stelle“ hincinfällt.

### Wie es in einem Siedenhaus auf dem Lande aussieht.

In Stolz in Pommern unterhält der Kreis ein Siedenhaus, in dem alle alleinstehende Männer und Frauen gegen eine geringe Entschädigung ihren Lebensabend verbringen können. Das wird als gewaltige soziale Tat ausposaunt. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? In der Frauenabteilung bewohnt eine Frau eine Stube, in der sich drei Klosetts befinden, die nur durch Treppen von einander getrennt sind. Diese Klosetts sind des Pferrers unbedacht, so daß fast allwöchentlich Arbeiter sie in Ordnung bringen müssen. In diesem Raum wohnt und schläft die Frau. Wer eins der Klosetts benutzen will, muß die Wohnung durchschreiten, nette Zustände!

### Warnung vor Winkelkonsulenten.

In welcher unterstörner Weise die Inhaber mancher Rechtsbureaus, im Volksmunde „Winkelkonsulenten“ genannt, ihren Klienten das Fell über die Ohren ziehen, dürfte nachstehender, uns mitgeteilter Fall zur Genüge beweisen. Ein in Stieglitz wohnender Herr, der dieses Gewerbe betreibt, läßt sich seine Dienste unerbittlich hoch bezahlen. So hat er unter anderem für drei Klagen, welche von kaufmännischen Angestellten beim Kaufmannsgericht geführt wurden, und für eine Klage beim Landgericht eine Rechnung in Höhe von 216 M. aufgestellt. Seine Tätigkeit bestand in der Hauptsache, da er ja als Vertreter nach dem Gesetz nicht zugelassen werden durfte, in der Abfassung der Klagen und anderer Schriftstücke. Für die Niederschrift von vier eidesstattlichen Versicherungserklärungen ließ er sich je 2,50 M. und je 1 M. für Auslagen bezahlen. Für die Anwesenheit — als Zuhörer — im Termin berechnete er jedesmal 7,50 M. Um aber sicher zu sein, daß seine Forderungen beglichen werden, ließ er sich von den Klägerinnen die vollstreckbaren Urteile aushängen und machte sich damit zu nächst bezahlt. Seine Gegenleistungen stehen aber zu dem geforderten Honorar in gar keinem Verhältnis. Die Klägerinnen hätten das Geld überhaupt sparen können. Abgesehen davon, daß die Beamten des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts angewiesen sind, dem Publikum in allen Fragen ihre Unterstützung zu leisten, kann man auch im Arbeiterssekretariat jede gewünschte Auskunft erhalten. Kostenlos werden auch dort Klagen und andere Schriftstücke angefertigt. In besonderen Fällen wird auch die Vertretung übernommen. Das Arbeiterssekretariat befindet sich Engelauer 15, eine Treppe. Das Bureau ist geöffnet von 11—12 1/2 Uhr und von 6—7 1/2 Uhr. Sonntags ist nachmittags geschlossen.

# Gewerkschaftliches.

## Die Päpftlichen vor der Pleite.

Die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften geben den Kampf um ihre Existenz nicht auf; sie sind boshaft genug, nachzuweisen, daß die vom Papst Gesegneten und Gelobten vor der wirtschaftlichen Pleite stehen. Es bleibt allerdings noch sehr die Frage offen, ob dieser Nachweis den Katholiken viel nützen wird; die vatikanische Richtung steht ja weniger auf der wirtschaftlichen Tätigkeit der Arbeiterverbände und ihre Unterstützungseinrichtungen, sondern auf den alleinigmächtigenden Glauben. Trotzdem bleibt natürlich das, was jetzt von dem Zentrumsmanne Beder im christlichen Zentrumsblatt festgesetzt wird, wichtig genug. Zeigt es doch, mit welcher skrupellosen Bittschäufel die Berliner Richtung der katholischen Arbeitervereine die papstgläubigen Proletarier zu tödnen versucht und wie Beder beweist auch nützt.

Beder hielt den Berlinern folgende schöne Rechnung vor, sie ist das Präliminarium zur kritischen Massenprüfung des ungeliebten Wählerreferats.

Tatsächliche und von der Verbandsleitung angegebene falsche Einnahmen und Ausgaben der „Berliner“.

	Tatsächliche Einnahmen und Ausgaben	Falsche Angaben der Verbandsleitung über ihre Einnahmen und Ausgaben
1907	771 759 M.	676 781 M.
1908	854 685 "	799 417 "
1909	878 881 "	841 190 "
1910	887 012 "	814 000 "
1911	774 140 "	729 327 "
		1 048 560 M.
		1 810 375 "
		1 897 498 "
		1 225 618 "
		1 223 027 "
		1 079 190 "
		884 906 "

In Einnahmen und Ausgaben also eine kleine Differenz von über 250 000 und über 150 000 M., das christliche Zentralblatt meint, zu ihren falschen Zahlen kam die Verbandsleitung, weil sie durch laufende Posten und Vermögensbestände mit als tatsächliche Einnahmen und Ausgaben verbucht!

Es kommt noch kräftiger. Die Mitgliederziffer der katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin, ist nach offiziellen Verbandsmitteilungen für die letzten Jahre konstant 128 000 geblieben. Die Einnahmen an wöchentlichen Mitgliedsbeiträgen sind dagegen von 1909 bis 1911 um 115 000 M. zurückgegangen!

Die Einnahmen des Berliner Verbandes gehen in die Verbandskassen, Männerkassen, Frauenkassen, Fachabteilungskassen, Kasse der Wohlfahrtseinrichtungen für Jugendliche und die Kasse der Verbandsbezirke. Von dem vierteljährlichen Einnahmebetrag pro Kopf des Mitgliedes in der Höhe von 1,80 M. erhalten die einzelnen Abteilungen bestimmte Quoten.

Beder stellt fest: Die Einnahmen der Verbandskasse sind von 1907 bis 1911 von 873 214 M. auf 257 218 M. zurückgegangen! Das ganze Vermögen der Verbandskasse betrug Ende 1911 15 008 M.! Das ist ein Tanzen auf dem Pulverfaß, an dem bereits die Lunte brennt, irgend eine kleine Erschütterung, und das ganze Gebäude fliegt in die Luft!

Bei der Männerkassenkasse wird festgestellt, daß der Vermögensüberschuß in absehbarer Zeit aufhören wird, dann kommt auch hier die Pleite! Im Jahre 1910 vermehrte man das Vermögen um ganze 27 000 M., Mehrzinsen hieraus wurden — 5000 M. verbucht! Das sind also bald 20 Proz. Zinsen! Spekuliert die Männerkassenkasse der papsttätigen Berliner Richtung oder kann das vatikanische Institut eingelegte Guthaben so gut verzinsen? Von der Frauenkassenkasse heißt es: „Tatsächlich steht diese Kasse bereits vor dem Bankrott“. Die Ausgaben haben hier die Einnahmen schon überschritten!

Die eigentlichen Fachabteilungen vereinnahmten 1911 90 000 M. weniger als 1909! Das will bei 10 000 Mitgliedern schon etwas heißen.

Das Vermögen dieser nach römischer Wunsch vorbildlichen Arbeiterorganisation wird mit rund 100 000 M. angegeben, Zinsen dafür sind aber seit Jahren nicht ausgewiesen!

Boshaft bemerkt der Mann der Interkonfessionellen: „Gewiß mag es unangenehm sein, ein Risiko eingestehen zu müssen, zumal es sich dabei um sehr unritzen Fragen handelt. Aber lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Das Risiko ist da, darüber kann kein Zweifel mehr bestehen.“ Wir glauben nicht, daß diese Wiederholung der interkonfessionellen Gewerkschaftler ihnen bei den Gesegneten, noch bei den Geschorenen oder beim Papste selbst freundschaftliche Gefühle auslösen wird. Das ist auch nicht das Wichtigste. Die Köhner Gewerkschaftsrichtung ist beim Papst in Ungnade, die empfohlene und hochheiligheligionisierte Richtung steht vor dem Bankrott — es bleibt dem christlichen Arbeiter eben nur ein Weg, sich zu organisieren und so wirtschaftlich zu schützen — bei den freien Gewerkschaften einzutreten.

### Berlin und Umgegend.

#### „Die Bewegung der Gastwirtsangestellten im Norden Berlins“

Laute das Thema, über das Beder in einer vom Verband der Gastwirtsgehilfen am Dienstag veranstalteten Versammlung referierte. Beder betonte, daß in erster Linie die Abschaffung des Trinkgeldes erzielt werden müsse, des weiteren des Kostzwanges. Die Gehilfen wissen wohl, daß dies nicht plötzlich zu machen sei und es sei unwahr, was man ihnen nachsage, daß sie alles übers Amte brechen möchten. Selbstverständlich müßten diese Forderungen schrittweise durchgeführt werden. Dabei ginge man noch nicht einmal so weit, daß man den vollen Erfolg für die Kost verlangte, wie es nur recht und billig wäre. Beder geht auf die mißliche Lage des Gastwirts-personals ein und erklärte, daß der Verband wilde Streiks nicht billige. Bismarck sei es der dringlichste Wunsch jeder Organisation, auf dem Wege der Verhandlung sein Ziel zu erreichen. Die Organisation der Gastwirtsgehilfen habe auch immer Entgegenkommen gezeigt. Die Lage der Gehilfen sei wirklich verheerend bedürftig und das Verlangen nach menschenwürdiger Behandlung nur allzuberechtigt. Beder besprach sodann den Streik in der Löwenbräuererei. Am ersten Tage des Streiks war nur ein Schuttmann vor dem Lokale, darum war Ruhe. Am nächsten Tage war es anders, da habe Herr Donath ein größeres Schuttmannaufgebot bestellt, was, wie immer, einen Anlauf verursacht habe. Die Polizei, besonders die Herren in Zivil, sei in der rigorosesten Weise vorgegangen. Das Auftreten und Vorgehen des Herrn Donath in Gegenwart von Polizeibeamten zeige, was ein Unternehmer bei uns sich herausnehmen dürfe. Besonders aber die Herren Arbeitswilligen hätten sich des weitgehendsten Schutzes erfreut und sich mit Revolvern, Schlagringen usw. versehen, wie Beder an einem Korpusdelikt zeigte. Als Streikbrecherlieferant offerierte sich als erster ein — christlicher Junglingsverein.

Die bürgerliche Presse habe sich auch diesmal wieder in gräßlichen Schauererzählungen hervorgetan. Von Revolverdelikten, die geschehen seien, von Säbelattaken sei keine Rede. Warum schreibe diese Presse, die doch mit der Polizei in inniger Verbindung stehe, solche Räuberepisoden, obwohl es ihr leicht wäre, die Wahrheit zu erfahren. Man sollte doch auch vom gegnerischen Standpunkt den Gewerkschaften Gerechtigkeit widerfahren lassen. Herr Donath habe trotz allem nachgegeben und die Forderungen bewilligen müssen. Das hätten die Gehilfen ihrer Geschlossenheit und Organisation zu verdanken, darum sollte jeder Gastwirtsgehilfe sich dem Verbands anschließen.

In der Diskussion wies Biesing darauf hin, daß wenn schon in einem Lokal am Potsdamer Platz, wo fast nur Berlin W. verkehre, die Kellner die Arbeit niederlegten, die Verhältnisse dieser Kategorie von Arbeitern doch äußerst schlecht sein müssen. Und darum sei es doppelt erfreulich, wenn auch in jenem Stadtviertel schon die Mehrzahl der Kellner dem Verband der Gastwirtsgehilfen angehöre.

### Deutsches Reich.

#### Wie sich die Zeiten ändern.

In Dudweiler, mitten in den schwarzen Gefilden Saarabens, fand am 1. August eine öffentliche Bergarbeiterversammlung statt, in der Otto Hue referierte. Das ging dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter wider den Strich. Seit Jahrzehnten waren den „Noten“ sämtliche Lokale in den großen und reinen Bergarbeiterdörfern Saarabens verschlossen geblieben und jetzt sollte der Gewerksverein aufgehen, wie ihn in seinen ehemaligen Hochburgen öffentlich mitgespielt wird. Ein ganzer Stab christlicher Sekretäre, darunter Effert, Kühnen, Köster, Wäcker u. a. fanden sich ein, um mit ihrem Anhang die Versammlung zu stören. Redefreiheit wollten sie haben, obwohl sie wissen, daß anständige Menschen und Gewerkschaftler ohne Zwang sich nicht mehr in Diskussion mit Streikbrecherführern einlassen wollen. Herr Effert kam eine solche Haltung nicht begreifen, er verlangte für sich und die anderen Redefreiheit und als man das ablehnte, fingen sie an, Standal zu machen! Die Folge war, daß die christlichen Sekretäre an die frische Luft gesetzt wurden. Das ist, was an der ganzen Geschichte das Interessanteste ist. Dudweiler war lange Zeit die Hochburg des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter im Saarrevier. 1200—1300 M. Monatsentnahmen wurden noch im vergangenen Jahre quittiert, während der Deutsche Bergarbeiterverband keine Mitglieder in Dudweiler hatte. Heute quittiert der Gewerksverein monatlich kaum noch über 250 M. und die christlichen Querfahrer werden unter Zustimmung ehemaliger christlicher Gewerksvereinsmitglieder aus den Versammlungen gewiesen. Das ist ein Umschwung in den Anschauungen der Saarbergleute, der sehr beachtenswert und darauf zurückzuführen ist, daß sie endlich aufgehört haben, sich von christlichen Drahtziehern an der Nase herumführen zu lassen.

### Ausland.

#### Diamantschleifer-Ausperrung.

Amsterdam, 7. August. (B. L. V.) Der Verband der Diamantschleifer hat die von dem Hause Kijzer vorgeschlagene Herabsetzung der Löhne der Diamantrosentenschleifer um 15 bis 20 Proz. abgelehnt. Darauf hat Kijzer mit einer Aussperrung geantwortet und seine Diamantschleiferei geschlossen. Die Aussperrung umfaßt 680 Arbeiter.

#### Eisenbahnerstreik in Spanien.

Madrid, 7. August. (B. L. V.) Der Generalstreik der Eisenbahner, der gestern in Almeria für Ende nächster Woche angekündigt wurde, scheint sich auf sämtliche Eisenbahnstrecken auszudehnen. Die öffentliche Meinung ist den Streikenden günstig gesinnt. In sämtlichen Klassen der Bevölkerung macht sich eine Feindseligkeit gegen die Eisenbahngesellschaften bemerkbar.

## Aus Industrie und Handel.

Rücktritt Englands von der Juckerkonvention. Ueber den Schriftwechsel zwischen der Regierung und den westindischen Kolonien in Sachen der Juckerkonvention ist ein Weisbuch veröffentlicht worden. Alle Kolonien haben, wie daraus hervorgeht, die Regierung ihre Unzufriedenheit über den beabsichtigten Austritt aus der Konvention ausgedrückt. Darauf hat die Regierung am 2. August allen Jucker produzierenden Kolonien den beabsichtigten Austritt aus der Juckerkonvention offiziell angezeigt und gleichzeitig ihrem Bedauern Ausdruck gegeben, daß sie im Interesse Englands gezwungen sei, eine den Kolonien entgegengelegte Politik zu verfolgen. Die Regierung sei aber überzeugt, daß die Interessen der Kolonien nicht erheblich in Mitleidenhaft gezogen würden. Die Regierung wies weiter darauf hin, daß die Mächte mit Ausnahme Englands der Verlängerung der Konvention um fünf Jahre zugestimmt hätten, so daß eine Garantie dafür gegeben sei, daß die Juckerprämien während dieser Zeit nicht erneuert werden würden.

#### Wie wird die Ernte?

Wenn man den letzten amtlichen preussischen Saatenstandsbericht oder den jüngsten Wochenbericht des Deutschen Landwirtschaftsrats liest, gewinnt man den Eindruck, daß im vergangenen Monat in Deutschland tropische Hitze, starke Winde und heftige Niederschläge zusammengekommen haben, um den vorher so günstigen Stand der Saaten erheblich zu verschlechtern. Die privaten Berichte aus den ländlichen Bezirken lauten ganz anders. Hier und da wird von einer Rekordernie gesprochen. Wie reimt sich das mit den offiziellen Saatenstandsberichten zusammen! Um den Widerspruch zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, aus welcher Quelle die erwähnten Berichte stammen. Sowohl die amtlichen preussischen Erhebungen wie der Bericht des Landwirtschaftsrates basieren letzten Endes auf Angaben aus den Kreisen der Landwirte. Jeder Landwirt ist natürlich an der Preisbewegung am Getreidemarkt stark interessiert. Er weiß ganz genau, daß ein günstig lautender Saatenstandsbericht an den Getreidebörsen eine Ermattung, ein pessimistischer Bericht aber eine Befestigung der Preise herbeiführt. Mitin hat die Landwirtschaft bis zu einem gewissen Grade die Regelung der Preise in der Hand, wenn sie es versteht, die Stimmung der Börse in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dazu bietet sich aber mit Hilfe der offiziellen Saatenstandsberichte reichlich Gelegenheit. Der vorliegende jüngste Bericht zeigt ganz deutlich das Bestreben, etwa auftauchende hochgespannte Erwartungen hinsichtlich der diesjährigen Ernte abzuschwächen. Alle nur erdenklichen nachteiligen Einwirkungen, wie z. B. die große Hitze, der heftige Regen, lebhafte Winde, Unkräuter und Insekten, Pflanzenkrankheiten usw. werden aufgezählt. Man sollte glauben, daß wir einer Hungersnot entgegengehen! Es soll natürlich nicht geleugnet werden, daß irgendwo in Deutschland Schädlinge oder starke Gewittergüsse aufgetreten sind; solche Tatsachen dürfen aber nicht in verallgemeinernder Form wiedergegeben werden. Daß die Landwirte sich zurückhaltend über den Ernteausfall äußern, erscheint verständlich. Noch stehen Getreide, Wehl- und Brotpreise auf einem ungewöhnlich hohen Niveau. Wird der Landwirt vielleicht dazu beitragen, diese Preise zu kürzen? Daß die monatlichen Berichte als amtliches Material veröffentlicht und somit offiziell abgestempelt werden, ändert nichts an der Tatsache, daß es sich um reine Interessententatistik handelt. Man lasse doch gleichzeitig mit den Landwirten auch einmal die Getreidehändler und die Konsumenten über den Stand der Saaten berichten! Das Ergebnis wird ganz verblüffende Widersprüche zeigen. Jeder sieht eben von seinem wirtschaftlichen Standpunkte aus die Sache mit anderen Augen an. Schon oft ist der tatsächliche Ernteertrag weit über die Schätzungen hinausgegangen. Sollte es nicht auch diesmal so sein? Hat nicht die Sorge um den hohen Getreidepreis die Berichterstatter ein wenig beeinflusst? Das endgültige Ernteresultat wird ja zeigen, inwieweit die Besorgnisse der Landwirte gerechtfertigt waren. Bedauerlich ist allerdings, daß dann der größte Teil des Getreides schon in dritter, vierter Hand ist, so daß die Produzenten und Großhändler schon ihr Schicksal ins Trodne gebracht haben. Die Konsumenten werden jedenfalls von dem guten Ernteertrag nur einen geringen Vorteil haben, denn bekanntlich gehen die Preise im Kleinhandel wesentlich schneller in die Höhe als zurück. Öffentlich sehen aber auch die Konsumenten ein, daß sie ein Recht daran haben, einmüßig über den Stand der Saaten informiert zu werden. Bisher hat man ihnen nur von Amts wegen das Weisheitswort einiger Landwirte als „offiziellen Bericht“ vorgelesen.

## Versammlungen.

### Der gelbe Terror gegenüber den Arbeitern.

Mit diesem Thema beschäftigte sich am Dienstag eine außerordentlich stark besuchte Betriebsversammlung aller bei der Firma Flohr beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die im großen Saale der Vorkammer in der Chausseestraße stattfand. Referent war Robert Wahm, der ein erschöpfendes Bild von den Zuständen zeichnete, die mit dem Auftreten des gelben Terrors eingetreten sind. Nach einem historischen Überblick ging Redner auf die Betriebsverhältnisse bei der Firma Karl Flohr ein. Ist es doch schon so weit in dem Betrieb, daß jeder Arbeiter, jede Arbeiterin bei der Einstellung durch Unterschrift sich verpflichten muß, dem „gelben Unterstützungsverein“ beizutreten. In den Statuten steht aber, daß jeder, der dem Unterstützungsverein angehört, nicht Mitglied einer Gewerkschaft sein darf. An mehreren besonders krassen Vorfällen zeigte Redner, aus welchem Folge die gelben Unternehmerhühner geschäftigt sind. Darum dürfe der Kampf nicht ruhen, bis der gelbe Sumpf ausgetrodnet ist und zu diesem Zweck seien auch die Ueberstunden strikte zu verweigern. Notwendig sei es ebenfalls, die Aufmerksamkeit der Gesundheitspolizei auf die unvorrichtsmäßigen hygienischen und sanitären Betriebsbedingungen bei Flohr hinzuwirken und sie zum schleimigen Eingreifen zu veranlassen. Der stürmische Beifall am Schluß des Referats zeigte zur Genüge, wie treffend der Redner die Tatsachen gekennzeichnet hatte. Obgleich Vertreter des Unterstützungsvereins anwesend waren, brachte doch keiner von ihnen soviel Mut auf, sich in der Diskussion zum Wort zu melden. Im übrigen wurden in der Diskussion die Schilderungen von dem flohrschen Betriebe noch sehr wirksam bestätigt und ergänzt.

Eine Resolution wurde einstimmig angenommen. Sie protestiert gegen den von den Gelben geübten Terrorismus und sagt weiter:

„Die Versammelten sind der Meinung, daß die Firma Flohr ihre Arbeiter nur deswegen in den gelben Werkverein zieht, um sich eine willenlose Arbeiterschaft zu sichern, welche sich dann ohne Widerstand Abzug auf Abzug von den bestehenden Preisen gefallen lassen muß. Da die Versammelten beobachtet haben, daß seit Bestehen des gelben Werkvereins die Arbeiterpreise bis zu 60 Proz. herabgesetzt worden sind, so verpflichten sich die Anwesenden, dafür zu sorgen, um die dort beschäftigten gelben Arbeiter über die Gefahren, welche durch diesen gelben Werkverein für die gesamte Kollegenchaft des Betriebes bestehen, aufzuklären, um sie zum Austritt zu veranlassen.“

## Letzte Nachrichten.

### Jungtürkisches Aktionsprogramm.

Frankfurt a. M., 7. August. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Das Komitee für Einheit und Fortschritt hat nach einigem Zögern ein Aktionsprogramm aufgestellt, dessen Durchführung die ernstesten Konsequenzen nach sich ziehen dürfte. Man darf allerdings noch hoffen, daß von der Ergreifung so erster Maßnahmen abgesehen wird. Immerhin sind in diesem Augenblick die Führer der jungtürkischen Partei entschlossen, folgende Punkte durchzuführen: Sie wollen erstens die der Regierung feindlichen Mitglieder der aufgelösten Kammer als Kumparliament in Saloniki verjammeln. Sie wollen zweitens ein eigenes Kabinett bilden. Das Komitee hält an der Auffassung fest, daß das Schazi-Russiar-Ministerium aus Erteilung des Wichtensvotums durch die Kammer parlamentarisch und konstitutionell nicht mehr besteht. Für das geplante jungtürkische Gegenkabinett ist augenblicklich folgende Zusammensetzung vorgesehen: Affim Bey, der Minister des Äußeren in der Regierungszeit Said Paschas, soll Großwesir, Talaat, der leidenschaftlichste Parteimann des Komitees, Minister des Innern werden. Ismail Sakki Babaganade, der gegenwärtig, da Hassan Dschavid auf Reisen ist, das offiziöse Parteioberhaupt und führende Regierungsorgan, den „Tamin“, leitet, würde die auswärtigen Angelegenheiten übernehmen. Dschavid Bey natürlich wieder die Finanzen, Halation die Post und Rahmi die öffentlichen Arbeiten. Roffim ist zum Schahid ul Zelim auserwählt. Das Komitee beabsichtigt, von Saloniki aus eine Proklamation zu erlassen. Die Parteigruppierung sofort, nachdem sie von dem vorsehend wiedergegebenen Plane Kenntnis erhielt, Maßnahmen, um die Teilnehmer des Gegenkabinetts unmittelbar nach dessen Konstituierung zu verhaften.

### Erinnerung an Marshalls Flucht in die Oeffentlichkeit.

Bad Hüblich, 7. August. (B. L. V.) Eugen v. Tausch, der frühere Berliner Kriminalkommissar, der hier seinen Lebensabend verbrachte, ist im Alter von 68 Jahren heute verschieden.

### Beschränktes Frauenwahlrecht in Ungarn.

Budapest, 7. August. (B. L. V.) Ministerpräsident Lulacz hat in dem neuen Wahlreformentwurf auch die Bestimmung aufgenommen, daß Frauen, die einen gewissen Bildungsgrad aufzuweisen vermögen, das Stimmrecht erhalten sollen. Durch diese neue Bestimmung werden etwa 100 000 Frauen in Ungarn wahlberechtigt.

### Fünf Jahre Zuchthaus für einen Karrenstreich.

Dublin, 7. August. (B. L. V.) Die beiden Anhängerrinnen des Frauenstimmrechts Gladys Evans und Mary Leigh, die während des Besuchs des Premierministers Asquith in Dublin am 18. Juli versucht hatten, das königliche Theater in Brand zu setzen, sind zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

### Mit Sped fängt man Mäuse.

New York, 7. August. (B. L. V.) Wilson hielt in seiner Sommerresidenz Sea Bright eine Rede, in der er die Nominierung zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten annahm und jede Art von Sonderprivilegien und Privatkontrolle angriff. Er erklärte, die öffentlichen Angelegenheiten würden durch private Initiative allzu sehr eingeschränkt. Er charakterisierte den Tarif der Republikaner als ein System privater Begünstigungen und sprach einer energischen baldigen Herabsetzung des Tarifs, der die Kosten der Lebenshaltung verteuere, das Wort. Was die Arbeiterfrage anbelangt, so sprach er sich für eine friedliche Vereinbarung im Sinne allgemeiner Teilhaberhaft aus. Er betonte die Notwendigkeit einer Vermehrung der Transportmöglichkeiten und eines Wiederauflebens des Handels zu Meere, der der Nation einen Platz im internationalen Handel geben solle. Den Bau des Panamakanals nannte er einen berechneten Wagemut für das Wiederaufleben des Interesses Amerikas am internationalen Handel.

### Der erste Sieg der Koosvelt-Partei.

New York, 7. August. (B. L. V.) Aus Topeka in Kansas wird gemeldet, daß die neue Koosvelt-Partei bei den Vorwahlen im State of Kansas den Sieg errungen habe. Es ist dies der erste Vorwahl, an der die neue Partei teilnimmt.

### Spinnereistreik in Mexiko.

Mexiko, 7. August. (B. L. V.) In Puebla sind 9000 Spinnereiarbeiter ausständig. Erst vor wenigen Wochen ist ein großer Ausstand durch eine gemischte Kommission von Arbeitern und Arbeitgebern beigelegt worden. Die Arbeiter behaupten nun, daß die von ihren Vertretern abgeschlossenen Bedingungen ungünstig sind, da die Fabrikanten die Arbeitervertreter bestochen hätten. Infolge des neuen Streiks haben 23 Baumwoll- und Seidenspinnereien den Betrieb einstellen müssen.

Die Generalversammlungen der Berliner Wahlvereine,

welche am Dienstag abgehalten wurden, beschäftigten sich in der Hauptsache mit der Entgegennahme der Jahresberichte ihrer Vorstände und Funktionäre, die durchweg ein erfreuliches Bild reger Parteitätigkeit gaben, andererseits aber auch zeigten, daß die Arbeitsfreudigkeit unserer Parteigenossen sich mit dem Erreichen nicht zufrieden gibt, sondern unermüdet für die weitere Ausbreitung der Organisation am Werke ist. — Aus den einzelnen Versammlungen gingen uns folgende Berichte zu:

Erster Wahlkreis.

In der gut besuchten Generalversammlung gab Genosse Petermann den

Vorstandsbericht

über das abgelaufene Geschäftsjahr. Dasselbe ist als ein äußerst arbeitsreiches zu bezeichnen. Große Anforderungen wurden an die Parteigenossen gestellt. Mit Genugtuung kann gesagt werden, daß sich die Parteigenossen des ersten Kreises brav gehalten und in der Kleinarbeit ihr Möglichstes getan haben. Infolge der Neueinteilung der Kommunalwahlbezirke war der erste Kreis im 1. und 2. Bezirk an den Stadtverordnetenwahlen beteiligt, die auch hier unseren Kandidaten den Sieg brachten. Der Kampf um das Reichstagsmandat wurde dieses Mal besonders heftig geführt. Durch die demokratische Sonderkandidatur wurde unser Sieg bei der Hauptwahl verhindert; die Stichwahlen haben dann gezeigt, daß sehr viele demokratische Wähler der Parole der Demokratischen Vereinigung keine Folge leisteten. Aber auch die Freisinnigen können auf ihren Sieg nicht stolz sein. Mit 9 Stimmen Mehrheit behaupteten sie dieses Mandat. Wegen der Gültigkeit dieser Wahl ist wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten Protest eingelegt worden, der zurzeit in der Wahlprüfungskommission der Prüfung unterliegt. Die Aufklärungsbearbeitung und die Kleinagitation müssen unermüdet fortgesetzt werden, damit bei der nächsten Reichstagswahl auch über Berlin I das rote Banner weht. Die geleistete Kleinarbeit drückt sich in folgenden Zahlen aus: Es fanden statt 28 öffentliche Versammlungen, 26 Vorstandssitzungen und 5 Kreis-Konferenzen; 159 800 Flugblätter, 48 500 Handzettel und eine größere Anzahl Broschüren gelangten zur Verbreitung. Die Mitgliederzahl ist gegenüber dem Vorjahre um 126 gestiegen.

Den

Kassenbericht,

der gedruckt vorlag, erläuterte Genosse Polzmann. Vereinnahmt wurden einschließlich des übernommenen Kassenbestandes vom Jahre 1910/1911 9409,06 M., dem stehen an Ausgaben gegenüber 7636,99 M., sodas für das neue Geschäftsjahr ein Kassenbestand von 3766,26 M. vorzutragen ist. Für die Reichstagswahlen wurden an Beiträgen und Zellerksammlungen 2687,24 M. vereinnahmt, während dieselben 3766,26 M. an Kosten verbrauchten.

Eine Diskussion zum Geschäfts- und Kassenbericht wurde nicht beliebt. Die beantragte Entlastung wurde dem Kassierer einstimmig erteilt. Die Versammlung nahm hierauf die Berichte der Prehkommission und der Lokalkommission entgegen und schritt sodann zur

Neuwahl des Vorstandes

Dieselbe hatte folgendes Ergebnis: Petermann erster, Schwabedal zweiter Vorsitzender, Polzmann erster, Hopla zweiter Kassierer, Tappert erster, Genossin Jadul zweiter Schriftführer, Revisoren: Genossin Koad, Genosse Schöder und Kowald, in die Prehkommission wurde Genosse Genosse Jadul, in die Lokalkommission Genosse Ege, in die Kinderbeschaukommission Genossin Richter und als stellvertretende die Genossin Cohn delegiert. Als Mitglied des Jugendausschusses wurde Genosse Simmel gewählt. Nach längerer Debatte wurde sodann ein Antrag auf Entschädigung der Funktionäre mit großer Majorität angenommen. Gleichzeitig wurde beschlossen, ab 1. Oktober 1912 zur Dedung der durch die Entschädigung der Funktionäre entstehenden Mehrausgaben einen Extrabeitrag von 10 Pf. pro Quartal von den männlichen und 5 Pf. pro Quartal von den weiblichen Mitgliedern zu erheben.

Kleines feuilleton.

Schriftsteller mit Gänsefüßchen. Vor einigen Tagen erst flog wieder so ein Exemplärchen auf, das eine regelrechte Buchtaubstange gewesen war. Wiberhalschen-Schriftsteller kommen allemal von den besseren Kreisen her: verzogene Mutterköpfe mit einem Rest schonegeistiger Mären, die nirgends guttun, zu keiner positiven Arbeit taugen. Man kann verschiedene Sorten unterscheiden. In reichen Fabrikanten- und Börnsenfamilien giebt's heute fast immer ein Jüngelchen, das sich „Schriftsteller“ schimpft und den Ehrgeiz verspürt, sich gedruckt zu sehen. Dies Jügelchen ist noch das unschuldigste. Wenn aber ein verbummelter Student, ein durchs letzte Examen gefallener „Referendar“ oder gar ein weggeglorger Offizier auf seine Wistenkarte den Titel „Schriftsteller“ drucken läßt, dann ist an die Stelle gedanklicher Eitelkeit, die gemeinlich aus eigener Tasche die Kosten zu bestreiten pflegt, das Hochstaplerium getreten, das stets anderen Mitmenschen gefährlich wird. Diese Sorte „Schriftsteller“ hat im weiteren Entwicklungsstadium den Wechsel aufs Strafhaus in der Tasche. Ihr ganzes „Schriftstellerisches Talent“ besteht gewöhnlich darin, daß sie erpresserische Briefe schreiben, falsche Wechselreiter betreiben, alle möglichen „Transaktionen“ und „Schiedungen“ begeben, fortwährend mit dem Kermel das Gefängnis streifen — bis sie der Staatsanwalt und der Kriminalrichter endlich beim Schlafstischen nimmt. Es siele sehr leicht, hier mit einer hübschen Liste solcher Subjekte aufzuwarten: zumeist Söhne von Ministern, Grafen, Baronen, Industriellen usw., die sich „Schriftsteller“ nennen. Gott und alle Welt brondschagen und, wenn ihr Operationsfeld abgegrast oder ihnen der Boden zu heiß geworden ist, spurlos verdunsten. Zuweilen bleiben sie allerdings in den Rasteln des Strafhauses hängen. Dann wandern sie eben für einige Zeit hinter die schwedischen Gardinen.

Der jetzt aus dem Taubenschlag prozentpatriotischer Gründungen aufgestiegene Rudolf Lenczer trönt die Kunst gewerbmäßiger Gauner. Im Jahrgang 1900 des Reichserschen Literaturkalenders zeichnet er noch als „Leiter“ eines Verlags „Din“ in München; bis als „Herausgeber“ einer „Zeitschrift zum deutschen Weihnachtsfest“. Hernach hat Lenczer acht Jahre Zuchthaus wegen Wechsel-fälschungen usw. bekommen. Diese Studienzeit hat ihm genützt. Als „Schriftsteller R. Rolf“ kam er wieder, um nunmehr leitende Stellungen in acht Unternehmungen eines aus „A. deutschen“, „Liberalen“, in- und ausländischen Kolonialspulanten, „deutschen Orden“ und verwandten Geschäftsmachern zusammengefügten Konfortiums zu bekleiden, das hinwiederum unter dem Dressspitz diverser „Erzelenzen“ nach außen hin ein gesellschaftliches Deforum wahr. Und „R. Rolf“ hat das Deutemachen gut verstanden: innerhalb Jahresfrist „annektierte“ er 20 000 Emmchen. Zweifellos hätte er diesen seinen Eifer verzeihlicht, wenn ihm Zeit gelassen worden wäre. Es ist nur verwunderlich, daß der Präside des Großgeschäfts: Freiherr Ferdinand von Ledebur — in „Wer ist's?“ steht eine Generalleutnants-Erzelenz dieses Namens verzeichnet — den famosen „R. Rolf“ nicht nach seinem toabren Namen und zuchthäuslichen Verkommen gefragt zu haben scheint. Und noch seltsamer ist, daß die Polizeibehörde, in deren Akten jedenfalls das „Rationale“ des Zuchthäuslers Rudolf Lenczer verewahrt lag, den „R. Rolf“ als Namensfälscher

Der Punkt „Stellungnahme zur Vorlage des Verbandsstatuts von Groß-Berlin“ sowie die Bestätigung der Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung mußten der vorgerückten Zeit wegen vertagt werden.

Zweiter Wahlkreis.

Aus dem gedruckt vorliegenden

Jahresbericht

ist zu entnehmen, daß das verlossene Geschäftsjahr ein äußerst arbeits- aber auch erfolgreiches war. Nicht günstige Erfolge zeitigten die Stadtverordnetenwahlen der 3. Abteilung. Nur ein Mandat verblieb den Gegnern und das nur mit 32 Stimmen Mehrheit. Bei der ungünstigen sozialen Struktur des zweiten Kreises ein gutes Zeichen. Noch viel schlagender beweist die vergangene Reichstagswahl die errungenen Erfolge. Wurden im Jahre 1907 für Genossen Richard Fischer 35 286 Wähler gezählt, so diesmal 38 131 von 63 727 abgegebenen Stimmen. Dabei ist ein Minus von zirka 5000 Wahlberechtigten gegen die Wahl im Jahre 1907 zu berücksichtigen. Ein Erfolg, der nur durch die rührige Arbeit der Parteigenossen und Genossinnen erzielt wurde. Bei der Nachwahl im 2. Landtagswahlbezirk wurden einige Urwahlbezirke erobert.

Im Gegensatz zu den Zahlenden, deren Besuch sehr zu wünschen übrig läßt, war der Besuch der Frauenlesende sehr erfreulich, wie überhaupt die Agitation unter den Frauen günstige Erfolge aufzuweisen hat. In 27 Vorstandssitzungen, 3 Bezirksführersitzungen und 6 Mitgliederversammlungen erledigte der Wahlverein seine Geschäfte. Flugblätter wurden 900 000 verbreitet. An Abonnenten zählt der „Vorwärts“ 7200. Am Schlusse des Jahres 1911 betrug der Mitgliederbestand: 4747 männliche und 548 weibliche, zusammen 5295. Dagegen 1912: männliche Mitglieder 5126, weibliche 637, zusammen 5773. Das ergibt ein Mehr von zirka 500 Mitgliedern. — Gleich günstig ist der

Kassenbericht,

Einer Gesamteinnahme von 88 689,54 M. steht eine Ausgabe von 37 082,62 M. gegenüber, sodas ein Kassenbestand von 1006,99 M. verbleibt. Im ersten Halbjahr erschienen in der Einnahme Monatsmarken im Betrage von 306,50 M., im zweiten Halbjahr 939 Monatsmarken à 1 M. und 89 à 50 Pf.

In der Versammlung gab Genosse Schwemle Erläuterungen zum Jahresbericht und ging näher auf die Ursachen des mangelhaften Besuchs der Zahlenden ein. Die Fluktuation im zweiten Kreis ist äußerst stark. Die hier herangebildeten Genossen verzichten meist in einiger Zeit nach Vororten, besonders Neutölln.

Gustav Schmidt erstattete dann den Kassenbericht. Eine lebhaft Diskussion fand nach dem vom Genossen Ewald gegebenen

Bericht der Prehkommission

statt. Ewald betonte, daß das Verhalten des Transportarbeiterverbandes dem Verlag „Vorwärts“ gegenüber unbillig sei. Er stelle immer da Forderungen, wo die besten Löhne und Arbeitsbedingungen schon vorhanden sind, bei den Vorortunternehmen. In den bürgerliche Verlagen, wo im Verhältnis zu uns nur halb so viel Lohn gezahlt und doppelt so viel Arbeit sei, poche er nicht in dieser Art auf sein Recht. Unsere Presse in Berlin und besonders auf dem Lande wird unter diesen Umständen nicht insstande sein, die Blätter so zu liefern, daß sie den Arbeitern erswinglich sind. Er selbst sei eifrig bestrebt, den Zeitungsfrauen gute Löhne — 100 Exemplare 25 M. — zu verschaffen. Ein Tarif in dieser Form sei jetzt auf 4 Jahre mit dem Verbands abgeschlossen.

Ein Genosse weist darauf hin, daß bei niedrigen Löhnen die Frauen in Versuchung kämen, ihre Kinder mitarbeiten zu lassen. Die Forderungen des Transportarbeiterverbandes seien recht und billig. — Genossin Zieh ist der Meinung, daß es Pflicht eines jeden Verbandes ist, für seine Mitglieder das herauszuholen, was nur irgendwie errungen werden kann. In diesem Falle aber habe nun der Transportarbeiterverband auch die Pflicht, seine Mitglieder zu verpflichten, für den „Vorwärts“ zu agitieren. (Lebhafte Beifall.)

unbehelligt lassen konnte. Einzelne: Lenczer-Rolf gewann reichlich Zeit, sich dünne zu machen und wird jetzt nicht wenig lachen über alle die hohen und höchsten Herrschaften, die ihm lordial die schmutzige Wote gedrückt und Schulter an Schulter mit ihm, dem Zuchthaus-Absolventen für Thron und Vaterland gekämpft haben. D ja, ihm wird es Spaß bereiten! Nur die Erzelenzen — die werden nicht lachen. Soll sich mal einer herausnehmen, sich Offizier oder Regierungsrat oder was sonst zu nennen — wie haarig würde man dem ausf das steigen! Aber als „Schriftsteller“ darf jeder schiffbrüchig gewordene Leichfuß, jeder Stroch und Hochstapler darabieren, ohne daß ihm ein Härchen gekrümmt wird. An diesem Punkt mühte fortan die Arbeit des Schugverbandes deutscher Schriftsteller“ ansetzen. Er sollte dafür sorgen, daß derlei zweifelhaftes Geinidel — bloß, weil es bei patriotischen Geschäftsvorbräuerungen aller Art am ehesten Unterschlupf und Dedung findet, nicht immer wieder die Reputation eines wahrlich schwer genug um sein Ansehen und seine Existenz ringenden Standes ungestraft untergraben darf. o. k.

Schmuggel. Ueberall an der Grenze zweier Reiche, wo ein hoher Zoll erhoben wird, findet man gewerbmäßige Pascher, die auf jede erdenkliche Art versuchen, gesperrte Waren über die Grenze zu bringen oder wenigstens für die nächsten Angehörigen einen Ausgleich der Preise zu schaffen. Je höher der Zoll, desto größer auch die Schmuggellei. Der Staat wehrt sich mit aller Kraft gegen sie; doch, obwohl die Strafen hoch sind, finden sich ganze Scharen von Schmugglern in den Grenzorten. Den größten Teil von ihnen stellt der beschmuggelte Staat selbst. Rächlich kommen die abenteuereichen Gestalten mit Sad und Pad über die Grenze und bringen allmählich große Werte steuerfrei ins Land. Vieles geht ein Zäuscher mit heugestültem Sad voraus, um die Grenzbeamten von eigenlichen Trupp abzulenken. Nicht selten aber durchschauen die Beamten den Plan, oder ein Zufall fñhrt sie den Schmugglern entgegen. Wenn diese dann zu weit von der Grenze entfernt sind, oder der Weg ihnen abgeschnitten ist, hilft nur schleunige Flucht, am besten unter Juridiklassen der Würde, da die Grenzpolizei gewöhnlich nur nach denen schießt, die Ware mitzunehmen versuchen. Oft auch gibf's einen Kampf auf Tod und Leben.

In der Stadt wird die Ware zum Durchschnittspreis verhandelt, wobei immer noch größte Vorsicht geboten ist. Vieles ist ein Ueberstreiten der Grenze bei Nacht und Nebel, besonders in alpinen Gegenden, zu gefährlich; sie gebrauchen deshalb List. Sellen passiert es heute noch, daß ein Rutscher Kohlen über die schweizerisch-italienische Grenze sñhrt und in der Stadt dann nach etwas Kohle den weichen, billigen Juder jutage fördert. Lange ist es aber nicht her, da nahm man einem Krüppel die Strüden weg, da sie ausgehöht und mit Lohschuhen gefüllt waren. Man kann sich wohl auch eine Schiffahrt denken, bei der sämtliche Fahrzeuge auf wasserdichte Sacharinfästen unterjucht werden, weil man einmal an einem led gewordenen Boot einen solchen fand. Sie ist praktisch unmöglich. Alle Trüds zu durchschauen, vermag schließlich die gewiegteste Polizei nicht. — In einer Neujahrsnacht, so erzählte man mir, luden die Dorfmadchen alle Grenzgendarmen zum Tanz und während diese sich vergnügten, trugen die Liebsten der listigen Schönen große Mengen Ware über die Grenze. ... Hieraus geht hervor, daß neben aller Tragik auch der Humor zum Rechte kommt. r. sp.

Für die Lokalkommission erstattete Genosse Reinhardt Bericht. Wie im Vorjahre, so stehen auch dies Jahr dem zweiten Kreis 22 Lokale zur Verfügung. Mit den Leitern der Kammerfäle und der Philharmonie war eine Einigung nicht zu erzielen.

Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer Entlastung erteilt.

In der weiteren Diskussion wünscht der Genosse Ewald mehr die Erörterung unserer Prinzipien, wodurch die Zahlende interessanter gestaltet würden. Genosse Krüger wünscht ausführlicheren Hinweis auf den „Vorwärts“, namentlich in den öffentlichen Versammlungen. Ein vom Genossen Ewald begründeter Antrag, die Wahl der Mitglieder für die Parteischule und Vorschläge zum Parteiausschuß nicht durch den Zentralvorstand, sondern durch die Verbandsgeneralversammlung zu wählen, wird angenommen. Mit dieser Änderung wird das Verbandsstatut akzeptiert.

Ebenfalls einstimmig angenommen wurde das Kreisstatut. — Dann findet ein Antrag, der Widerspruch gegen die Bezahlung der Referenten bei Parteiversammlungen erhebt, Annahme. Für die am Sonntag, den 18. August, stattfindende Urwahl wurde eine Vorschlagsliste aufgestellt. Nach Annahme der Vorschläge für die Zeitungsbeschwerdekommission und Bestätigung verschiedener Bezirksführer schloß Genosse Schwemle die Versammlung.

Dritter Wahlkreis.

In der gutbesuchten Generalversammlung erstattete der Vorsitzende Polz den

Geschäftsbericht.

Derselbe erstreckte sich nur auf den Zeitraum weniger Monate, indem die ersten Monate des Halbjahres 1912 durch die Wahlarbeiten ausgefüllt worden seien. Auch nach den Wahlen habe es nicht an Arbeiten gefehlt, denn es sollte das Eisen geschmiedet werden, so lange es heiß war. Unmittelbar nach den Wahlen mußten die Genossen zu Flugblattverbreitungen für den „Vorwärts“, für die Parteiorganisation, Genossenschaftsbewegung, Arbeiterjugend, Raifeier und für den allgemeinen Frauentag in Anspruch genommen werden. Dem neuen Vorstande falle die Aufgabe zu, für eine bessere Ausgestaltung der Zahlende bestrebt zu sein. Ob das aber gelingen werde, sei zweifelhaft, denn alles, was man in dieser Hinsicht empfehle, habe man bereits versucht. Wie es um das angeblide Bedürfnis nach Vorträgen stehe, zeige der schwache Besuch der öffentlich gehaltenen Vorträge. Aus dem Bericht für das ganze zurückliegende Geschäftsjahr hebt Redner folgendes hervor: Es fanden in der Zeit vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 im ganzen 43 Versammlungen, darunter 9 Kommunalwähler-, 21 Reichstagswähler-, 3 General-, 7 Volks-, 2 Sonntags- und eine Frauenversammlung im Kreise statt. Flugblätter gelangten im ganzen 15 zur Verbreitung und zwar in einer Gesamtauflage von 567 000. Abonnenten für den „Vorwärts“ haben wir zurzeit, soweit die Parteispedition in Frage kommt, 3150. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Juli 1911 2881, und zwar 2380 männliche und 502 weibliche. Am 30. Juni 1912 3121 Mitglieder, darunter 2739 männliche und 384 weibliche. Der Verein hat eine Zunahme von 72 weiblichen und 360 männlichen Mitgliedern. Im Vergleich zu den bei den Reichstagswahlen abgegebenen Stimmen sei die Mitgliederzahl und die Mitgliederzunahme allerdings nicht bedeutend, das komme aber daher, daß im dritten Kreise die in Großbetrieben beschäftigten Arbeiter nur schwach vorhanden sind. Neu ist die Einrichtung von drei Lesende für die Frauen.

Den

Kassenbericht

erstattete Genosse Harndt. Danach betragen die Einnahmen seit der letzten Generalversammlung 13 843,57 M., die Ausgaben 11 064,64 M., so daß ein Bestand von 2778,93 M. verbleibt; der Kassenbestand am Beginn des Geschäftsjahres betrug 3984,74 M. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer einstimmig die Entlastung erteilt.

Die hierauf folgenden

Vorträge.

— Direktor Galm vom Neuen Schauspielhaus am Rollendorfsplatz ist in Konkurs geraten. Daß es so kommen mußte, war vorauszusehen. In den Leidtragenden gehören zahlreiche unter dieser Direktion tätig gewesene Schauspieler, die hergegebene Beträge von 10 000—50 000 M. verlieren werden. — Es sollte strafällig sein, wenn ein Arbeitgeber von seinen Arbeitnehmern Betriebsgelde heischt, ohne feste Garantien für deren Rückerstattung zu leisten.

— Parifal-Schug-Reden will Hermann Wahr im Laufe des kommenden Winters in viel deutschen Städten halten. So wünscht es der Parifal-Schugbund“, hinter dem sich Wagners Erben in Bayreuth verdingen. Alle Stimmungsmachereien für einen Ausnahmestückparagrafen werden jedoch nichts helfen. Die „Villa Wahnfried“ - Bewohner nebst ihren paar Duzend „Getreuer“ sind glücklicherweise weder das deutsche Volk noch der deutsche Reichstag. Also wird es ihnen wohl ähnlich ergehen wie den bestreubten Lojherbern: — das Biles Parifal wird ihren Händen ausweichen.

— Franz Adam Wagerlein, der Autor des „Papststreich“ hat ein dreaktiges Schauspiel „Die Frauen“ geschrieben.

— Behorsame Wissenschaft. Auf dem Anthropologenkongreß in Weimar wollte Professor Neuhauß über Schillers Schädel reden. Einer „sehr hochgestellten Persönlichkeit“ in Berlin pagte das Thema nicht, offenbar um des freigeitlichen Dichters willen; und auf den „Bunsh“ roots Befehl dieser Persönlichkeit der Vortrag unterblieben.

— Schillers Gebeine, mit Ausnahme seines Schädels, sollen endlich wieder an der ursprünglichen Begräbnisstätte in Weimar zur Ruhe gebracht werden. Nach einem Entwurfe des Stadtbaumeisters Lehmann wird sich das sogenannte alte Kassengetölbe über dem ersten Grabe Schillers in einer historischen Form gleich einem kleinen Mausoleum wieder erheben. Hierdurch wird der historische interessante noch vorhandene Rest des Jakobskirchhofes, der u. a. noch die Gräber von Lukas Cranach und Christiane v. Goethe enthält, eine neue Sebenswürdigkeit erhalten.

— Eine Sammlung schiefer Volkslieder, deren Herausgabe geplant wird, hat bis jetzt bereits zahlreiche Lieder ergeben, die etwa insgesamt aus 26 000 Versen bestehen. Dem Musikschritsteller W. Schremmer ist es unter anderem gelungen, allein in der Gegend des Eilengebirges auf kleinem Striche 211 Lieder zu sammeln.

— Alexander Kiellands, des berühmten Romanschritstellers Sohn, hatte jüngst in zwei Kopenhagener Zeitungen mit der Veröffentlichung der väterlicherseits hinterlassenen „Lagebuchblätter“ begonnen. Infolge Protestes der übrigen Kinder Kiellands wurde die Fortsetzung dieser Publikation eingestellt.

— Caruso hat sich zu einem zwölftmaligen Auftreten an der Nationaloper in Buenos Aires (Südamerika) verpflichtet. Für jeden Abend erhält er 28 000 M. Honorar — wenn's wahr ist.

— Käuferwahninn. Pierpont Morgan, der vielgenannte amerikanische Milliardär soll für drei plastische Meisterwerke Donatello angeblich 200 000 Pfund (4 1/2 Million Mark) bezahlt haben.

### Vorstandswahlen

ergeben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender A. Pohl, 2. Vorsitzender F. Jakob, 1. Kassierer A. Harndt, 2. Kassierer G. Feldmann, 1. Schriftführer F. Schmidt, 2. Schriftführer Chr. Wenker. Als Revisoren fungierten: W. Böbus, St. Fröh, A. Köhler, A. Genewski, R. Pudde, E. Günther, Frau Kraft. Als Revisoren wurden gewählt: A. Fröhlich, E. Schiderk, A. Hinja, Böbus erstattet den

### Bericht der Agitationskommission

und verweist bei seinen Ausführungen insbesondere bei der in den beiden zur Bearbeitung überwiesenen Kreisen Guben-Rubben und Cottbus-Spremburg erfolglosen Agitation, den damit verbundenen Schwierigkeiten und den erzielten Erfolgen. Im erstgenannten Kreis sei das Mandat erlöst worden; in beiden Kreisen auch eine Zunahme unserer Stimmen zu verzeichnen. Erzielt wurden diese Erfolge dank der von Berlin aus geleisteten finanziellen und agitatorischen Hilfe, an der man es auch in Zukunft nicht fehlen lassen dürfe.

In längeren Ausführungen behandelte Müller den

### Bericht der Lokalkommission.

Zur Verfügung stünden 34 Lokale. Den Bemühungen der Kommission sei es zu verdanken, daß auch in der Provinz die Zahl der zur Verfügung stehenden Lokale vermehrt werden konnte, und ebenso war man mit Erfolg bestrebt, während der Wahl Versammlungen unter freiem Himmel abhalten zu können. Mit dem Besitzer des Cithotels konnte keine Einigung erzielt werden, die Philharmonie sei nach wie vor nur für den persönlichen Besuch künstlerischer und wissenschaftlicher Veranstaltungen frei, sonst aber als gesperrt zu betrachten.

In der Diskussion über diesen Bericht werden verschiedene Wünsche vorgebracht, die sich in der Hauptsache auf die Freigabe der Toiletten für die Frauen und auf einige andere Mängel, die in den von den Arbeitern zu ihren Freizeiten benutzten Lokalitäten zutage treten sind, beziehen. Das Mitglied der Lokalkommission verpflichtet, zu versuchen, den vorgebrachten Wünschen Nachdruck zu verschaffen.

Die hier anschließenden Wahlen zu den Kommissionen haben zum Ergebnis: Aktionsauschuss: Pohl; Preßkommission: Braun; Lokalkommission: Gubik Müller; Zentralvorstand: Jakob; Kandidatenkommission: Genossin Hermann; Schiedskommission: Fröh Schmidt, Jakob, Köppen, Weher, Braun, Martin Hirschfeld.

Die bereits gebildete Zeitungskommission wird wie folgt bestätigt: Hing, Bauerschmidt, Snappe, Hahn; aus dem zweiten Kreis gehört hierzu der Genosse Mark.

In den Bildungsausschuss werden gewählt: Wenker, Eindrach, Franke, Gent, Pohl, Reine und Schmolinski.

Die zum Statut des Verbandes gemachten Abänderungsvorschläge werden ebenfalls ohne Debatte angenommen, nur hinsichtlich der im § 13 vorgesehenen Delegiertenwahl zu internationalen Kongressen wird beschlossen, dem Abschnitt „g“ eine Fassung dahingehend zu geben, daß, wenn bei Delegationen weniger wie acht Delegierte in Frage kommen, einer der drei kleineren Kreise berufsichtig werden müsse.

Eine lebhaft, teils recht stürmische Debatte entwickelte sich beim fünften Punkt der Tagesordnung, wozu vom Genossen Schröder folgender Antrag eingebracht war:

Der Beschluß der Bezirksführerkonferenz, der die Minderheit bindet, in der Generalversammlung für die Beschlüsse der Mehrheit der Bezirksführer zu stimmen, ist aufzuheben.

Genosse Schröder begründet diesen Antrag, indem er ausführt: es sei nicht richtig, daß die Genossen in den Generalversammlungen souverän entscheiden, sondern sie würden meist vor eine bereits in der Bezirksführerkonferenz fertigmachte Sache gestellt. Das gegenwärtig geübte Verfahren sei undemokratisch und es werde eine Mehrheit zur Minderheit umgedreht, wenn z. B. eine Angelegenheit in der Bezirksführerkonferenz gegen eine starke Minorität abgelehnt würde; beide Minoritäten, die der Bezirksführerkonferenz und diejenige der darauffolgenden Generalversammlung zusammen könnten über mehr Stimmen verfügen, als solche die Majorität der Generalversammlung aufzuweisen hat. Die Instanz der Bezirksführerkonferenz sei parallel, andere Kreise hätten an ihrer Stelle die Urabstimmung eingeführt, dem sollte sich der dritte Kreis ebenfalls anschließen.

Genosse Harndt wendet sich gegen den Antrag Schröder und meint, die Konferenzen beraten nur Vorschläge, aber die sie sich natürlich durch Abstimmungen einigen müßten. Redner bestrittet, daß in anderen Kreisen demokratischer verfahren werde. Bei dem bisherigen System sei die Partei gut gefahren, was ihre Erfolge beweisen und es sei durchaus richtig, wenn man diejenigen Genossen, welche das ganze Jahr die Arbeit machen, auch mit einer Delegation betraue.

Genosse Rau führt aus, der Antrag komme nicht nur aus der einen Ecke, sondern viele andere Jahrladende des Kreises hätten ihm zugestimmt. Es soll auch nicht gesagt sein, die Bezirksführer seien schlechte Genossen und anzuerkennen sei die Notwendigkeit einer gewissen Vorbereitung, doch sei die Bezirksführerkonferenz nicht eingesetzt, damit die Genossen in der Generalversammlung nur Ja und Amen zu sagen haben.

Genosse Wenker: Wenn man die Ausführungen der Anhänger des Antrages höre, könnte man meinen, es herrsche im Kreis eine Minderheits- und eine Majoritätsmeinung. Auf mehr wie Vorschläge zu unterbreiten, erstreckt sich die Aufgabe der Bezirksführerkonferenz schon gegenwärtig nicht, es sei falsch und undemokratisch, wenn die in der Minderheit gebliebenen Genossen dann die Pläne ins Korn werfen.

Genossin Hermann meint, ein Mißtrauen sei gegen die Bezirksführer in dem Antrag Schröder nicht enthalten, in einer demokratischen Organisation müsse der Minderheit die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung gewahrt sein, das sei jedoch bei dem jetzigen Modus nicht der Fall gewesen.

Es sprechen dann noch mehrere Redner für und gegen den Antrag, wobei von ersteren die Hochhaltung der Disziplin und von den Vertretern des Antrages betont wird, daß eine Einrichtung deswegen, weil sie sich früher gut bewährt hat, kein Anrecht auf dauernden Bestand habe. In der Abstimmung wird dann der Antrag Schröder mit 119 gegen 100 Stimmen angenommen. Das Abstimmungsergebnis wird von der Mehrheit der Generalversammlung mit stürmischem Beifall begrüßt, worauf Schluß der Versammlung erfolgt.

### Vierter Wahlkreis.

Die Versammlung tagte in den „Concordia-Beständen“. Dem

### Geschäftsbericht

des Genossen Hoffmann sei folgendes entnommen: An Versammlungen, Sitzungen usw. fanden im Berichtsjahr statt: 7 Generalversammlungen, 101 öffentliche Versammlungen, 20 Vorstandssitzungen, 11 erweiterte Vorstandssitzungen und 6 Kreisversammlungen. Flugblätter wurden über 3 Millionen verteilt. Frauenleseabende wurden jeden Abend 4 abgehalten. Die Hausagitation der Genossinnen war von Erfolg begleitet. Das auch unter den polnischen Arbeitern agitiert wurde, sei ebenfalls erwähnt. — Durch zahlreiche Veranstaltungen wurde der Förderung des Bildungswesens Rechnung getragen.

Die Reichstagswahl im 4. Kreis brachte für die Sozialdemokratie einen Stimmenzuwachs von 7000; die Stimmzahl betrug 80 507 von 108 656 abgegebenen Stimmen. Die Wahl verursachte 12 674,32 M. Kosten.

Die Landtagswahl für den verstorbenen Genossen Bergmann brachte ebenfalls den erhofften Erfolg in der Zunahme der gewählten Wahlmänner und in der Wiedereroberung des Mandats durch den Genossen Vorhards. Die Wahl kostete der Vereinskasse 1067,15 M.

Trotz der ungeheuren Anstrengung der Gegner bei der Stadtoberordnetenwahl machte auch hier die Sozial-

demokratie bedeutende Fortschritt. Die Wahlkosten in Höhe von 1789,19 M. brachten in der glatten Wahl der 5 Genossen eine reichliche Vergütung.

Trotz der großartigen Erfolge, die die Partei im 4. Kreis im verflochtenen Geschäftsjahre erreichte, kann von einem im gleichen Verhältnis stehenden Zuwachs der Parteioffiziere nicht gesprochen werden. Die Fluktuation ist ungeheuer groß. 6997 neue Mitglieder wurden aufgenommen und 6000 mühten wegen rückwärtiger Beiträge, Verzug usw. wieder gestrichen werden. Der Wahlverein zählt jetzt allerdings 25 267 Mitglieder und im Berichtsjahre 1910/11 nur 24 170. Es ist also eine Zunahme von 1097 Mitgliedern zu verzeichnen. Betrachtet man aber den Rollenumsatz, so könnte man versucht sein, eher von einer Mitgliederabnahme zu sprechen. Denn im vorigen Jahre wurden 235 070 Beitragsmarken verkauft, dagegen in diesem Jahre nur 232 275, also 2715 weniger. Der geringe Umsatz in diesem Jahre fällt allein den männlichen Mitgliedern zur Last. Zu keiner Zeit hat die Organisation mit so viel Restanten zu rechnen gehabt wie in diesem Jahre.

Nach dem

### Bericht des Kassierers

Varenthin, hatte der Kreis im letzten Geschäftsjahre (1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912) eine Einnahme von 144 778,40 M. und eine Ausgabe von 143 148,76 M.; bleibt somit ein Kassenbestand von 1629,64 M.

Interessant ist der

### Bericht der Agitationskommission,

die im verflochtenen Jahr speziell in dem zum Agitationsgebiet gehörenden Kreisen Prenzlau-Angermünde und Königsberg-Neumark eine äußerst umfangreiche und schwierige Arbeit zu leisten hatte. Mit den schärfsten Mitteln wurde die Aufklärungsarbeit unserer Landpioniere zu verhindern versucht. Aber weder diese Schikanen noch der strenge Winter vermochte die tapferen Genossen zu entmutigen.

Es hat sich dann auch gezeigt, daß wir überall an den Orten, wo bisher noch kein Sozialdemokrat sprechen durfte, durch eine von uns arrangierte Versammlung sowie durch den Verkehr mit der ländlichen Bevölkerung überraschende Erfolge erzielt haben; bei den Wahlen selbst, dann aber auch durch Gewinnung von Wahlvereinsmitgliedern, Lesern der Parteipresse und Gründung neuer Wahlvereine. Im Kreise Prenzlau-Angermünde konnten wir zufolge einer intensiven Agitation auch zwei neue Ortswahlvereine gründen.

Als ein besonders erfreuliches Zeichen des Erfolges der intensiven agitatorischen Tätigkeit ist die Eroberung von 5 Reichstagsmandaten in den 18 Provinzkreisen zu bezeichnen. Ueber 1000 Berliner Parteigenossen waren bei den Haupt- und Stichwahlen in den 18 Provinzkreisen tätig und haben sich ihrer Aufgabe in anerkennenswerter Weise erledigt. Die Kosten für die Reichstagswahlen in den 18 Provinzkreisen betragen die Summe von 167 206,50 M.

Der Berichterstatter der

### Preßkommission

fügte dem allgemeinen Bericht über deren Tätigkeit in den Sitzungen noch den Hinweis an, daß die Austrägerinnen des „Vorwärts“ recht viel berechtigte Klagen und Beschwerden zu führen haben über doppelte und dreifache Arbeit, die ihnen durch die Unpünktlichkeit des Bezahlers erwächst. Die Abonnenten verlangen mit Recht pünktliche und regelmäßige Zustellung des Blattes, aber ebenso pünktlich und regelmäßig müßten die Abonnenten auch ihre Verpflichtungen erfüllen. Von den gegenwärtig 160 000 Abonnenten des „Vorwärts“ gehören 25 000 dem 4. Kreise an. Vergleiche man damit die Mitgliederzahl des Kreises von 26 267, des weiteren, daß bei der letzten Reichstagswahl 80 507 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben worden sind, so ergebe sich ohne weiteres, daß hier noch viel für die Ausbreitung des „Vorwärts“ getan werden müsse.

Eine verhältnismäßig große Arbeit hatte im vergangenen Jahr die Beschwerdekommision zu bewältigen. 63 Fälle wurden ihr überwiesen, die in 15 Sitzungen erledigt wurden.

Die Lokalkommission hatte zu berichten, daß die Lokalliste immer noch nicht so vollständig besetzt werde, wie es die Selbstachtung der Parteigenossen als gleichberechtigte Bürger erfordert. Den Genossen müsse immer wieder zum Bewußtsein gebracht werden, daß es eine Selbsterniedrigung ist, zu einem Reparaturgut zu gehen, der vorher öffentlich dokumentiert hat, daß er von der Arbeiterschaft nichts wissen wolle.

In der

### Diskussion

über den allgemeinen Vorstandsbericht bedauert Siegle, daß die geplante Anstellung eines Sekretärs speziell für die Gewinnung neuer Mitglieder abgelehnt worden ist. Dann wäre ganz sicher ein größerer Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. — Nachdem noch mehrere Redner über Fälle, welche der Beschwerdekommision vorlagen, gesprochen hatten, wurde die Debatte geschlossen und dem Kassierer Entlassung erteilt.

Im 2. Punkt der Tagesordnung: Anstellung der Kandidaten zum Kreis- und zum Zentralvorstand, wurde fast einstimmig beschlossen, nur die Kandidaten, die die Bezirksversammlungen auf die Kandidatenliste gesetzt haben, zur Wahl zu stellen.

Die Kandidaten für die Wahl des Kreisvorstandes werden nun zur Diskussion gestellt mit dem Resultat, daß sämtliche vorgeschlagenen abgelehnt werden. Das gleiche ist der Fall bei den vorgeschlagenen Kandidaten zum Zentralvorstand. Die Urwahl findet am kommenden Sonntag statt.

Bei der Beratung des Statuts des Verbandes der Wahlvereine Berlins und Umgebung werden verschiedene Änderungen vorgenommen. In § 3 Abs. h wird beschlossen, die Wahl der Parteischüler nicht dem Vorstand, sondern der Generalversammlung zu übertragen; Abs. i wird ganz gestrichen. Zum § 9 wird beschlossen, im Absatz 2 statt „der Kreise“ „des betreffenden Kreises“ zu setzen. Zum § 13 wird beschlossen, die Wahl der Delegierten zum internationalen Kongress nicht der Generalversammlung zu überlassen, sondern sie durch Urwahl in Groß-Berlin vorzunehmen. Im § 16 wird statt „8 Tage“ „14 Tage“ gesetzt. Ferner wurde der Antrag zur Verbandsgeneralversammlung angenommen, daß Parteigenossen, die Rentner und Invaliden sind, am 1. Mai bei allen Veranstaltungen freien Eintritt haben sollen und weiter, daß bei Protest- und Demonstrationen Referate nicht honoriert werden sollen.

Ferner kam zur Annahme für die Verbandsgeneralversammlung, daß der „Vorwärts“ nicht in den ersten sieben Tagen des Monats einliefert werden soll, und ferner folgender Antrag:

„Mit Rücksicht darauf, daß die Verfolgungen der Arbeiterjugend durch die Polizeibehörden bei Zusammenkünften, Spaziergängen und Ausflügen inwieweit sie sich greifen und die Jugendlichen unserer politischen Organisation bis zum 15. Jahre gesetzlich entzogen sind, beauftragt die Verbandsgeneralversammlung den Zentralvorstand von Groß-Berlin, besondere Maßnahmen zu treffen, daß die Jugendlichen in der Zeit vom 18. bis 20. Jahre um so gründlicher aufgeklärt und für unsere Bestrebungen gewonnen werden.“

Von den zur Teilnahme an der Generalversammlung berechtigten Delegierten fehlten 150.

### Fünfter Wahlkreis.

### Geschäftsbericht

erstattete der erste Schriftführer Hunschede. Im Vordergrund der Tätigkeit des Vereins stand die Reichstagswahl, die uns gute Erfolge brachte. Der fünfte Kreis kann jetzt zum festen Besitzstand der Partei gerechnet werden. Die Gegner haben den Wahlkampf ohne Anstrengung geführt; 51,9 Proz. aller eingeschriebenen Wähler stimmten für den sozialdemokratischen Kandidaten, der 18 160 Stimmen erhielt. 6 Flugblätter in einer Gesamtauflage von 235 000 Exemplaren gelangten zur Verteilung, um den Wählern zu zeigen, was bei den diesmaligen Reichstagswahlen auf dem

Spielfeld stand. Die beschlossene Dreiteilung der 1. Abteilung hat sich gut bewährt. — Rücksicht den Reichstagswahlen erforderten die Stadtoberordnetenwahlen die Anspannung aller Kräfte. Der fünfte Kreis war an drei Bezirken beteiligt. Der 24. und der 25. Bezirk waren sicher. Anders lag es im 1. Bezirk, der mitten im Herzen der Stadt gelegen und ohne ausgesprochen proletarische Bevölkerung ist. Nach jahem Kampfe gelang es aber auch hier, den freisinnigen aus dem Sattel zu heben; 51,87 Proz. der abgegebenen Stimmen fielen auf den Genossen Dreher. Bei einigemmaßen reger Arbeit wird es gelingen, auch diesen Bezirk als sicheren Besitzstand zu buchen. — Außer diesen Wahlen fanden noch eine Menge Aktionen und Versammlungen statt, u. a. 14 Reichstagswähler-Versammlungen, 4 Mitglieder-Versammlungen, 8 Frauen-Versammlungen, 1 Jugendagitations-Versammlung und 8 Protest-Versammlungen. — Die Partei wies einen guten Besuch auf. — Die Jahrsabende waren durchschnittlich von 50 Proz. der Mitglieder besucht. — Hat es sich einerseits gezeigt, daß die Genossen des fünften Kreises den an sie herangetretenen Aufgaben gewachsen waren, so zeigt andererseits die Mitgliederbewegung kein erfreuliches Bild. Besonders zu klagen ist über die große Fluktuation. Einer Mitgliederzunahme von 1086 steht eine Abnahme von 871 gegenüber, so daß nur eine effektive Zunahme von 185 Mitgliedern im letzten Jahre zu verzeichnen ist. Der jetzige Bestand beträgt 2300. Ein Teil der Schuld an der Fluktuation ist der Struktur des Kreises zuzuschreiben, der schon immer eine stark fluktuierende Bevölkerung aufwies. — Ebenso unerfreulich ist auch der Stand der Parteipresse im fünften Kreise. Die Leserschaft des „Vorwärts“ ist nur um 128 gestiegen, und auch bei der anderen Parteipresse ist ein Stillstand der Abonnenten aufzuweisen. — Durch den Tod verlor der Kreis zwölf Mitglieder, darunter den unermüdeten Genossen Leopold Diepmann. Die Genossen des fünften Kreises werden ihm stets ein ehrendes Andenken betrauern.

Der

### Kassenbericht

wurde vom ersten Kassierer Genossen Kirste gegeben. Im letzten Quartal war eine Einnahme von 5672,56 M. und eine Ausgabe von 5183,35 M. zu verzeichnen, mithin verblieb ein Bestand von 489,21 M. Die Gesamtjahreseinnahmen betragen 17 673,79 M., die Ausgaben 17 234,58 M. — Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt.

Dann erstattete Genosse Weis den

### Bericht der Preßkommission.

Er erhob wieder die Klage, daß die Redaktion es nicht versteht, mit dem ihr zuerstellten Raum auszukommen. Die Vogenzahl ist im letzten Jahre wieder um 63 überschritten worden, was eine Preßausgabe von etwa 65 000 M. verursachte. Einen schweren Verlust hat die Redaktion durch den Tod des Berichtserstatters Theobald Völcker erlitten. Die Angliederung der Expeditionen an den „Vorwärts“-Betrieb und ihre Unterstellung unter die Preßkommission verursachte viel Arbeit. Es sind Beschwerdekommisionen eingerichtet worden, deren Arbeiten durch ein Regulativ geregelt sind. Die Auflage des „Vorwärts“ hat nicht die erhoffte Höhe erreicht. Sie stieg von 156 690 am Schluß des letzten Geschäftsjahres nach den Reichstagswahlen bis auf 172 519, ist aber bereits wieder auf 161 000 gesunken. Es bedarf der eifrigsten Agitation, um die schon einmal gewonnenen, aber wieder verloren gegangenen 10 000 Leser wieder zurückzuerobern, denn die Presse ist unsere wichtigste Waffe und die einzige, mit der die Lügen und Verdrehungen der Gegner erfolgreich bekämpft werden können. Betreffs der gestellten Anträge, Kranken und arbeitslosen Mitgliedern schon nach vier Wochen den „Vorwärts“ gratis zu liefern, steht die Preßkommission auf dem Standpunkt, daß diese abgelehnt werden müssen. Bei der jetzigen achtwöchigen Karezze betrage die Ausgabe hierfür schon 6800 M.; die Summe würde sich verunsichern, wenn die vierwöchige Karezze beschlossen werden würde. Durch die Gratistlieferung an die Patienten der Krankenhäuser und Heilanstalten entfiel auf eine jährliche Ausgabe von 10 000 M., es muß also etwas auf das Budget des „Vorwärts“ Rücksicht genommen werden. — Seitens der leitenden Instanzen des „Vorwärts“ sind auch einige Tarifverträge abgeschlossen worden, und zwar mit dem Handlungsgesellenverband für die Hilfspersonen und mit dem Transportarbeiterverband für die Chauffeure und die Zeitungsträgerinnen. — Einen „lieben Freund“ hat auch die verantwortliche Redaktion in dem kürzlich verstorbenen Staatsanwalt Steinbrecht verloren, dem es zu verdanken war, daß über den „Vorwärts“ in sechs Jahren über 50 Monate Gefängnisstrafen verhängt wurden.

Dem

### Bericht der Lokalkommission

des Genossen Hanisch ist zu entnehmen, daß der fünfte Kreis jetzt 27 freie Lokale zur Verfügung hat. Die Lokalkommission weist auch darauf hin, daß die Veranstalter von Vereinsvergünstigungen in die Verträge mit den Inhabern der Lokale die Klausel mit aufnehmen sollen, daß die Vergünstigungen nur dann abgefallen werden, wenn das Lokal nach der sozialdemokratischen Partei und den Genossenschaften zur Verfügung steht, um zu verhüten, daß die Vergünstigungen eventuell in gesperrten Lokalen abgehalten werden müssen.

Es folgte nun die

### Wahl des Vorstandes und der Funktionäre.

Der Vorstand setzt sich auch weiterhin zusammen aus den Genossen: W. Friedländer, 1. Vorsitzender; D. Timm, 2. Vorsitzender; G. Hunschede, 1. Schriftführer; P. Scholle, 2. Schriftführer; K. Kirste, 1. Kassierer; H. Schwalla, 2. Kassierer; Hildesheim, Rosa, Frau Blum und Frau Holzappel, Revisoren. — Als Revisoren wurden die Genossen Aug. Rieger, Paul Hildebrandt und Max Werdin gewählt. — Als Abteilungsvorsitzende wurden bestätigt die Genossen Rosemann (Abteilung 1), Max Blum (1a), Fleisch (1b), Rischke (2), Braun (3), Holzappel (4), Rastan (5), Hader (6) und Wötcher (7). — In die Preßkommission wurde Genosse Weis wiedergewählt, in die Lokalkommission Genosse Hanisch.

Die von den Abteilungen vorgeschlagenen Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung wurden bestätigt. Darauf folgte die

### Beratung des Statuts von Groß-Berlin.

Der Vorstand hatte beantragt, überall dort, wo es heißt: „Vertreterinnen der Frauen“, zu sagen: Genossinnen. Im § 5 beantragte der Vorstand, statt: a) Schiedsgerichtskommission“ zu setzen: d) Weisler. Der § 9 sollte dann gestrichen werden. — Von den einzelnen Rednern wurde die Bestätigung ausgesprochen, daß diese permanente Schiedsgerichtskommission zu leicht in den Fehler verfallen könne, über vorliegende Auschlussanträge und Beschwerden rein geschäftsmäßig zu urteilen. — Vom Genossen Weis wurde für den Fall, daß die Generalversammlung Groß-Berlins den § 9 bestehen läßt, beantragt, den zweiten Absatz dieses Paragraphen zu streichen und dafür zu setzen: „Die Schiedsgerichtskommission verhandelt als Vertreterin des Zentralvorstandes über die gestellten Auschlussanträge. Die Beschlußfassung überbleibt dem Zentralvorstand.“

Begründend führte Genosse Weis aus, daß der vorliegende Entwurf des § 9 gegen den § 23 des Parteistatuts verstöße, der besage, daß über die Zugehörigkeit zur Partei der Verbandsvorstand entscheide.

Die Versammlung nahm dann das vorliegende Statut mit den vom Vorstand und vom Genossen Weis gestellten Abänderungsanträgen einstimmig an.

Als Kandidat für das eventuelle Amt eines Weislers resp. als Mitglied in die Schiedsgerichtskommission soll der Genosse Rischke der Verbandsgeneralversammlung in Vorschlag gebracht werden.

### Sechster Wahlkreis.

Genoskel begrüßte nach Eröffnung der Versammlung die Delegierten mit dem Hinweis, daß man zum ersten Male seit Bestehen der Organisation unter dem Delegiertensystem tage und die

Generalversammlung nunmehr nach einer anderen Grundlage aufgebaut sei.

### Nunmehr folgt der Tätigkeitsbericht.

Das Jahr 1911/12 war ein sehr arbeitsreiches. Die Reichstagswahlen standen im Vordergrund des Interesses. Im ganzen haben 60 Versammlungen stattgefunden, die sich mit der Reichstagswahl beschäftigten, darunter 8 Versammlungen für Frauen, 1 für politische Wähler, eine für die taubstummen Genossen, sowie 15 zur Vorbereitung des Wahlergebnisses. Der Kreis hatte eine Zunahme von 29 306 eingeschriebenen Wählern zu verzeichnen, die Stimmen für Ledebour sind um rund 43 000 gestiegen, die der Gegner trotz der größeren Zahl von eingeschriebenen Wählern noch um 5500 zurückgegangen. In den Stadtverordnetenwahlen wurden 397 100 Flugblätter verteilt. Auch fanden 4 Wählerversammlungen und eine Generalversammlung zur Aufstellung der Kandidaten statt. Die Maifeier wurde in 14 der größten Gartenlokale des Kreises abgehalten. Die Zahl der Feiern hat sich bedeutend vermehrt. Maifestzeitungen wurden 28 000 abgesetzt. Im Laufe des Berichtsjahres fanden eine Anzahl Protestaktionen statt, ebenso Veranstaltungen zur Förderung der Interessen der Frauen und Jugend. Insgesamt wurden im Berichtsjahre 140 öffentliche politische Versammlungen, einschließlich der während der Stadtverordneten- und Reichstagswahl stattgefundenen, abgehalten.

Insgesamt sind 14 Flugblätter verbreitet, davon während der Reichstagswahlperiode 4, in einer Gesamtauflage von 1 300 000 Exemplaren. Die Einzelauflagen erreichten eine Höhe von 311 500 bis 327 900 Exemplare. Außer diesen Flugblättern, welche sich an die gesamte Bevölkerung wandten, wurden noch während der Reichstagswahl Aufrufe an Beamte, Postbeamte, Eisenbahner, Privatangestellte, Gewerbetreibende und die Polen verbreitet. Im ganzen wurden verbreitet: 4 380 000 Flugblätter, 114 700 Handzettel, 894 000 Stimmgelbe, 521 200 Schlepplarten, 283 100 Wahlauforderungen, 30 000 Wahlpostkarten, 10 000 Briefe an Verwandte, 388 700 sonstige Formulare. Zur Unterhaltung und Belehrung fanden eine Reihe von Veranstaltungen statt. Sitzungen der Abteilungen fanden 391 statt. 13 Kreis-Konferenzen waren im Durchschnitt von 428 Funktionären besucht. Der Besuch der Frauenleseabende stieg in diesem Jahre auf 1800 Teilnehmerinnen. Die Kinderkulturmmission hat eine ebenso rührige wie erfolgreiche Tätigkeit ausgeübt. Sie recherchierte im Laufe des Jahres noch 177 Fälle der verschiedensten Art von Kinderausbeutung, wovon in 42 Fällen Mithandlung, Verwahrlosung und Vetelei festgestellt wurde. — Die Schiedskommission hatte sich in neun Sitzungen mit 45 Anträgen zu beschäftigen, von denen 17 zurückgewiesen wurden. Die Gesamtzahl der Funktionärssitzungen beträgt 478. — Insgesamt hatte der Kreis am 30. Juni 1912 31 408 Mitglieder.

Den Kassenbericht erstattete Müller, der die Kassenverhältnisse als gute bezeichnete. Die Einnahme betrug 200 146,82 M., die Ausgabe 194 994,08 M., bleibt ein Bestand am 30. Juni 1912 von 5152,74 M.

### Unter Punkt: Beratung über die

#### Änderungen des Berliner Verbandsstatuts

stimmte die Versammlung mit großer Mehrheit den Anträgen der 9. Abteilung zu, die lauten:

1. Bei Annahme des neuen Parteistatuts wird beantragt: den Absatz 1 des § 3 des Verbandsstatuts in § 13 einzufügen.
2. Bei Ablehnung des neuen Parteistatuts wird beantragt: Die Weisiger für den Parteivorstand sind in der Generalversammlung Groß-Berlins zu wählen und nicht, wie bisher, im Zentralvorstande.

Eine längere Debatte entfaltete die Frage der Stimmberechtigung des Vorstandes und der Abgeordneten bei Generalversammlungen. Folgender Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen:

Außer den Delegierten haben Sitz und Stimme in der Generalversammlung: der engere Vorstand, die Landtagsabgeordneten und der Reichstagsabgeordnete des Kreises.

Durch Annahme des Antrages der 9. Abteilung, der besagt: Bei Annahme des neuen Parteistatuts wird beantragt: den Absatz 1 des § 3 des Verbandsstatuts in § 13 einzufügen, wurden die übrigen diesbezüglichen Anträge erledigt.

### Die Renwahl des Gesamtvorstandes

wurde en bloc vorgenommen und erfolgte gegen 2 Stimmen.

## Verbandstag der Fabrikarbeiter.

### 2. Verhandlungstag.

Dresden, 6. August.

Bei der Abstimmung über die zu den Geschäftsberichten vorliegenden Anträge wurden fast sämtliche abgelehnt. Annahme fanden nur zwei Anträge, die besagten: 1. daß für die Papierindustrie beim Vorstand ein Agitationsleiter anzustellen ist, 2. daß an den Verbandstagen alle Gauleiter teilzunehmen haben. Ein Antrag Dresden, die Gehälter der Angestellten einer Neuordnung zu unterziehen, wurde einer Kommission überwiesen.

### Zu dem Punkt:

#### Abgrenzung des Agitationsgebietes

referierte Redakteur Schneider-Hannover. Der Grundgedanke seiner in einer Resolution zusammengefaßten Ausführungen ist folgender:

Der einheitlichen Ausbeutung und Unterdrückung muß die einheitliche Organisation der Arbeiter gegenübergestellt werden. Der Verdrängung des Berufsarbeiters durch den Industriearbeiter muß die Umwandlung der Berufsorganisationen in Industrieverbände folgen: die gewerkschaftliche Entwicklung muß zu großen, leistungsfähigen Industrieverbänden führen. Der Industrieverband ist nicht die einfache Fortentwicklung der Berufsorganisation, sondern bis zu einem gewissen Grade sogar ihr Gegensatz. In der Berufsorganisation vereinigen sich die Arbeiter nach ihrer Vorbildung, ohne Rücksicht auf die Industrie, in der sie arbeiten — im Industrieverband vereinigen sich die Arbeiter nach ihrer industriellen Tätigkeit ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung. Die Berufsorganisation kann mithin weder die Grundlage noch ein Teil des Industrieverbandes sein. Die natürliche Grundlage, die logische Einheit des Industrieverbandes bildet vielmehr die Zusammenfassung der Arbeiter eines Betriebes: die Betriebsorganisation muß die Grundlage der Industrieverbände bilden. Wenn alle in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter, ohne Rücksicht auf Geschlecht und Beruf, in eine Organisation vereinigt, zu gegenseitiger Solidarität erzogen, zu gemeinsamen Handeln verpflichtet werden, wird es noch besser als bisher gelingen, der wachsenden Macht des Kapitals Grenzen zu setzen, den Einfluß der Arbeiter zu mehren, dem kulturellen Aufstieg der Arbeiter die Wege zu ebnen. Aus diesen Erwägungen heraus, beauftragt der 11. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter seine Vertreter, auf den gewerkschaftlichen Konferenzen und Kongressen und bei Abschluß von Kartellverträgen im Sinne dieser Resolution zu wirken, insbesondere die Einführung der Betriebsorganisation im Verbandsgebiet — dessen Grenzen im Statut festgelegt sind — anzustreben.

Der Redner wandte sich auch gegen die zu diesem Punkt vorliegenden Anträge auf Besetzung mit verschiedenen Verbänden. Dafür liegt keine Ursache vor, insbesondere darum nicht, weil der Fabrikarbeiterverband noch ein großes Rekrutierungsgebiet habe.

Die Statutenberatungskommission hat zu diesem Punkte Vorschläge eingebracht, nach denen der § 3 des Statuts, in dem das Agitationsgebiet des Verbandes festgelegt ist, abgeändert werden soll. Folgende Betriebe sollen neu eingefügt werden: Mülverwerkungsbetriebe, Betriebe zur Herstellung von Kunstseide, Kunstleder, Weißsebern, Kunststein, Nahrungsmittel- und Rudelfabriken, Zuckerraffinerien. Dagegen sollen folgende, bisher vom Fabrikarbeiterverband bearbeitete Betriebe aus dem Agitationsgebiet gestrichen werden: Cafen, Park- und Begehewinnung, Mineralwasseranstalten,

Brennereien und Preßhefeabriken, Likörfabriken und Destillationen, Spiritfabriken, Schaum- und Obstweinfabriken.

An das Referat schloß sich eine ausgedehnte Debatte, in der fast alle Redner sich dem Standpunkt Schneiders im allgemeinen angeschlossen. Nur in der Verschmelzungsfrage vertraten mehrere Delegierte die Ansicht, daß ein Zusammenschluß mit gleichartigen Organisationen geboten sei. Den breitesten Raum in den Ausführungen der Diskussionsredner nahm die Behandlung der örtlichen Grenzstreitigkeiten ein.

Der Vertreter der Generalkommission, Robert Schmidt-Berlin, präzisierte den Standpunkt der Generalkommission. Die Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses lasse Betriebsorganisationen nicht zu, es werde in ihr klar gesagt, daß die Berufsorganisation maßgebend sein soll. Die Generalkommission habe sich an diesen Beschluß zu halten. Die vom Referenten vertretenen Grundzüge und die Vorschläge der Statutenberatungskommission ständen im Gegensatz zu dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses. Daß die Fabrikarbeiter Grenzstreitigkeiten nach verschiedenen Seiten haben, liege an dem vielseitigen Rekrutierungsgebiet. Bei diesen Grenzstreitigkeiten müsse versucht werden, die Differenzen im Wege der Verständigung aus dem Wege zu schaffen. Und dies sei möglich. Man solle scharfe Worte vermeiden und bedenken, daß die anderen Verbände doch die gleichen Ziele haben.

Der zweite Vorsitzende des Verbandes, Sach-Hannover, betonte, die Annahme der Resolution Schneider bedeute, daß dadurch eine Richtschnur bei Verhandlungen usw. vorhanden sei. Solange aber die Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses bestehe, habe diese auch für die Fabrikarbeiter Geltung. Anlaß zu den neuesten Grenzstreitigkeiten habe die Generalkommission selbst gegeben, da sie eine Neueinteilung über einzelne Agitationsgebiete gemacht und manchen Organisationen das zuständige Gebiet genommen und anderen zugeteilt habe.

Nachdem 23 Redner ihre Ansichten zum Ausdruck gebracht, fand ein Antrag auf Schluß der Debatte Annahme.

Für die Statutenberatungskommission erklärte noch Hegemann-Damburg, daß diese der Resolution des Referenten zustimme. Eine praktische Anwendung solle jedoch die in der Resolution ausgesprochene Tendenz in nächster Zeit nicht haben. Zuerst müsse der Gewerkschaftskongress zu der Frage der Betriebsorganisation Stellung nehmen. In dem § 3 sollen als Agitationsgebiete noch ausgenommen werden: Leinwandfabriken, Zellulosefabriken, Gummiwerkstoffe. Anstatt Tonröhrenfabriken soll Tonwarenfabriken gesetzt und Abfuhranstalten soll gestrichen werden.

Im Schlußwort präzisierte Schneider nochmals seinen Standpunkt, dabei hervorhebend, daß selbstverständlich die Betriebsorganisation nicht von heute auf morgen durchgeführt werden könne. Dem Beschluß des Hamburger Gewerkschaftskongresses müsse natürlich, solange er besteht, Rechnung getragen werden.

Bei der Abstimmung werden die Resolution Schneider und die Vorschläge der Statutenberatungskommission über die Änderung des § 3 des Statuts (Festsetzung des Agitationsgebietes) einstimmig angenommen.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Der Wahlkreis Hagen-Schwelm hielt am letzten Sonntag in Hagen seine Kreis-Konferenz ab. Dem Bericht des Sekretärs Genossen Ludwig über die Parteitätigkeit im Kampfsjahre seien folgende Angaben entnommen: Am Schluß des letzten Quartals zählte der Sozialdemokratische Verein im Kreise 3946 Mitglieder und zwar 3403 männliche und 543 weibliche. Versammlungen fanden 269 statt. In den Gemeinden des Wahlkreises vertreten gegenwärtig 55 Sozialdemokraten die kommunalen Interessen der Arbeiterschaft. Dabei sei erwähnt, daß unsere Genossen auf 6 sichere Mandate verzichteten, weil sie, gezwungen durch das rückständige Hausbesitzerprivileg, keine geeigneten Kandidaten hatten, denen ein solch wichtiges Amt übertragen werden konnte. Als Parteiorgan gilt nach wie vor die Elbersfelder „Freie Presse“, die im Kreise eine sehr gute Verbreitung hat.

Von den Hauptbeschlüssen der Konferenz seien die folgenden erwähnt: Für Bildungswesen und Jugendbewegung wurden 1000 M. bewilligt. Zur Schaffung eines Wahlfonds wurde beschloffen, pro Jahr 50 Pf. Ertragsbeitrag zu erheben. Wiederholt ist schon der Antrag gestellt worden, für den Kreis ein eigenes Parteibüro zu gründen. Da man aber mit der „Freien Presse“ zufrieden ist, so wurde vorläufig beschloffen, zur Förderung der Agitation und zum Ausbau der Presse einen Preßfonds zu schaffen. Beschloffen wurde ferner eine grundlegende Änderung der Kreisorganisation. Bisher war es so, daß die Hagenener Genossen den Kreisvorstand wählten. Jetzt wird der Kreisvorstand von den verschiedenen Orten gebildet. Die Konferenz gestaltete die Wahlen schon in diesem Sinne. Ein Antrag, daß bei allen Parteidelegationen, wo mehr als ein Delegierter ernannt wird, unter allen Umständen ein Genosse dabei sein muß, wurde abgelehnt. Als Landtagskandidaten wurden nominiert die Genossen Reichstagsabgeordneter Max König und Parteisekretär Konrad Ludwig.

Die Parteigenossen des Wahlkreises Nordhausen-Grafschaft Hohenstein hielten am vergangenen Sonntag in Nordhausen ihre Generalversammlung ab. Die Mitgliederzahl in 14 Ortsvereinen beträgt 1674. Versammlungen wurden im Berichtsjahre 212 abgehalten. Die Parteigenossen haben in sieben Orten 80 Gemeindevetreter.

Der Abgeordnete des Kreises Genosse Cohn-Berlin referierte über die Tagesordnung des deutschen Parteitag und über die Änderungen des Organisationsstatuts. Seine Ausführungen über das Stichwahlabkommen sind in folgender Resolution zusammengefaßt:

Die Generalversammlung des Kreises Nordhausen-Grafschaft Hohenstein am 4. August 1912 erklärt:

Das Stichwahlabkommen vom Januar 1912 war geeignet, die Führung eines prinzipiellen Wahlkampfes für die Zukunft zu erleichtern und das Vertrauen der Parteigenossen zu erschüttern. Die Generalversammlung bedauert deshalb dieses Abkommen und erwartet, daß sich derartige Abmachungen nicht wiederholen. Sie erachtet den Parteitag, seinen Willen in dieser Richtung zum Ausdruck zu bringen.

Die Ausführungen des Genossen Cohn über das Organisationsstatut gipfelten in folgender Resolution:

Die Generalversammlung des Kreises Nordhausen-Grafschaft Hohenstein vom 4. August 1912 erklärt folgendes:

Die Entwicklung der deutschen und der weltpolitischen Verhältnisse kann zu jeder Zeit ein planmäßiges Eingreifen der organisierten Arbeiterklasse notwendig machen. Deshalb ist es dringend nötig, die Entschluß- und Handlungsfähigkeit des Parteivorstandes zu verstärken, der von der Reorganisationskommission vorgeschlagene Parteiausfluß ist aber hierzu nicht geeignet. Die Kreisgeneralversammlung ersucht daher den Parteitag in Chemnitz:

1. Diesen Vorschlag der Reorganisationskommission abzulehnen.
2. Den Parteivorstand um mindestens sechs und höchstens neun stimmberechtigte, unbesoldete Weisiger zu verstärken, die a) vom Parteitag aus den verschiedenen Wirtschaftsgebieten Deutschlands zu wählen, b) zur Beratung politischer Fragen herangezogen sind und zwar mindestens einmal monatlich c) mit Dreiviertelmehrheit beschließen dürfen, Sitzungen des Parteivorstandes außerhalb Berlins stattfinden zu lassen. Zur Frage der Maifeier wurde folgende Resolution angenommen:

Die Generalversammlung des Wahlkreises Nordhausen-Grafschaft Hohenstein sticht in dem Antrag 90 des Jenaer Parteitages und dem Antrag 30 des Jenaer Parteitages weder ein Mittel

zur Behebung des Maifeiergedankens, noch ein Mittel zur Hebung der Agitationsfähigkeit der Genossen.

Aus diesen Gründen ersucht die Generalversammlung des Wahlkreises Nordhausen-Grafschaft Hohenstein den Parteitag, beide Anträge aufzuheben.

Die Versammlung erklärte sich mit der vorgeschlagenen Resolution einverstanden. — Als Delegierte zum Chemnitzer Parteitag wurde der Reichstagsabgeordnete Genosse Cohn-Berlin und der Kreisvorsitzende Genosse Wiegler-Nordhausen gewählt.

Die Kreis-Konferenz für den ersten braunschweigischen Wahlkreis fand am Sonntag im Gewerkschaftshaus in Braunschweig statt. — Die Zahl der „Volkstreue“-Leser hat sich gegen das Vorjahr um circa 1000 vermehrt. Im Wahlkreise sind etwa 10 500 Abonnenten vorhanden, wovon 9591 auf die Stadt Braunschweig entfallen. — Die Zahl der Gemeindevetreter beläuft sich auf 44. Braunschweig allein hat 8 Stadtverordnete. — Der Wahlkreis zählt gegenwärtig 9458 organisierte Parteigenossen, davon 1600 Frauen.

Zum Parteitag wurden folgende Anträge angenommen:

1. Die Erhöhung der Mindestbeiträge abzulehnen, mindestens die Frauenbeiträge nicht zu erhöhen;
2. Die Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag auf 15 Mitglieder zu beschränken;
3. den vorgeschlagenen Parteiausfluß abzulehnen;
4. den Parteivorstand um 7 unbesoldete Mitglieder zu vermehren, die vom Parteitag gewählt werden;
5. die Konferenzen der Bezirkssekretäre sollen beibehalten werden;
6. Die Monatsbeiträge für Invalide sind auf 15 Pf. zu erhöhen.

Beschloffen wurde, den Posten eines Agitationsleiters, der bis jetzt provisorisch besetzt war, noch einmal auszuschreiben und die Wahl durch Urabstimmung vorzunehmen.

Der Parteitag soll mit drei Delegierten besetzt werden, die Frauenkonferenz mit einer Genossin.

Die Sozialdemokratie im Herzogtum Meiningen hielt am Sonntag ihre Landeskonferenz in Probstzella ab. Der Vorsitzende der Landesorganisation, Genosse Seige-Wöhner, erstattete den Jahresbericht, in dem namentlich die letzte Reichstagswahl einen breiten Raum einnahm. Die Mitgliederzahl ist in den beiden Reichstagswahlkreisen gestiegen; der Stand der Jugendbewegung ist gut; auch die Frauen beteiligen sich immer mehr am politischen Leben. Einnahmen und Ausgaben decken sich mit 18 000 M. Die beiden Parteibüros konnten ohne Zuschuß arbeiten. Ueber die Tätigkeit der Landtagsfraktion berichtete Genosse Knauer. Zum Leiter der Organisation wurde wieder Genosse Seige bestimmt, der auch zum Parteiausfluß vorgeschlagen werden soll. Für die Erhöhung der Beiträge konnte man sich mit Rücksicht auf die arme Landbevölkerung nicht erklären.

Die Kreisgeneralversammlung des 1. württembergischen Reichstagswahlkreises (Stuttgart Stadt und Amt) fand am Sonntag, den 4. August, in Echterdingen statt. Der Wahlkreis zählt nunmehr 28 Mitglieder mit insgesamt 11 903 Mitgliedern. Der Zuwachs im letzten Geschäftsjahre ist 3249, von denen 2533 auf die Stadt Stuttgart entfallen. Im Reichstag wird der Kreis durch den Genossen Hildebrand vertreten, im Landtag durch 4 sozialdemokratische Abgeordnete, neben drei bürgerlichen, die die Proporzwahl in Stuttgart den bürgerlichen Parteien sichert. In 15 Gemeinden amtieren 50 sozialdemokratische Gemeindevetreter, in 19 Gemeinden sind 74 Parteigenossen im Bürgerausschuß (ähnlich der Stadtverordnetenversammlung in Norddeutschland) tätig. Der Etat des Kreisvereins balanciert mit rund 38 000 M. Den Bericht der Preßkommission erstattete die Vorsitzende Genossin Zellin. Die Kreisgeneralversammlung nahm noch vorausgegangener Diskussion folgende Resolution einstimmig an:

Die Kreisgeneralversammlung des 1. württembergischen Reichstagswahlkreises erklärt sich mit der Tätigkeit der Preßkommission einverstanden. Sie fordert, daß die Preßkommission in ihrer jetzigen Zusammensetzung erhalten bleibt. Der neuen politischen Leitung der Tagewacht spricht die Kreisgeneralversammlung Anerkennung aus für die sachliche Vertretung unserer Parteigrundzüge und die Schulung der Leser im Sinne unseres Programms.

Die Preßkommission wurde in ihrer bisherigen Zusammensetzung mit sehr harter Mehrheit wiedergewählt, ebenso der Vorsitzende des Kreisvereins Genosse Dietz. Der Preßkommission gehören an: Genossen Zellin, Genossen Bullmer, Heibinger und Westmeyer. Die Kreisgeneralversammlung beschloß ferner die Anstellung eines Kreissekretärs, der zugleich einen Teil der Geschäfte des Stuttgarter Sekretariats mit zu versehen hat. Die Kreisgeneralversammlung mußte der vorgeschrittenen Zeit wegen aus dem 25. August vertagt werden. Die Landtagswahlen und der Parteitag in Chemnitz müssen noch behandelt werden, sodann soll auch die Wahl des Kreissekretärs vorgenommen werden.

Deutsche Arbeitervereine in Italien. In Turin besteht ein deutscher Arbeiterverein, „Der Internationale Leseklub“ in der Camera di Lavoro. Er bietet eine Bibliothek mit sozialistischer und Unterhaltungsliteratur, Vorträge, Museumsbesuche und Geselligkeit. Der Verein hat auch eine Krankenkasse und will den Deutschen in jeder Weise zur Hand gehen. Wer Arbeit in Turin usw. annehmen will, wird gut tun, erst bei diesem Verein Erkundigungen einzuziehen.

Auch in Mailand besteht ein Verein gleicher Art. Es ist dies der „Deutsche Arbeiterbildungsverein Mailand“, Camera di Lavoro, Via Manfredi.

Die arbeiterfreundliche Presse wird um Nachdruck gebeten.

Ein Volkspark der Harburger Arbeiterschaft. Mit bewunderungswürdiger Eifer haben unsere Harburger Genossen einen Plan verwirklicht, der schon vor Jahren aufstach, aber damals noch zurückgestellt werden mußte. Vor etwa 1 1/2 Jahren endlich konnten die ersten Schritte zur Erwerbung des Grundstücks getan werden, das am 4. August seiner Bestimmung als Sport- und Spielplatz übergeben wurde. Rund 100 000 Quadratmeter Boden umfaßt der Platz, darunter sind etwa 40 000 Quadratmeter Waldbesitz, der den Spielplatz umschließt. Und hier, auf eigenem Grund und Boden, eine halbe Stunde vom Mittelpunkt der Stadt, in engster Verbindung mit den großen Forsten, hat jeder Arbeiter mit seiner Familie jede Gelegenheit, sich wirklich frei bewegen zu können. Zwei Spielplätze sind bereits geschaffen. Ein dritter Spielplatz kommt im nächsten Jahre hinzu. Für Schrebergärten wurden circa 20 000 Quadratmeter abgeteilt. Eigene Brunnenanlagen geben gutes Trinkwasser; für Beleuchtung sorgen eigene Anlagen zur Erzeugung elektrischen Lichtes. „Volkswohl“ haben unsere Genossen das Unternehmen gekauft.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Eine Hausdurchs.

die nicht weniger als zwei Stunden dauerte, wurde Mittwochnachmittag in der Redaktion unseres Zittauer Parteiorgans mit peinlichster Gründlichkeit vorgenommen. Zwei Referenten und ein Geheimpolizist fahndeten nach dem Manuskript einer Wochenplauderei. Das Manuskript wurde selbstverständlich nicht gefunden; dafür wurden drei Briefe beschlagnahmt.

## Aus der Frauenbewegung.

### Koedukation.

Koedukation, das heißt gemeinsame Erziehung und Bildung beider Geschlechter, ist eine Forderung, die in unserer Zeit von fortgeschrittenen Pädagogen im Interesse einer Höherentwicklung des Schulwesens erhoben wird. Die ersten Anregungen auf diesem

Gebiete verbanke die Welt Männern wie Pestalozzi und Fichte, die damit ihrer Zeit weit voraus eilten, denn noch heute begegnet der Gedanke der Koedukation — wie jede wahrhaft fortschrittliche Idee — heftiger Gegnerschaft. Man bekämpft die gemeinsame Erziehung vor allem mit dem Hinweis auf die schwere moralische Gefährdung, der man die heranwachsende Jugend aussetzen würde, und macht nebenher auch den abgedroschenen Einwand geltend, daß die geistige Minderwertigkeit des weiblichen Geschlechts das Niveau der gemeinsamen Schulen herabdrücken und so erspriehliche Resultate für beide Geschlechter ausschließen würde.

In Amerika hat die Koedukation bereits eine Geschichte voll praktischer Erfahrungen und Resultate hinter sich, da man sich hier über die alten Traditionen auf dem Gebiete der Erziehung früh hinwegsetzte. Heute gibt es dort weite Gebiete, besonders im Westen, wo die Jugend vom Kindergarten bis zur Univerfität gemeinsam auf der Schulbank fikt. Etwas 96 Proz. aller öffentlichen Elementar- und Mittelschulen der Vereinigten Staaten haben, wie Maria Ruge in Heft 7 der „Dokumente des Fortschritts“ mitteilt, den gemeinsamen Unterricht eingeführt. Amerikanische Univerfitäten wurden die ersten Freistätten des Frauenstudiums, und heute stehen den Frauen mit wenigen Ausnahmen alle Staatsuniverfitäten des Westens und Südens offen. Von 480 Privatkollegen der Vereinigten Staaten nehmen 336 Mädchen auf. Im Osten hat die Idee der Koedukation so große Fortschritte allerdings nicht aufzuweisen, doch ist sie auch hier im Vordringen. In Europa hat man nur in Schweden und Dänemark größere Erfahrungen auf dem Gebiete der gemeinsamen Erziehung gesammelt. Der Schulmann Georg Bruun berichtet über die dänische Koedukation in einem Artikel der erwähnten Zeitschrift. In Dänemark ist man im wesentlichen aus ökonomischen und sozialen Gründen zu Versuchen mit der Koedukation gekommen. In den Dorfschulen hatte sie von jeher bestanden. Bedenken gegen die Koedukation tauchten in Dänemark erst auf, als für die Mädchen der oberen Gesellschaftsklassen Zulassung zu den Gymnasien und Hochschulen verlangt

wurde, damit sie die zum Eintritt in höhere Berufe nötige Vorbildung erhielten. Sonderschulen waren besonders in kleinen Städten zu teuer geworden. So kam man aus Gründen der Sparsamkeit dazu, den Mädchen die Knabenschulen zu erschließen. Außerhalb der Hauptstadt Kopenhagen hat jetzt die Gesamtschule den Sieg davongetragen. In Kopenhagen lag die wirtschaftliche Rötigung zu diesem „revolutionären Schritt“ nicht vor, da dort genügend Schulerinnen für 5 Mädchengymnasien vorhanden sind.

Und die Ergebnisse der Koedukation, so weit sie bis jetzt vorliegen? Nirgendwo, weder in Amerika noch in Dänemark ist es zu den prophezeiten fittlichen Verirrungen gekommen, nirgends hat der gemeinsame Schulbesuch nachteilig auf den Unterricht eingewirkt. Im Gegenteil rühmt man der Gesamtschule nach, daß sie ein feinerer moralischer Apparat sei als die Sonderschule. Bei Koedukation ist es leichter, Disziplin zu halten. Roheiten kommen bei Knaben seltener vor, während die Mädchen viel von ihrer Zimperlichkeit und Ziererei verlieren. Auch hat sich das weibliche Geschlecht bei der Gesamterziehung ganz und gar nicht als geistig minderwertig erwiesen. Die amerikanischen Studentinnen sind im allgemeinen fleißiger als die Studenten. Der kameradschaftliche Verkehr beider Geschlechter hat sich auf den untersten wie auf den höchsten Stufen des Schullebens als gleich nutzbringend für beide Teile erwiesen.

In unserem lieben zopfigen Deutschland war man bisher trotz aller Abneigung gegen die Koedukation so inkonsequent, an den Volksschulen kleiner ländlicher Orte den gemeinsamen Unterricht für Knaben und Mädchen zuzulassen. Für die Kinder des Landproletariats war und ist die sonst so verpönte gemeinsame Schule gut genug, da sie sich erheblich billiger stellt als getrennter Unterricht. Vor den ökonomischen Motiven verstummen die sogenannten moralischen Bedenken, die man gegen die Koedukation erhebt. Auf dem Gebiete des höheren Schulwesens hat man bisher nur ganz vereinzelte Versuche mit der Koedukation gewagt. Baden und vor allem Württemberg sind da zu nennen. Die Oberreal-

lehrer Kämmerer auf der letzten Jahresversammlung des Stuttgarter Vereins für Schulgesundheitspflege feststellte, hat man an einer größeren Zahl höherer Schulen in Württemberg in jeder Beziehung nur die besten Resultate mit der Koedukation erzielt.

Die Sozialdemokratie erblickt in der vollkommen durchgeführten gemeinsamen Erziehung und Unterweisung der Jugend einen Teil ihres Schulideals. Keinerlei kleinliche äußere Gründe sind ihr dabei maßgebend, sondern allein die erzieherischen Vorteile für beide Geschlechter und vor allem die praktische Verwirklichung der vollen Gleichberechtigung der Frau. Um alle ihre Fähigkeiten zur Entfaltung zu bringen, bedarf die Frau der gleichen Bildungsmöglichkeiten wie der Mann von der untersten bis zur höchsten Staffel des Schullebens. Der Wettstreit wird im gemeinsamen Unterricht beider Geschlechter zu den höchsten Leistungen anspornen. Sie werden frühzeitig einander achten lernen, wobei das Weib von heute nur gewinnen kann. Kameraden schon auf der Schulbank, werden sie es auch im Leben der Arbeit sein und einander besser verstehen, als dies heute bei der künstlichen Trennung der Geschlechter möglich ist. Und letzten Endes wird die gemeinsame Erziehung in der freien Gesellschaft der Zukunft die gesunde Basis werden für berechtigte Beziehungen zwischen Mann und Weib, aus denen eine Fülle von Glück für den einzelnen wie für die Gesamtheit entspringt.

Marktbericht von Berlin am 6. August 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Marktschillingpreise (Kleinhändler): 100 Kilogramm Erdbeeren, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—50,00. Limen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhändler) 8,00—14,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,90. Schweinefleisch 1,50—2,20. Kalbfleisch 1,50—2,40. Dammfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,40—5,20. 1 Kilogramm Karbolen 1,40—2,20. Salz 1,40—3,20. Zander 1,50—3,00. Hechte 1,40—2,80. Borche 1,00—2,40. Schlei 1,40—3,20. Blei 0,80—1,50. 60 Stück Krebse 1,50—36,00.

Unserem alten Parteigenossen **Jakob Reul** u. sein. lieben Frau, d. Genossin **Wilhelmine Reul** zu d. Doppelt ihres heutigen Geburtstages und ihres gleichzeitigen 25-jähr. Jubiläums die herzlichsten Glückwünsche. Die Genossen u. Genossinnen der 20. Abteilung im 4. Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Unserm Genossen **Franz Löffler** nebst Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silbernen Hochzeit. Die Genossen u. Genossinnen des 208. Bez., Teil III, 4. Kreis.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.** Landsberger Viertel. Bez. 423. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Präger **Georg Weber** Elbinger Str. 64, gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, auf dem Böhmischen Kirchhof am Blücherplatz statt. 218/18 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.** Am Montag, den 5. August, verstarb unser Genosse, der Tischler **Wilhelm Böhm** Lychener Str. 25. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Hedwigs-Kirchhofes in Weihensee, Wörthstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband** Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Einleher **Wilhelm Böhm** Lychener Straße 25 im Alter von 65 Jahren gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 8. August, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Hedwigs-Kirchhofes in Weihensee, Wörthstraße, aus statt. 87/11 **Die Ortsverwaltung.**

**Danksagung.** Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **August Baer** sagen wir allen daran Beteiligten unseren herzlichsten Dank. **Witwe Frida Baer** nebst Kindern.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.** Am 3. d. M. verstarb unser Genosse, der Arbeiter **August Weblowski** Kolbergerstr. 24 (Bezirk 800). **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 8. August, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Danies-Kirchhofes, Reinickendorfer Weg, Blankstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 231/10

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.** Bezirk Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Verladearbeiter **Karl Dudeck** am Dienstag, den 6. d. M., im Alter von 39 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethemans-Kirchhofes in Nordend aus statt. 65/19 **Die Bezirksverwaltung.**

**Verband d. Brauer- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.** Ortsverwaltung Berlin. Unserem Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Paul Schmidt** (Stallmann, Niederlage der Genossenschaftsbrauerei in Stralau) am 2. August ex. freiwillig aus dem Leben geschieden ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. August ex., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Gemeindefriedhofes in Reutöden, Rudower Straße 16—20, aus statt. Rege Beteiligung erwartet 118/11 **Der Vorstand.**

**Todes-Anzeige.** Am Dienstag früh verstarb nach schwerem Leiden mein lieber Mann, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Holzleger **Emil Wuttig** im 38. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbeträbt an **Witwe Emma Wuttig** Grachtstr. 19/20. Die Beerdigung findet am Freitag, 9. August, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Gemeinde-Kirchhofes, Neue Krug-Allee, aus statt. 98

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter **Emilie Winkel** geb. **Lamprecht** am Montag, den 5. August, nach kurzem aber schwerem Leiden verstorben ist. Dies zeigt tiefbeträbt an **Otto Winkel** und Kinder Laufener Straße 32. Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. August, nachmittags 5 Uhr, auf dem Zentral-Friedhofe in Friedrichsfelde statt.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter **Emilie Winkel** geb. **Lamprecht** am Montag, den 5. August, nach kurzem aber schwerem Leiden verstorben ist. Dies zeigt tiefbeträbt an **Otto Winkel** und Kinder Laufener Straße 32. Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. August, nachmittags 5 Uhr, auf dem Zentral-Friedhofe in Friedrichsfelde statt.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband** Zweigverein Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß am 6. August der Kollege **Gregor Seipelt** infolge Schlaganfalls gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen St. Michael-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Rege Beteiligung erwartet 141/13 **Der Vorstand.**

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Schlosser **Reinhold Rothe** am 5. August nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist. Dies zeigt tiefbeträbt an **Witwe Emma Rothe** nebst Geschwistern und Schwager. Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 8. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reutöden Gemeindefriedhofes, Gottlieb-Dunfelstraße, aus statt. 2758b

Am 6. August, abends 8 Uhr, verschied nach langem Leiden meine liebe Frau **Ida Zintel** geb. **Mager**. Dies zeigt tiefbeträbt an **Der trauernde Gatte** **M. Zintel** Mariannenstraße 17. Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 9. August, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes, Reutöden, Hermannstraße, aus statt. 122/9

**Danksagung.** Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Vaters **Albert Neumann** sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der Firma Schmitz u. Buschler und den Genossen des 4. Wahlkreises unseren herzlichsten Dank. **Emma Neumann** nebst Kindern. 2756b

**Danksagung.** Für die reichen Kranzspenden und rege Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, ganz besonders den Frauen der 11. Abteilung, sowie den Arbeitern und Arbeiterinnen der U. G. G., Schlegelstraße, meinen herzlichsten Dank. **Fritz Bruder** nebst Kindern.

**Danksagung.** Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters **Franz Otto** sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank. **Wwe. Anna Otto** und Tochter.

**Erfinder** fordern vor Patentanmeldung das berat. Nachschlagebuch: „Wann ist eine Erfind. verwertbar“ **gratis** v. Frank v. Clev.-Ing. Jaeger, Dr. Breslauer, Berlin SW. 21 u. d. Kaiser-Patentamt.

**Blumen- und Kranzbinderei** von **Robert Meyer**, Inh.: **P. Golletz** u. **Mariannen-Straße 2.** Telefon: Wörthplatz 346.

**Buchhandlung Vorwärts** Lindenstr. 69 (Laden). **Neuerscheinungen:** **Russische Gefängnisse.** Von **Wera Figner.** Preis 75 Pf. **Kaiser Kanzler Zentrum.** Von **J. Meerfeld.** Preis 75 Pf. Vereinskassensatz 80 Pf.

**Das neue Reichs-Verzinsungsgesetz** vom 1. April 1911 und die Stellung der Sozialdemokratie zu ihm. Von **Paul Göhre.** Preis 75 Pf. 247/4 Vereinskassensatz 25 Pf.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.** Filiale Groß-Berlin. Freitag, 9. August 1912, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engländer 15: **General-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht über den Verbandstag in München. (Fortsetzung der Diskussion.) 2. Wahl von 5 Beisitzern zum Verbandsvorstand und 3 Beisitzern. 3. Neugestaltung der Filialunterstützungsrichtungen nach den Münchener Beschlüssen. 4. Verbandsangelegenheiten. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. **Die Ortsverwaltung.**

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen **SINGER** Nähmaschinen verkauft werden. **Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.** **Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.** BERLIN, Leipziger Straße 92. Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

**Garbáty** Cigaretten **Königin** von **SABA** **Garantiert Handarbeit**



Partei-Angelegenheiten.

Karlshorst. Die Genossen treffen sich zur Besichtigung des Gasanstaltsgebäudes heute abend 7 1/2 Uhr am Blockdammer. Sonntag, den 11. August, nachmittags 2 Uhr, findet im Restaurant „Fürstentab“ das Sommerfest des Wahlvereins, bestehend in Gesangsvorträgen, Konzert, Preisregeln, Kinderspielen usw. statt. Eintrittslarten zum Preise von 20 Pf. sind bei den Gruppenführern zu haben.

Lichterfelde. Der sozialdemokratische Wahlverein veranstaltet Sonntag, den 11. August, im Etablissement Crpel, Berliner Straße 129, ein großes Kinderfest, verbunden mit Konzert, Tanz, Volksbelustigungen usw. Jedes Kind erhält gratis eine Stocklaterne, Milge und Geschenk. Die Kaffertische ist von 2 Uhr an geöffnet. Anfang 8 Uhr. Eintritt für Kinder 5 Pf., für Erwachsene 25 Pf. Reinertragnis zugunsten der Kinderferienspiele.

Wausfer. Sonnabend, den 10. August, abends 1/2 9 Uhr, im Restaurant „Fürstentab“ (O. Adermann): Versammlung des Wahlvereins: Wahl der Delegierten zur Kreis- sowie zur Verbandsgeneralversammlung.

Berliner Nachrichten.

Regelung des sonntäglichen Milchverkaufs in Berlin.

Das Kammergericht hat durch wiederholte Entscheidungen festgelegt, daß an Sonn- und Festtagen nach 8 Uhr nachmittags auch von den Molkereien keine Milch mehr verkauft werden darf. Das Polizeipräsidium ist nun auch angegangen worden, auf Grund der Gewerbeordnung (Ausführungsanweisung vom 1. Mai 1904 zur Nummer 136, Absatz a) an Sonn- und Festtagen auch nachmittags zum Verkauf eine Stunde freizulassen. Es wird ein dringendes Bedürfnis zur Freigabe einer Abendstunde an den Ruhetagen für den Verkauf von Milch geltend gemacht. Besonders wird die leichte Verderblichkeit dieses Produkts, namentlich im Sommer, als Grund für die angestrebte Verkaufsmöglichkeit hervorgehoben. Sodann wird auf die für die Gesundheit und das Leben der Säuglinge verbundene Gefahr für deren Ernährung mit Kuhmilch hingewiesen. Aus hygienischen Gründen wird also verlangt, daß auch Sonntag abends stets frische Milch zu haben sei.

Die Berliner Handelskammer hat sich nun gutachtlich zu dieser Frage geäußert. Es wird zunächst darauf hingewiesen, daß die Vertreter des Berliner Milchhandels eine Abänderung der Vorschrift, wonach die Milchgeschäfte am Sonntage von 5 bis 10 Uhr vormittags und 12 bis 3 Uhr nachmittags offen sein dürfen, nicht wünschen. Die Verkaufsstunde von 6 bis 7 Uhr abends ist für den Milchhandel ohne Bedeutung und würde nicht oder fast gar nicht benutzt werden. Sie sehr aber die früher so außerordentlich beliebteste Sonntagsruhe im Verlaufe doch immerhin verhältnismäßig weniger Jahre selbst den Gewerbetreibenden in Fleisch und Blut übergegangen ist, geht daraus hervor, daß die Milchhändler ausdrücklich erklärt haben, sie legen Wert darauf, daß ihnen in ihrem nützlichsten Beruf die Sonntagsruhe von 8 Uhr ab ungeschmälert erhalten bleiben muß.

Dagegen befürworten die Berliner Molkereien die Freigabe der Verkaufszeit an Freiertagen zwischen 6 und 7 Uhr abends. Da so die Interessen der beteiligten Branchen auseinandergehen, weist die Handelskammer auf folgende Gesichtspunkte hin:

Die Produktion der Molkereien Groß-Berlins wird in erster Linie von der weniger bemittelten Bevölkerung, und zwar zum Zwecke der Säuglingsernährung, aufgenommen. Bei dieser Verkaufsart handelt es sich im wesentlichen um die Befriedigung einer feinen Kundschaf. Diese Bevölkerungsschicht waren bisher gewohnt, die Frischmilch abends in den Straßen einzulaufen. Erst durch die einleitend erwähnten Kammergerichtsentscheidungen ist dieses für die Säuglingsernährung so wichtige und zweckmäßige Verfahren gebindert. Eine Ausdehnung des Milchverkaufs seitens der Molkereien sonntäglich abends über die früheren Grenzen hinaus werde nicht beabsichtigt.

Die Milchhändler befürchten aber, daß ein Teil der Molkereien die gewährte Vergünstigung nicht nur zum Verkauf der Eigenproduktion, sondern auch zum Vertrieb zugelassener Milch ausnutzen werde. Wenn dann diese Möglichkeit durch Reklame weiteren Kreisen bekannt würde, so wäre mit einem bedeutenden Anwachsen der Handelsstätigkeit am Sonntagabend zu rechnen. Die Handelskammer schlägt daher vor, woßl den Milchverkauf Sonntag abends in den Molkereien zuzulassen, aber nur auf die Eigenproduktion der Betriebe zu beschränken. Damit diese Grenze innegehalten und jeder regelrechte Handelsverkehr vom offenen Laden hintangehalten werde, soll der Verkauf nur als Stall gestattet werden.

Es steht zu erwarten, daß eine Verordnung in diesem Sinne demnächst vom Polizeipräsidium erlassen wird. Seitens der Milchhändler war gewünscht worden, daß lediglich der Verkauf an den Abenden der Ruhetage in den Molkereien an die „ständige Kundschaf“ erlaubt werde.

Am Untergrundbahnhau Spittelmarkt - Alexanderplatz stieß man in der Neuen Friedrichstraße, nahe dem Gebäude des Staatsarchivs, auf altes Mauerwerk, in dem ein metallener Kasten eingeschlossen war. Man glaubte, den Grundstein zu der alten Königsbrücke gefunden zu haben, die den beim Bau der Stadtbahn zugesähten Königsgarten überbrückte. Der Direktor des Märkischen Provinzialmuseums, Professor Dr. Pniower, begab sich mit seinem Assistenten Dr. Osborn nach der Fundstelle und stellte fest, daß man es tatsächlich mit dem alten Grundstein der Brücke zu tun hat, daß dieser aber beim Bau der neuen, in den Jahren 1871/73 errichteten Brücke schon „gefunden“ und wieder eingegraben worden ist. Diese überraschende Tatsache ergibt sich einmal daraus, daß die für die Geschichte Berlins zweifellos höchst wertvollen Urkunden und Dokumente, wie man sie in Grundsteinen der Nachwelt zu überliefern pflegt, fehlen, und daß der Metallkasten, abgesehen von einigen älteren Münzen, noch die Photographien der Erbauer der neueren Brücke enthielt. Die Königsbrücke der siebziger Jahre ist die erste Brücke, die von der Stadtgemeinde erbaut worden ist.

Der Neubau des Jahrgärtlichen Instituts der Igl. Universität auf den Grundstücken Invalidenstr. 87-89, gegenüber der Scharnhorststraße, ist jetzt fertig und wird nach Vollendung der inneren Einrichtung mit Beginn des Wintersemesters seiner Bestimmung übergeben werden. Die Poliklinik für Zahn- und Mundkrankheiten, die sich bisher ebenfalls in dem alten Hause Dorothienstr. 32 neben dem Französischen Gymnasium, befand, wird in dem neuen Institut in der Invalidenstrasse bereits am Montag, 2. September, eröffnet werden, damit die notwendige Hilfe für mittellose Leidende solcher Art keine Unterbrechung erleidet. Der prächtige und umfangreiche Neubau an der Invalidenstrasse hat auch eine Front nach der westlichen Verlängerung der Hannoverschen Straße, die über das Charitögutstück hinwegführt und deshalb in früheren Zeiten „Charitéstr.“ hieß. Dieser Südfront des neuen Instituts hat übrigens der letzte Teil der alten Berliner Stadtmauer weichen müssen, deren vor 75 Jahren bei Anlegung des Neuen Torcs zu dessen beiden Seiten gleichfalls erneuerte Teile heute noch bestehen.

Ein aufragender Vorgang hat sich vorgestern nachmittags auf dem 56. Polizeirevier abgespielt. Dort verhaftete ein von der Kriminalpolizei beauftragter Dieb, der eben von einer „Rundreise“ durch die Hochhäuser zurückgekehrt war, sich in Anwesenheit mehrerer Personen zu erschlagen. Ueber die näheren Einzelheiten, die vor und während der Verhaftung sich abspielten, wird folgendes gemeldet: Während ihres Wadausenthaltens in Swinemünde war die Familie des Privatiers Kohn an der Jülicher Straße zu Wilmers-

dorf von einem Manne bestohlen worden. Der Bestohlene meldete dem Vorfahr sofort der Swinemünder Polizei, die ihm ihr Verbrechenalbum vorlegte. In diesem erkannte K. den Täter in einem Zeislergehilfen namens Kottwitz wieder. Als der Privatier nach Mülksee von seiner Reise vorgestern nachmittags durch die Potsdamer Straße ging, sah er Kottwitz in einem Café mit einem anderen jungen Manne sitzen. Er benachrichtigte unverzüglich die Kriminalpolizei, die daraufhin in das Café ging und die beiden Gäste aufforderte, mit zur nächsten Polizeiwache zu kommen. Auf der Wache wurde der Verhaftete einer Leibesvisitation unterzogen. Plötzlich riß er einen Revolver aus der Tasche und versuchte sich durch einen Schuß in den Kopf zu töten. Die Kugel ging aber fehl und verwundete ihn nur an der rechten Halsseite. Die Verletzung war aber doch so schwer, daß er als Polizeigefangener zur Charité gebracht werden mußte. Ob sein Begleiter an den Diebstählen Kottwitz beteiligt war, bedarf noch der näheren Feststellung.

Zu der Familientragödie, die sich, wie wir gestern morgen berichteten, in dem Hause Charlottenburger Ufer 16 abspielte, ist noch zu berichten, daß auch das dritte Opfer dieser Tragödie, die 15 Jahre alte Elisabeth Hagemann, gestern vormittag im Krankenhaus gestorben ist.

Eine Kaphthalin-Explosion erfolgte gestern vormittag kurz nach 10 Uhr in der Leertabrik von Rütgers (Akt.-Ges. Rütgerwerke) beim Bahnhof Orner. Mit einer gewaltigen Detonation stog ein Teil des Fabrikdachs in die Luft und in wenigen Minuten schossen die Flammen aus den geborstenen Fenstern heraus. Da in dem Raum, wo die Explosion erfolgt war, mehrere Arbeiter beschäftigt waren, so befürchtete man den Verlust von Menschenleben. Wie durch ein Wunder waren aber die gefährdeten Arbeiter der Gefahr entgangen, nur ein gewisser Emil Krüger erlitt unwesentliche Verbrennungen an Kopf und Händen. Das Feuer wurde durch das rasche Eingreifen der Feuerwehre auf seinen Herd beschränkt.

Verbesserungen im Vorortverkehr. Eine Regelleis Anlage für Vorortzüge ist gegenwärtig nahe dem Bahnhof W i c h e l s b e r g im Bau. Die neue Anlage soll nach dem Muster der Regelleis Anlage des Bahnhofes Rembrandt ausgeführt werden. Wie hier, so können auch später in W i c h e l s b e r g Vorortzüge beginnen und endigen. Damit geht ein lebhafter Wunsch der Grünwaldbesucher in Erfüllung, die abends gern von der Station W i c h e l s b e r g zurückfahren möchten, dort aber häufig schon vollbesetzte Züge antreffen und auf die W i c h e l s b e r g beförderung deshalb lange warten müssen. Die neuen Gleisanlagen dürften schon im Herbst fertiggestellt und in Betrieb genommen werden, sodas dann für den Rückverkehr der Grünwaldbesucher auch in W i c h e l s b e r g leere Züge zur Verfügung stehen werden.

Dachstuhlbrand. Im Norden Berlins kam gestern abend kurz vor 8 1/2 Uhr ein neuer Dachstuhlbrand zum Ausbruch. Das Feuer brach im Dachstuhl des Hauses Hermsdorfer Str. 9. Die Feuerwehre war von vier verschiedenen Seiten aus alarmiert worden und rückte mit den Zügen 13, 19, 20 und 21 an. Die Löschmannschaften drangen aber eine mechanische Leiter und die Treppen hinweg gegen den Brandherd vor. Innerhalb einer Stunde gelang es die Flammen einzudämmen; ein Teil des Dachstuhles ist zerstört.

Zur Vorsicht beim Eingehen von Abzahlungsverträgen haben wir des öfteren ermahnt. Diese Mahnung wird indessen nur selten beachtet und erst wenn es zu spät, d. h. wenn die Unterchrift unter einen Vertrag geleistet ist, überlegen es sich die Unterchrift in der Regel, daß sie eine Dummheit bezogen haben. Nicht selten wird Personen das Eingehen auf Verträge dadurch schmachhaft gemacht, daß ihnen Agenten gewisser Firmen zusichern, sie brauchen die Waren, falls sie nicht damit zufrieden wären, nicht nehmen und könnten jederzeit vom Verträge wieder zurücktreten. Ueber einen solchen Fall wird uns von einer Leserin unseres Blattes aus Pichtenberg berichtet. Zu ihr kam vor einiger Zeit ein Vertreter der Firma Edmund Hermann, Berlin, Neuschiffe 51, um sie zum Kauf eines Exemplars „Schneiderin“ zum Preise von 17,50 M. gegen Ratenzahlung zu bewegen. Dem Zweifel der Frau darüber, ob das zum Kauf angebotene Buch auch den Wert habe, begegnete der Agent, ein älterer Mann, damit, daß wenn ihr das Buch nicht gefalle, seine Firma dasselbe sofort wieder zurücknehme. Auf diese Zusicherung leistete die Frau ihre Unterchrift unter den Abzahlungsvertrag. Nach einigen Tagen erhielt sie das Buch zugesandt. Da die Frau nun der Meinung war, daß das Buch für diesen Preis viel zu teuer ist, begab sie sich zu der Firma, um mitzuteilen, daß sie die Annahme deshalb verweigere und auf Grund der ihr von dem Agenten gemachten mündlichen Zusicherungen vom Verträge zurücktrete. Hier begegnete die Unzufriedene jedoch nur einem Knechtchen. Nach einigen Tagen, am 2. August, wurde der Frau bereits von einem Rechtsanwalter der Firma die Klage angedroht, sobald sie sich nicht binnen acht Tagen zur Abnahme und Bezahlung des obigen Werkes bereit erkläre.

Auch bei anderen Bewohnern soll der Vertreter der Firma unter den hier in Frage kommenden Frau gemachten Zusicherungen solche Kaufverträge abgeschlossen haben. Dieser Fall unter so vielen beweist, daß unsere ständige Mahnung: „Seht acht beim Eingehen von Abzahlungsverträgen!“ mehr wie bisher beachtet zu werden verdient.

Ein falscher Kassierer treibt gegenwärtig hier sein Unwesen. Er scheint es besonders auf arglose Wirtinnen abgesehen zu haben, an die er sich angeblich im Auftrage einer Hausbewohnerin wendet, nachdem er ausgefundschoftet hat, daß diese ausgegangen ist. So schwindelte er u. a. einer Portierfrau vor, er sei beauftragt, für den „Verein Kinderchör“ die Mitgliedsbeiträge einzuziehen, und habe die Gattin eines Beamten, die im Hause wohnt, leider nicht angetroffen. Die Wirtin nahm ohne weiteres an, daß die bezeichnete Hausbewohnerin Mitglied des Vereins sei, und war sofort bereit, den vermeintlichen Jahresbeitrag von 10 M. auszuliegen. Sie glaubte dem „Kassierer“ um so eher, als er sehr sicher und gewandt auftrat und auch mit einer schwarzen Geldtasche versehen war, wie die Kassierer sie zu tragen pflegen. Der Ganner ist etwa 35 Jahre alt und groß gewachsen, hat dunkelblondes Haar und Schnurrbart und trug einen hellgrauen Jacketanzug mit einem weißen Strohhut. Wirtin und Diensthöten werden gut tun, vor ihm auf der Hut zu sein.

Die Jagd nach einem Verbrecher rief gestern in der Brunnenstraße große Aufregung hervor. Der Kriminalkammann Schulze fuhr auf einem Straßenbahnwagen der Linie 22 nach dem Wedding. In einem der mitfahrenden Passagiere glaubte er einen Verbrecher erkannt zu haben. Kaum sah sich der junge Bürsche, der ein großes Paket bei sich hatte, beobachtet, als er auch schon den Wagen fluchtartig verließ. Der Beamte folgte ihm und nun begann eine wilde Jagd, an der sich auch Postkanten beteiligten. An der Ecke der Heranestraße warf der flüchtende junge Mensch das Paket von sich, tief davon und entkam auch. Das Paket enthielt eine Menge Wäschstücke, die zweifellos aus Wohnungseinbrüchen herrühren, darunter Bettwäsche, gezeichnet E. S. und P. L. 6 und M. K. 1.

Von einem großen Schandensfeuer wurde gestern der bekannte Ausflugsort Heiligensee heimgesucht. Der Brand kam in einer mit Getreide angefüllten Scheune des Landwirts L e m k e zum Ausbruch. Das Flugfeuer bedrohte auch die benachbarten Ortschaften, so daß die sieben Feuerwehren, die aus der Umgegend zur Hilfeleistung herbeigeeilt waren, bis 2 Uhr nachts am Brandorte in Anspruch genommen wurden. Außer der Scheune sind noch ein großer Schuppen vollständig sowie zwei Nachbarhäuser zum Teil niedergebrannt.

Die Leiche eines unbekanntes Namens wurde vorgestern abend am Planufer, in der Nähe der Waterloostraße, aus dem Landweh-

fanal gefandet; gestern früh konnte dieselbe als der 24 Jahre alte Schriftföhrer Karl Koch aus der Vogelhener Str. 27 festgestellt werden. Koch war seit drei Wochen verheiratet und in einer Buchdruckerei in der Nähe der Jannowigbrücke beschäftigt. Am vergangenen Sonntag abend ging er mit mehreren Arbeitskollegen in eine Gastwirtschaft und spielte Billard. Dann verabschiedete er sich, um nach Hause zu gehen. Dort ist er aber nicht mehr erschienen. Ob er auf dem Nachhausewege verunglückt und in den Landwehrkanal gefallen oder das Opfer eines Verbrechens geworden ist, bedarf noch der Aufklärung. Einen Selbstmord halten seine Bekannten für ausgeschlossen, da er dazu keinen Grund gehabt haben könne. Seine Leiche wurde, beschlagnahmt und dem Schauhause zugeführt.

Wer ist der Tote? In Dahlem wurde ein unbekanntes Mann in der Rheinbabenallee erhängt aufgefunden. Er ist etwa 40 bis 45 Jahre alt und etwa 1,85 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und Schnurrbart und trug eine dunkelgestreifte Weste, eine hellgestreifte Hose, einen weichen Umlegekragen mit dunklem Schlops, einen schwarzen, weichen Filzhut und schwarze Schnürschuhe. In seinen Taschen fand man u. a. eine Tabakdose und ein Portemonnaie, das leer war.

Der Sportpalast in der Potsdamer Str. 72/72a, der Internationalen Sport-Palast und Wintervelodrom-G. m. b. H. gehörig, gelangt am 22. d. M. vor dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg zur Zwangsversteigerung.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ein neues Postamt wird hier am Kaiserdamm zwischen Soorstraße und Reicholzangerplatz unter der Bezeichnung Postamt 9 im kommenden Jahr eröffnet werden. Das neue Postamt wird mit unbeschränktem Annahmefugnisse, Telegraphenbetrieb und Briefbestelldienst eingerichtet werden.

Mariendorf.

Die Kinderferienspiele finden ihren Abschluß am Sonntag, den 11. August, in einem Familienausflug nach Blankenfelde bei Mahlow. Sammelpunkt 1/2 9 bis 9 Uhr vormittags auf dem Gemeindeparkplatz, Ringstraße. Abmarsch Punkt 9 Uhr nach Bahnhof Mariendorf. Treffpunkt für Nachzügler: Blankenfelde, Restaurant Schröder. Die Eltern werden gebeten, für recht zahlreiche Beteiligung ihrer Kinder zu sorgen und auch möglichst selbst an dem Ausflug teilzunehmen.

Heute, Donnerstag, findet kein Ausflug statt, dafür werden Spiele wie üblich am Freitag, den 9. d. M., von 5-8 Uhr auf dem Gemeindeparkplatz veranstaltet.

Groß-Lichterfelde.

Ein verhängnisvoller Unglücksfall hat sich gestern in der Elisabethstraße zugetragen. Als der fünfjährige Sohn Bruno des Maurers Becke an dem Grundstück Nummer 4 vorbeiging, löste sich dort im dritten Stockwerk plötzlich ein schweres Blumenbrett und stürzte polternd in die Tiefe. Unglückslicherweise wurde der Knabe direkt auf den Kopf getroffen und zu Boden geworfen. Er erlitt schwere Verletzungen sowie eine Gehirnerschütterung und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Friedenau.

Eine Abschiedsfeier im Vorkentwäldchen in Lichterfelde, Schönenstraße, soll das Ende der diesjährigen Ferienspiele und Ausflüge bilden. Eltern sowie sonstige Interessenten treffen sich mit den Kindern nachmittags 2 Uhr am Schillerpark. Die Ferienausflüge der Proletarierkinder, die im vergangenen Jahre zum erstenmal unter der Leitung unserer Genossen stattfanden, erfreuten sich in diesem Jahre eines guten Besuchs und steigender Beliebtheit. Im vergangenen Jahre betrug die Zahl der teilnehmenden Kinder im Durchschnitt 30 bis 40; in diesem Jahre waren durchschnittlich 60 bis 100, einmal sogar 120 Kinder anwesend.

Pichtenberg.

Opfer der Strafe. Vor dem Hause Hohen-Schönhauser Str. 82 spielten Dienstag abend gegen 7 Uhr mehrere Kinder, darunter auch die fünfjährige Frida Hufferoth, die Tochter des Weihenauer Weg 46 wohnenden Arbeiters H., auf dem Fahrdammer. Als ein Lastwagen der Firma Preuß aus der Kreuzgierstraße 8 herannah, versuchten die Kleinen nach dem Bürgersteig hinüberzulaufen. Während es den übrigen Kindern auch gelang, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, rannte die H. in ihrer Verwirrung blindlings gegen das Gespinn, wurde umgerissen und überfahren, da es dem Kutscher nicht mehr gelang, die Pferde so schnell zum Stehen zu bringen. Das bedauerndste Mädchen wurde furchtbar zugerichtet und verstarb unter den Händen des Arztes, zu dem es gebracht worden war. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Nieder-Schönevide.

Drei Personen bei einem Strafenunfall verletzt. Die Kohlenhändlerin Kling hatte vorgestern eine Ladung Kohlen nach Köpenick abzuliefern und befand sich gegen 5 Uhr nachmittags mit ihrem Gespann auf dem Wege dorthin. Den Wagen begleiteten außer Frau K. deren Vater und der Arbeiter Berger. In der Neuen Augsallee in der Nähe der Ruhheimischen Fabrik geriet der schwerbeladene Wagen mit den beiden rechten Rädern in eine Vertiefung des Straßenpflasters und stürzte um. Hierbei wurden die auf dem Wagen stehenden drei Personen auf den Fahrdammer geschleudert. Frau Kling geriet mit den Beinen unter einen Haufen Kohlen und erlitt einen zweifachen Druck des rechten Beines. Der Arbeiter Berger trug schwere Druckungen der Rippen und des Beckens davon, während der Vater der Kohlenhändlerin zwar nur geringfügige äußere Wunden, aber infolge des Schrecks einen schweren Nervenschlag erlitt. Der Unfall wurde bald darauf entdeckt und die drei Verunglückten zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht. Nach Anlegung von Rotverbänden mußten sie nach dem Ober-Schönevideer Krankenhaus geschafft werden.

Waidmannslust.

Beim Sommerfest am Sonntag in Wittenwerder sind auf nachstehend aufgeführte Nummern Gewinne entfallen und nicht abgeholt worden: 57, 307, 339, 478, 517, 518, 530, 541, 545, 553, 574, 578, 587 und 596. Die Gewinne können beim Genossen Wilhelm Pieper, Wittenwerder, Hauptstr. 91, abgeholt werden.

Klein-Schönevide-Fichtenau.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung u. a. bei Errichtung von Unterfunkstrahlen auf Grundstücken an nicht fertiggestellten Straßen keinen Anfielungsbeitrag zu erheben, wenn diese Räume weniger wie 28 Quadratmeter Bodenfläche beanspruchen. Ob dieser Beschluß auch auf größere Baulichkeiten Ausdehnung findet, soll späterer Beschlußfassung vorbehalten bleiben. Prinzipielle Zustimmung fand der Entwurf eines vom Gemeindevorsteher vorgelegten Ortsstatuts, welches die Hausbesitzer zur Reinigung und Instandhaltung der Bürgersteige verpflichtet. Die endgültige Beschlußfassung wurde jedoch vertagt. Dagegen erhielt ein Antrag des Gemeindevorstandes, der eine finanzielle Beihilfe für den Umfuß einer Kirchenglocke fordert, trotz des Widerspruchs unserer Genossen die Unterstützung der bürgerlichen Vertreter. Der Vermerk unseres Genossen T o b i a s, die Gemeindevertretung habe gar kein Recht, zu derartigen rein kirchlichen Zwecken das Geld der Steuerzahler zu verwenden, wogte niemand etwas zu entgegenen. Um

aber der Gemeinde die "Poesie des Glockenläutens" zu erhalten, fühlte sich die Mehrheit verpflichtet, aus dem auch von Un- und Abergläubigen gefüllten Steuerbeutel 100 M. zu bewilligen.

**Großbeeren (Kreis Teltow-Beeskow).**

**Mutter und Sohn vom Zuge getötet.** Zu dem schweren Eisenbahnunglück, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen, erfahren wir noch folgendes: Der junge Ebel wollte mit seinem Wagen, in dem sich außer ihm noch seine Mutter befand, den Bahnübergang bei der Station Großbeeren passieren. Die Schranken waren geschlossen und als sie nach dem Vorüberfahren eines Personenzuges nicht in die Höhe gingen, öffnete sie Ebel eigenmächtig. Als dann der Wagen schon auf dem Bahnlörper war, kam der nach Halle fahrende D-Zug Nr. 130, der die Stelle um 2 Uhr 30 Minuten passiert, herangebraust, und es war dem Lokomotivführer nicht mehr möglich, den Zug zum Halten zu bringen. Der Wagen war so kurz vorher auf das Gleis gefahren, daß es andererseits auch dem Lenker nicht mehr möglich war, die schwebewordenen Pferde über die Schienen hinüberzuführen. Abspringen konnten die Insassen auch nicht mehr und so wurden sie im nächsten Augenblick mit dem Fuhrwerk überfahren und zermalmt. Als der Zug zum Stehen gebracht war, konnten die Leichen unter den Häutern hervorgezogen werden. Der Frau war der Kopf vom Kumpf getrennt, der Sohn entseelig zerstückelt. Auch das eine Pferd war auf der Stelle getötet, während das andere mit leichten Verletzungen davongekommen war. Die Leichen wurden nach Teltow gebracht.

**Konvales.**

Eine Untersuchungsstelle für den Auswurf von Lungenkranken besteht seit einiger Zeit im hiesigen Oberlin-Krankenhaus. Bei Benutzung dieser Einrichtung sind folgende Bedingungen zu erfüllen: Der Auswurf der Kranken muß in einem reinen, gut verlorsten Glase bei der leitenden Schwester des Krankenhauses abgeliefert werden. Das Gläschen ist mit einem reinen Stück Papier zu bedecken, auf dem Vor- und Zuname, Stand und Wohnung des Erkrankten und Angabe des Ablieferungstages anzugeben sind. Der Bescheid kann nach acht Tagen abgeholt werden. Die Untersuchung erfolgt für Unbemittelte kostenlos, jedoch nur auf vorherige Anweisung des Gemeindevorstandes bezw. des Arztes.

**Potsdam.**

Eine Turnplatzweiche begehrt der hiesige Arbeiterturnverein „Freischuß“ am Sonntag, den 11. August. Der Verein, der gleich der Potsdamer organisierten Arbeiterkraft im allgemeinen unter der Saalabreiter der bürgerlichen Parteien zu leiden hatte, hat sich in naher Vorzeit einen Turnplatz angekauft, dessen Einweihung am Sonntag stattfinden wird. Ein Festzug, der sich mittags 1 1/2 Uhr vom Festplatz in Potsdam nach Bornim bewegen wird, soll dem Feste ein würdiges Gepräge geben.

**Jugendveranstaltungen.**

**Pantow-Schönhausen.** Sonnabend, den 10. August, Nachtwanderfahrt nach Tegel, Hennigsdorf, Witten, durch den Krämer, Bärenbeide und Brühl nach Hirtentrop. Treffpunkt 9 Uhr abends am Bahnhof Schönholz, Fahrpreis 60 Pf. Broiant, Kocher und Viederbücher mitbringen. Jede oder jeder ist notwendig. Jeden Mittwoch und Freitag auf der Schönholzer Parkseite abends 7 Uhr: Spiele für die Jugend beider Orte. Tische, Lau, Reifen usw. sind reichlich vorhanden.

**Gerichts-Zeitung.**

**Kann jemand über seinen Körper über seinen Tod hinaus verfügen?**

In der Regel haben die natürlichen Erben über den Leichnam und über die Grabstätte des Verstorbenen zu verfügen. Anders liegt es, wenn der Verstorbene in rechtsgültiger Weise eine von dieser Regel abweichende Vorschrift angeordnet hat. Diese Frage ist vor dem Reichsgericht aus Anlaß eines Rechtsstreites zum Austrag gelangt, den die Witwe und Tochter des früheren Verlagsbuchhändlers Julius Campe in Hamburg (eines Erben des Heinerverlegers) geführt haben.

Campe lebte seit Anfang der siebziger Jahre von seiner meist in Paris weilenden Familie getrennt. 30 Jahre lang hat er bis zu seinem Lebendende mit einem Fräulein K. zusammengelebt. In seinem Testament setzte er seine Frau und seine beiden Töchter auf den Pflichtteil, während er der K. aus seinem Vermögen mehr als eine Million Mark zuwendete. Außerdem hat er in einem anderen Testament bestimmt, daß dem Fräulein K. die Sorge um die Verbrennung seiner irdischen Überreste und um die Beschaffung eines Begräbnisplatzes obliegt. K. ist dann auf dem Childebörger Friedhof in Hamburg auf dem Begräbnisplatz von sieben Grabstellen beigelegt worden, den die K. auf ihren Namen erworben hatte. In den letzten Jahren hat die K. bei der Friedhofverwaltung den Antrag gestellt, die Leiche zur Verbrennung und Umlegung heranzugeben. Diesem Begehren hat die Witwe des C. mit ihren beiden Töchtern widersprochen und behauptet, daß ihr und nicht der K. das Recht zur Verfügung über den Leichnam ihres verstorbenen Ehemannes zustehe. Zur Begründung macht die Frau C. unter anderem geltend, daß das Verlangen der K. gegen die guten Sitten verstoße, weil sie in einem unbilligen Lebenswandel mit dem Verstorbenen gelebt habe, während dieser Zeit auch mit anderen Männern verkehrt und auch untreu sich Frau C. genannt habe. Uebrigens bezwecke die K. damit nur, den Hinterbliebenen des C. den Zutritt zu der Grabstätte zu verwehren, wie sie es schon mit Erfolg versucht habe.

Das Landgericht Hamburg wies die auf das Testament gestützte Klage der K. ab. Das Oberlandesgericht Hamburg erkannte dagegen die von der Klägerin geltend gemachten Rechte auf Umlegung und Verbrennung an. In den Entscheidungsgründen führt das Oberlandesgericht u. a. aus: In allgemeinen ist davon auszugehen, daß die Witwe des Verstorbenen berechtigt ist, für die Beerdigung zu sorgen. Zum Nachlaß des Verstorbenen gehört seine Leiche zweifellos nicht. Dagegen ist der von der Klägerin angeführte Bestimmung des Testamentsnachtrages beizutreten. Es muß auch anerkannt werden, daß im Leben wie im Tode jeder Mensch berechtigt ist, selbst über seinen Körper zu bestimmen. Seine Wünsche haben deshalb den Wünschen seiner Angehörigen vorzugehen. Einer solchen letztwilligen Verfügung ist im allgemeinen die Anerkennung nicht zu verweigern. In einzelnen Fällen ist nur zu prüfen, ob die Bestimmung mit den guten Sitten vereinbar ist. In seinen weiteren Darlegungen bringt das Oberlandesgericht zum Ausdruck, daß die betreffende Verfügung nicht gegen die guten Sitten verstößt: C. ist seit 30 Jahren von seiner Frau und seinen Töchtern getrennt gewesen; er hat in fester häuslicher Gemeinschaft mit der Klägerin gelebt, diese hat ihn auch immer, wie das Testament sagt, wie eine treue Lebensgefährtin gepflegt. Aus diesen Gründen komme es nicht darauf an, so führt das Gericht in seiner Begründung fort, ob die Klägerin mit dem C. in ehelichem Verhältnis gelebt hat. Etwas anderes wäre es, wenn er die letztwillige Verfügung nur geschriebe hätte, um auch nach seinem Tode noch die Beklagten zu beschämen.

Das Reichsgericht hat das Urteil des Oberlandesgerichts bestätigt und damit befunden, daß es gleichfalls das Recht der Beklagten über den Tod hinaus gewahrt wissen will.

**Wertlosigkeit von Resignationen.**

Einen Beitrag für den fraglichen Wert von Resignationen liefert eine Verhandlung gegen den Magistratsbeamten Max Schödtling. Wegen Uebertretung der Straßenpolizeiverordnung hatte sich S. vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten. Vor einiger Zeit wurde Herr S. der seit mehreren Jahren bei dem Magistrat angestellt ist, eines Tages durch ein Strafmandat über-

10 M. überrascht, in welchem angedeutet wurde, daß er am 22. Mai dieses Jahres vormittags 10 Uhr mit seinen zwei großen Hunden die Anlagen des Stralauer Platzes passiert und gebildet habe, daß die Hunde in den gärtnerischen Anlagen frei herumlaufen und Schaden anrichteten. Das Erstaunen über diese Anzeige war schon deshalb erklärlich, weil S. noch nie einen Hund besessen hatte. Außerdem hatte er an jenem Tage zwischen 8 und 3 Uhr wie auch sonst Dienst getan, so daß es ganz unmöglich war, daß er um 10 Uhr vormittags am Stralauer Platz gewesen sein könnte. Schödtling erhob gegen das erlassene Strafmandat Widerspruch mit dem gleichzeitigen Antrage, durch eine Anfrage bei dem Magistrat feststellen zu lassen, daß er sich zu der in dem Strafbefehl angegebenen Zeit im Dienst befunden habe.

Vor Gericht erklärte der als Zeuge geladene Parkwächter Siemann, daß er den Angeklagten mit aller Bestimmtheit wiedererkenne. Als ihm dann von dem Vorsitzenden vorgehalten wurde, daß der Angeklagte weder zu jener Zeit am Stralauer Platz gewesen sein könne, noch daß er überhaupt Hunde besitze, erklärte der Zeuge, daß er sich dann eben irren müsse. Von dem Vorsitzenden wurden dem Zeugen Vorhaltungen darüber gemacht, daß er bei der Erhaltung der Anzeige außerordentlich leichtfertig vorgegangen sei. Der Strafbefehl selbst wurde aufgehoben und der Angeklagte freigesprochen.

**Ueberrückige Anlagen.**

Dieser Tage hatte sich der Genosse Köppen vor dem Landgericht III in der Berufungsinanz wegen angeblich unbedeutendem Betreten eines Grundstücks zwecks Abhaltung einer Versammlung zu verantworten.

Unseren Lesern ist der Schwerecht erinnerlich. Am 7. Januar d. J. fand auf dem Gelände am Hohenzollernting eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel statt. Die Polizei schickte dem Eigbesitzer, Leiter und Besetzern je ein Strafmandat von 15 M. wegen unbedeutendem Betretens des Geländes des Naturheilvereins. Wegen diese Strafmandate wurde richterliche Entscheidung beantragt, weil Genosse Köppen Mitglied des Vereins ist und besetzt ist, mit anderen Personen den Platz zu betreten. Es fanden vor dem Schöffengericht in Spandau zwei Termine statt, in welcher die Genossen Trompler und Köppen freigesprochen wurden, da sie von Köppen mitgenommen waren, Genosse Köppen dagegen mit 10 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Wegen dieses Urteil legte der Angeklagte Berufung ein. Er legte dar, daß er als Mitglied des Vereins besetzt war, das Grundstück zu betreten, übrigens habe die Versammlung nach näherer Inaugenscheinnahme des Platzes garnicht auf dem vom Naturheilverein gepachteten Grundstück stattgefunden, sondern auf dem händlichen Gelände, welches mit diesem zusammenliegt und durch äußere Zeichen nicht erkennbar ist.

Der als Zeuge vernommene Polizeikommissar Rod konnte auf der vorgelegten Zeichnung nicht genau angeben, wo er und der Angeklagte gestanden hätten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Roth, behauptete, daß eine Anlage unnütz erhoben sei, die die Gerichte in drei Terminen beschästigen mußte, nur weil die Unterbehörde die Sache nicht richtig untersucht hatte. Er beantragte Freisprechung und die Übernahme persönlicher Kosten des Angeklagten auf die Staatskasse. Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Der weitergehende Antrag wurde abgelehnt, weil die Freisprechung nur aus Mangel an Beweisen erfolge.

**Aus aller Welt.**

**Massenerkrankung im Lodstedter Lager.**

Unter den zurzeit im Lodstedter Lager zu Uebungen weilenden Truppen sind 50 Soldaten von den Landwehregregimentern Nr. 15 und 16 sowie von den Infanterieregimentern Nr. 84, Garnison Schleswig und Hadersleben, und Nr. 88, Garnison Flensburg und Sonderburg, an Darmkatarrh erkrankt. Bei allen Erkrankten stellte sich hohes Fieber und Erbrechen ein. Es wird vermutet, daß die Erkrankung auf den Genuß verdorbener Wurst zurückzuführen ist, doch ist die bakteriologische Untersuchung noch nicht abgeschlossen. Die ersten Krankheitserscheinungen traten in der Nacht vom Sonntag auf. Alle Kranken befinden sich auf dem Wege der Besserung und dürften sämtlich mit dem Leben davonkommen. Außerdem sind im Lodstedter Lager noch einige leichte Fälle von Diphtheritis festgestellt worden. Die Erkrankten wurden sämtlich ins Garnisonlazarett des Lodstedter Lagers gebracht.

Demgegenüber teilt die Lodstedter Lagerverwaltung der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung“ mit, daß die Erkrankungen nicht auf verdorbene Wurst zurückzuführen sind. Die Lagerverwaltung verkauft weiter von dem Wurstvorrat; der Verkauf ist überhaupt nicht unterbrochen worden.

**Unwetter in England.**

Aus England wird berichtet, daß die Kette der Crampianberge mit einer dichten Schneedecke bedeckt ist. In verschiedenen Teilen des Landes, so auf der Insel Wight, ist die Temperatur auf 3 bis 4 Grad unter Null gesunken. In Derbyshire sind sämtliche Teiche und Seen mit einer dünnen Eisdicke bedeckt. In Westmoreland konnten die Feldarbeiter die Ernte wegen des hohen Schnees nicht einbringen. Im Kanal herrscht Sturmweiser, das der Schifffahrt schweren Schaden zugefügt hat. In Littlehampton mußten die Boote der Rettungsstation flott gemacht werden, um ein italienisches Schiff aus Seerot zu retten, das mit vieler Mühe in den Hafen eingeschleppt werden konnte. Der italienische Segler „Anirac“ wurde mit zerlegten Segeln und gebrochenen Masten in den Hafen von Reithaven gebracht. Bei Cardiff wurde ein Segler von einem Blitzstrahl getroffen, der ein großes Led in den Kiel riß. Der Raumschiff gelang es mit knapper Not, ein Boot ins Wasser zu lassen und sich von dem untergehenden Schiffe zu retten.

**Eisenbahnzusammenstoß im Tunnel.**

Zu dem bereits kurz gemeldeten Eisenbahnzusammenstoß bei Loganne (Dep. Rhone) werden folgende Einzelheiten berichtet:

Der Zusammenstoß erfolgte in einem Tunnel einige Meter von dem Bahnhof von Loganne entfernt zwischen einem Personenzug und einem Expresszug, der auf der Fahrt von Lyon nach Lyon begriffen war. Der Personenzug war fast in den Tunnel eingefahren, als der Expresszug hinzukam. Die Knallsignale, die die Strecke als gesperrt bezeichneten, funktionierten, wurden jedoch von dem Lokomotivführer des Expresszuges nicht gehört. Bei dem Zusammenstoß stürzten die fünf letzten Wagen des Personenzuges um, von denen zwei zertrümmert wurden. Vier Tore und etwa zwanzig Verletzte wurden aus den Trümmern hervorgezogen und von einem Hiffzug nach Lyon gebracht, wo die Verletzten ins Hospital geschafft wurden. Unter diesen befindet sich Professor Appel aus Würzburg, der Untersuchungen am Kopf davongetragen hat.

Nach einer anderen Meldung beträgt die Zahl der Toten fünf, die der Schwerverletzten fünfzehn.

**Ueber den Tod des Fliegers Ratham**

wird dem „N. Z.“ nach einer Darstellung des „New York-Herald“ berichtet:

Am 25. Juli, 7 Uhr vormittags, befand sich Ratham auf dem rechten Ufer des Chari bei den Stromschnellen des Gages. Er war nur von einem Eingeborenen begleitet. Ratham hatte im Verlauf der Jagd ein Minirover verwendet, als sein Jagdgeräth plötzlich explodierte. Er ergriff schnell seinen Para-

miner und gab dem wehenden Tiere den Rest. In diesem Augenblick tauchte vor ihm ein Wüffel auf, der bis dahin in dem hohen Gage verborgen gelegen hatte. Ratham feuerte mit seinem Karabiner auf das Tier, verletzte es aber nur leicht. In rasender Wut stürzte der Wüffel auf den Jäger, gab ihm einen furchtbaren Stoß in den Rücken und warf ihn dreimal in die Luft. Ratham stieß einen Schrei aus und blieb dann auf der Erde liegen. Seine Leiche ist nach Fort Archambault gebracht und dort beerdigt worden. Ratham war früher schon einmal von einem wilden Wüffel verletzt worden.

**Kleine Notizen.**

**Explosion in einer Kammgarnspinnerei.** In Zwickau ist die Sauerstoffanlage der Kammgarnspinnerei Carl Schmelzer sen. in Lichtentanne durch eine Explosion und durch Feuer vollständig zerstört worden. Ein Maschinenmeister wurde bei der Explosion getötet. Die Fensterseiden der ganzen Umgebung sind zertrümmert worden. Die Ursache der Explosion konnte noch nicht ermittelt werden. Die Spinnerei selbst ist nicht in Mitleidenschaft gezogen worden.

**Bergmannstod.** Auf der Zugsgrube in Jägrze wurde der Bergmann Ohmann durch einstürzende Kohlenmassen begraben. Er konnte nur als Leiche geborgen werden. Mehrere andere Arbeiter konnten sich retten.

**Eisenbahnzusammenstoß.** Der aus Hermannstadt (Siebenbürgen) abgegangene Schnellzug ist auf der Strecke nach Klausenburg mit einem Personenzug zusammengefahren. Die beiden letzten Waggons des Schnellzuges und ein angehängter Salonwagen wurden stark beschädigt. In dem Salonwagen fuhr der Korpskommandant General der Infanterie v. Hövel, der aber nur leicht verletzt wurde. Außerdem sind zwei Frauen verletzt worden.

**Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“.** Wanderfahrten am Sonntag, den 11. August. I. Schwante-Becherer-Grünberg. Abf. Stett. Fernbahnd. 6,46 Uhr vorm. II. Witten - durch den Krämer - Brühl - Hennigsdorf. Abf. Stett. Fernbahnd. 6,57 Uhr vorm. III. Hennigsdorf - Spandauer Stadthof - Spandau. Abf. Stett. Fernbahnd. 8,12 Uhr vorm. IV. Hennigsdorf - Birkenwerder. Abf. Stett. Fernbahnd. 6,57 Uhr vorm. V. Hennigsdorf - Tegel. Abf. Stett. Fernbahnd. 1,25 Uhr nachm.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vom vier Treppen - Fahrstuhl - wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Quittungs- und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Klammernbezeichnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Übrige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

**U. S. 6.** 1. Nr. 234. Mitteilung, Emissionänderung Str. 20. 2. Die Vorschriften des Statuts und die Ansicht des Rates sind maßgebend. 3. Ja, falls Gemeinlich ist. 4. Ja, in der Mindesthöhe der Hälfte des Krankengeldes; bei nicht Krankengeldberechtigten mindestens 1/2 des ursprünglichen Tagelohnes. - **M. S. 6.** 1. Bescheid an den Landrat. - **C. S. 34.** 1. Nicht. - **Gertrud und Erna.** 1. Es erfolgt Ueberweisung. Der Vermögensgegenstand muß Mitteilung gemacht werden. 2. Es müssen die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts einholen. - **G. S. 5.** Derartige Verfügungen gibt es nicht. - **W. S. 100.** Ungeachtet auch gültig.

**M. S. 50.** Ja - **W. S. 27.** 1. Nach Eröffnung bei der Gewerbeabteilung. 2. Nein. - **Zenger.** Ihre Auffassung ist zureichend. - **N. S. 6.** Sie sind zur Erfüllung im Ratem verpflichtet. Lohn unterliegt der Beschlagnahme. Lohnersatz nicht pfändbar, ebenfalls nicht das Eigentum Ihrer Frau. Ehevertrag kann noch geschlossen werden. - **H. S. 200.** 1. Vollstreckungsbescheid. 2. Nicht bekannt. - **G. S. 100.** 10 M. erscheinen sehr gering. Zur bestimmteren Auskunft reichen die Angaben nicht aus. - **S. S. 22.** 1. Nur dann der Schuldner, wenn derselbe Kenntnis davon hatte, daß das Geld Eigentum des Sohnes war oder wenn eine Abtretungserklärung der Mutter vorliegt. 2. Ja, falls eine der vorerwähnten Voraussetzungen zutrifft. 3. Hauptforderung und Zinsen für die letzten vier Jahre nicht verjähr. - **L. S. 45.** Wir halten Sie für berechtigt, Entschädigung zu verlangen. Ihre Frau ist nicht krankengeldberechtigungslos. Es ist das Amtsgericht zuständig. - **Walter, Titianen 52.** 1. Wiederholen Sie die Anfrage und geben Sie noch an, wann die Ehe geschlossen und wo der erste Wohnsitz gewesen ist. 2. Ja, sofern Sie gemüßt haben, daß die Kinder Eigentümers waren. 3. Nein, aber eigenhändig geschrieben, mit Ortsbezeichnung, Datum und Unterschrift versehen sein. - **G. S. 64.** Falls die Witwe nach Monaten befristet ist, spätestens 10, daß der Vermöter am 15. September im Besitz der Räumlichkeit ist. - **C. S. 100.** Jurdich.

Sie bleiben für den Fall der Bedürftigkeit des Sohnes unterhaltspflichtig. - **S. S. 85.** 1. Nein. Ihre Frau ist zahlungspflichtig. 2. Dazu sind Sie nicht verpflichtet. 3. Das Kind zu einem späteren Zeitpunkt geboren, als der Vater aus der Kirche ausgeschieden ist: nein. - **H. S. 300.** 1. Läßt sich nur an Hand des Statuts sagen. 2. Die für den Kaufmännischen Ort des Kindes ursprünglichen Alimente. 3. Ja. - **W. S. 5005.** 1. Nur dann, falls ein Verlobnis bestand und Ihre Frau ohne gesetzlichen Grund geistig wurde. 2. Jahresfrist. - **Weite Sp. 12.** Werten entscheiden wir nicht. - **Postabonnent Stockholm.** 1. Ja, soweit das Pfändrecht - Hälfte des gesetzlichen Erbteils - in Betracht kommt. 2. Das Testament nicht eigenhändig geschrieben, so kann der ganze gesetzliche Anteil verlangt werden. 3. Durch Vermittlung des deutschen Konsulats ja. 4. Oberpräsidenten.

**B. S. 99.** U. E. nein. - **Soldat 100.** 1. Krankeiten der Rufe und ihrer Nebenwöhnen. 2. Erscheint überflüssig. - **S. S. 100.** 1. Läßt sich im Briefkasten nicht beschreiben. Den Antrag stellt der Gläubiger; Sie erhalten Benachrichtigung über die Beschlagnahme und den Verfalltermin vor Gericht. 2. Ja, im Kaufverfalltermin. 3. Ja, falls nicht vom Verfalltermin abgesehen ist, falls nicht vom Gläubiger Stellung zu erlangen ist. 3. Nein. - **H. S. 29.** U. E. zulässig. - **H. S. 77.** 1. Ja. 2. u. 3. Erst nach Vorliegen eines Abwands- und Uebernahmungsbeschlusses. 4. Ja, sofern Einmitten oder Vermögen es gestattet. - **H. S. 102.** Sie sind verpflichtet, die Schlüssel beim Auszuge abzugeben. - **H. S. 103.** 1. U. E. das Mädchen am Erben zugelassen, nur am Erben. 2. Ja. - **H. S. 21.** 1. u. 2. Eine solche Erklärung würde ein Strafverfahren nach sich ziehen. Eine Auskunftspflicht über die Herkunft besteht nicht. - **H. S. 24.** Die Scheidungsklage muß vom Ratem erhoben werden. Dieser kann auch nach Rechtskraft des Scheidungsurteils binnen drei Monaten gegen den anderen Mann Strafantrag stellen. - **W. S. 99.** Der Vertrag erscheint anfechtbar. Sie sind verpflichtet, die Wohnung zu beziehen, falls es sich nicht bloß um Vorbesprechungen handelt. - **H. S. 171.** Ja. - **G. S. 17.** 1. Ja. 2. u. 3. Nein. - **C. S. 34.**

**Witterungsüberblick vom 7. August 1912.**

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Wolkenh.	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Wolkenh.	Wetter	Temp. in C.
Stinende	757.80		4	beltet	18	Haparanda	761.80		2	halb bb.	20
Hamburg	756.80		2	wolflig	15	Petersburg	764.80		2	wolflig	22
Berlin	757.6		1	wolflig	17	Schiff	751.80		6	wolflig	13
Frankf. a. M.	757.50		1	beltet	13	Aberdeen	751.80		3	beltet	13
Wien	757.00		2	Regen	13	Paris	755.80		2	beltet	13
Gien	758.00		1	beltet	17						

**Wetterprognose für Donnerstag, den 8. August 1912.**  
Bleiblich wolflig mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

**Berliner Wetterbureau.**

**Wasserstands-Nachrichten**  
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 6. 8.	am 7. 8.	Wasserstand	am 6. 8.	am 7. 8.
Wemel, Mitt.	66	66	Saale, Großh.	62	+18
Bregel, Niederb.	44	+5	Oabel, Spandau	14	+3
Wetzfel, Thon	24	-6	Netzenow	-6	-8
Dder, Ralbor	177	-21	Spree, Spremburg	60	0
Krossen	198	-27	Beeslow	77	0
Frankfurt	195	+29	Weser, Minden	109	+7
Wartze, Schtum	-10	-8	Winden	172	+4
Landesberg	-51	-6	Rhein, Rarmilliansau	518	-10
Rege, Dordam	-17	-18	Raid	275	+24
Eibe, Zeltmerig	49	+4	Rain	292	+22
Dresden	-77	+57	Redar, Gellbronn	132	-23
Dach	99	-19	Rain, Gnanu	110	+2
Magdeburg	85	-13	Rosel, Arix	12	-7

+) bedeutet Hoch, -) Tal, -) Unterpegel.

# MANOLI Kardash

## Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 8. August 1912

**Boigt.** Die Tochter der Hexe.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Prater.** O diese Berliner.  
Anfang 8 Uhr.

**Hrania.** Von der Jungfrau zum  
Brahmann.  
Königsgräber Straße. Die fünf  
Frankfurter.  
Kurfürstendamm. Der Konstantin.  
Nenes. Der liebe Augustin.  
Berliner. Große Hofstra.  
Schüler-Charlottenburg. Das  
Konzert.  
Thalia. Katalobchen.  
Metropol. Schwindelmeier u. Co.  
Wolke. Spezialitäten.  
Vaffage. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Reising.** Vergnügungsschiffe.  
Neues Schwabensiedhaus. Schwabes  
Schiff. Der erlauchte Gatte.  
Ein wenig Witz.  
Südpol. Ein Rittgenieß  
u. s. w.  
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.  
Die feuchte Susanne.  
Rosa. Die Jüdin von Toledo.  
Sollid Caprice. Parifians.  
Unsemble.  
Walhalla. Nur nicht drängeln.  
Herrnsfeld. Wie man Männer  
bessert. Die Original-Klabrias-  
partie.  
Anfang 8.20 Uhr.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich:  
Grobes Militär-  
Doppel-Konzert.  
Eintritt 1 Mark.  
von abends 6 Uhr ab  
60 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Passage-Panoptikum**  
**Prinz ATOM**  
Das kleinste menschliche  
Lebewesen.  
Das Wunder aller Wunder.  
Lehend! Ohne Extra-Entree!

**Boigt-Theater.**  
Gesundbrunnen Badstraße 58.  
Nur noch einige Tage:  
**Die Tochter der Hexe.**  
Anfängeröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.  
Voranzeige! Sonnabend, 17. August:  
Genießt für den Ober-Regisseur  
**Heinrich Bach:**  
**Robert und Bertram.**

**Verband der Schneider, Schneiderinnen  
und Wäschearbeiter Deutschlands**  
Filiale Berlin 3 — Neue Königstr. 6

Sonnabend, den 17. August 1912:

### Großes Sommerfest

in der Brauerei Friedrichshain  
Am Friedrichshain 16

**Garten-Konzert**  
Erstklassige Spezialitäten  
Auftreten der beliebten Apollo-Sänger

**Großer Sommernachtsball**  
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pfennig nach  
„Kinder-Fackelpolnaise“  
Kinder sind frei und erhalten zwei Bons für Stocklaternen  
und Schaukel gratis  
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.  
Eintrittskarten à 25 Pf.  
sind im Vorverkauf bei den Vertrauensleuten zu haben  
Gleichzeitig auch am Tage des Festes an der Kasse  
Die Inhaber von Passapartouts sind verpflichtet, pro Person  
ein Programm zu 10 Pf. zu entnehmen  
Alle Kollegen und Kolleginnen' nebst Familien, Freunden  
und Bekannten sind freundlichst eingeladen.  
252/8\* Die Ortsverwaltung Berlin 3.

Die Kaffeeküche wird um 3 Uhr geöffnet

**Zuifen-Theater.** Die unbekannt  
Nacht.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Reines.** Der Unerschämte. Der  
Kral seiner Ehre. Der Herr  
mit der grünen Kravatte.  
Königsstadt-Kasino. Spezialitäten.  
Anfang 10 Uhr.

**Admiralpalast.** Eisballett: Poenne.

**Herrnsfeld  
Theater**  
Wie man  
Männer bessert!  
**Die Original-  
Klabrias-Partie**  
Beide Stücke mit Anton  
und Donat Herrnsfeld in  
den Hauptrollen.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

**Reichshallen-Garten**  
„Alt-Berlin“ täglich.  
Großes Konzert des  
28 Mann starken  
**Honigmann-Orchest.**  
Anfang wochent. 8 Uhr.  
Sonntag 6 Uhr. Bei  
schlech. Wet. i. herrlich  
renov. d. 4000 Glühl.  
erleuchteten Saal.  
Reichshallen-Theater:  
16. Aug. Biederbeg.  
d. Seiden d. Stettiner Sänger.

**Hagenbeck's  
Indien**  
Tempelhofer Feld  
Täglich geöffnet von 11 Uhr  
vormittags bis 11 Uhr abends  
**150 Indier.**  
**Naerl Soloth's**  
**Löwen- u. Tigergruppe**  
Ohne Extra-Entree!

**Sternwarte.** Anwaltenstr. 57-62

**Schiller-Theater**  
Charlottenburg.  
**Das Konzert.**  
Lustspiel in 3 Akten von Fern. Fabr.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage:  
**Das Konzert.**

**Turn-Verein „Fichte“ Berlin**  
Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.

Sonnabend, den 10. August, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114:

### „Großes Sommer-Fest“

Konzert × Spezialitäten × Turnerische Aufführungen × Sommernachts-Ball.

Um 9 Uhr: **Goßer Fackelzug.**  
Jedes Kind erhält eine Stocklaterne und einen Bon, gültig für Liebesmühle, Teufels-  
rad, Negardorf und Wasserbahn an der Kontrolle gratis.

**Kinderspiele** von 2-5 Uhr. × Von 6 Uhr ab: **Tanz.**

Anfang 4 Uhr. — Programme an der Kontrolle gratis. — Eintritt 25 Pf.  
Bei eintretendem Regen findet die Vorstellung im Saale statt.

**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Große Hofstra.**

**Theater in der Königsgräber Straße**  
Abends 8 Uhr:  
**Die 5 Frankfurter.**

**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Der liebe Augustin.  
Operette von Leo Fall.

**Zentral-Verband der Zimmerer**  
Zahlstelle Berlin und Umgegend:

Sonnabend, den 10. August 1912:

### Grosses Sommer-Fest

zur Feier des 29. Stiftungsfestes

in den  
Gesamträumen der Aktienbrauerei Friedrichshain  
Am Königstor.

Konzert :: Spezialitäten-Vorstellung :: Kasperle-Theater  
Kinder-Fackelzug :: Kinematograph.

In den Sälen: **Großer Sommernachtsball.**  
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung.  
Alle Mitglieder nebst Familie sowie Freunde und Bekannte  
× × × sind hierdurch ergebenst eingeladen. × × ×  
Anfang des Festes 4 1/2 Uhr. × × × × × **Entree 30 Pf.**  
254/17\*

**Lessing-Theater.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Die Vergnügungsreise.**

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 122.  
**Die Jüdin von Toledo.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Auf der Gartenbühne:  
Zum 75. Male:  
Zehn! Wo ist erreicht! Hr. Neue.

**Metropol-Theater.**  
**Schwindelmeier & Comp.**  
Phantastisch musikalische Komödie in  
3 Akten aus dem Englischen völlig  
frei bearbeitet von G. Freund. Musik  
von R. Nelson. U. a. Fänge v. W. Bishop.  
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.  
Anfang 8 Uhr. Hausen gefattet.

**LUNA PARK**  
Das Rendez-vous der  
vornehmen Welt!  
Konzerte und Attraktionen.  
Entree 50 Pf.  
Kinder und Zwergstadt bis  
6 Uhr frei.

**Puhlmanns Theater**  
Schönhauser Allee 148.  
Täglich:  
Das vollständig neue Programm!  
Konzert, Theater, Spezialitäten.  
Jeden Mittwoch: Gilde-Tag.  
Jeden Freitag: Extra-Vorstellung  
mit bes. Überraschungen für Kinder.  
Entree 30 Pf.

**Admiralpalast**  
am Bahnhof Friedrichstraße.  
s. Z. einziger Eispalast.  
Angenehm kühler Aufenthalt.  
Heute 2 große Vorstellungen 2.  
Nachmittags und abends:  
Das sensationelle Eisballett  
„Yvonne“. Willi Frick, der  
kleinste Eislaufkünstler.  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
abends halbe Kassenpreise.  
**Restaurant 1. Rangos!**  
Wein- und Bier-Abteilung.

**Königsstadt-Kasino.**  
Edo Delmarzelle u. Alexander.  
Täglich: Varieté u. Theater  
im herrlichen Rottergarten.  
Som. 1. bis 8. Glanznummern  
und „So leben wir“.  
Gesangsbücherei in 2 Bildern.  
Tägl. Kaffeeküche bis 6 Uhr.

**Apollo  
Theater**  
Ab 8 Uhr  
**10 große Attraktionen**  
mit **Lora,**  
dem auf Kommando singenden  
und sprechenden  
**Wunder-Papagei.**

**Abfahrtsstelle Schillingsbrücke**  
(am Schilfischen Bahnhof).  
Täglich früh 9 und Woltersdorfer Schleuse.  
2 Uhr nach  
Früh 10 Uhr, außer Sonnabends und Sonntag, nach **Neue Mühle.**  
Neben Dienstag, Mittwoch **20 Mann Musik in Uniform** nach **Neue Mühle.**  
u. Freitag früh 10 Uhr mit  
Heute Donnerstag von mittags 2 Uhr ab ca. fünflich nach **Restaurant**  
„Kyffhäuser“. Dabeit großes Garickaufzeri und Ball. Der  
Dampfer um 3 Uhr mit großer Musikkapelle. 27675

**Wieder-Eröffnung**  
der  
Tanzschule **Richard Heinrich**  
Gewerkschaftshaus, ufer 15  
am Sonntag, den 11. August, 8 Uhr.  
Von 6 Uhr ab:  
**Eröffnungs-Gesellschaftsstunde.**  
Aufnahmen werden jederzeit vor Beginn des Unter-  
richts sowie in meiner Wohnung **jetzt**  
**Neukölln, Weichselstr. 8, III, Amt Neukölln 406,**  
entgegengenommen.  
Hochachtungsvoll  
**Richard Heinrich.**  
3715L\*

